

Wilhelm Ott: Erinnerungen an die Tätigkeit als geschäftsführender Bürgermeister Augsburgs

StdA: Dok. 703. *Typoskript. Datierung:* Walkertshofen am 28. April 1960. *Überschrift:* Erster Bürgermeister der ersten Nachkriegsmonate. *Eigenhändige Unterschrift:* Dr. Wilhelm Ott. *Ott sandte die Aufzeichnung am 21. Juni 1960 an Oberbürgermeister Nikolaus Josef Müller (StdA 49/11).*

Wie bedeutende Männer ihre Memoiren schreiben, wenn sie im übrigen unschädlich gemacht oder geworden sind, tue auch ich jetzt als Beamter auf Abbruch.

Solch anmaßendes Unterfangen sei zunächst dadurch entschuldigt, dass ich auf ausdrückliches Ersuchen des Oberbürgermeisters (Dr. Klaus Müller) handle.

Die Wiedergabe meiner Erinnerungen beschränkt sich auch auf ganze vier Nachkriegsmonate und damit auf den kurzen Abschnitt meines Lebens, in dem das, was ich getan und was mit mir und um mich geschehen ist, sich in etwa von dem abgehoben haben mag, was menschlicher Alltag einem jeden beschert.

Leider bin ich selbst für diese wenigen Monate überwiegend auf mein Gedächtnis angewiesen, das über heute 15 Jahre hinweg sicherlich nicht mehr alles sorgfältig bewahrt hat und namentlich in der Zeitfolge der Ereignisse nicht völlig verlässlich sein dürfte. Beides aber ist kaum von größerer Bedeutung, da die Geschehnisse nicht weltbewegend, oft nicht einmal stadtbewegend waren und dann nur als Farbeffekte des Nachkriegsbildes Interesse verdienen.

Der für die vorliegenden Memoiren ursächliche Auftrag des Oberbürgermeisters betrifft nicht einen so genannten Verwaltungsbericht, nicht also eine ins einzelne gehende Darstellung der ersten Nachkriegsentwicklung in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Stadt, wie der allgemeinen Verwaltung und Polizei, der Versorgung mit Nahrungsmitteln, anderen Bedarfsgütern, Wasser, Gas und Strom, des Schul-, des Gesundheits-, des Bau- und des Wohnungswesens, der kulturellen und sonstigen Einrichtungen, der Finanzen, der Wirtschaft, des Verkehrs u. a. Ein solch umfassender Bericht würde den Wert der Erinnerungen eines einzelnen, selbst des Verwaltungsleiters, in mancher, wenn auch nicht in jeder Hinsicht freilich übersteigen. Er müsste aber aus den aktenmäßigen Unterlagen und aus der persönlichen Erinnerung aller Referenten und Amtsvorstände gewonnen werden, die - unbeschadet der zentralen Leitung durch den Bürgermeister - die einzelnen Aufgabenbereiche zu verwalten, ja gerade in der ersten Zeit nach Kriegsende mehr noch als friedensüblich zu gestalten hatten. Ob es zu einem geschlossenen Bericht solcher Art je noch kommen wird, ist leider fraglich, weil die Reihen der seinerzeit Beteiligten sich zunehmend lichten, die schriftlichen Unterlagen nicht mehr restlos vorhanden zu sein scheinen, in der drängenden Arbeit des Tages auch wenig Zeit und oft noch weniger Interesse für Vergangenes bleibt und die Angst vor neuen größeren Geschehnissen die rückliegenden klein erscheinen lässt.

A. Die Tage zuvor

Meine Lebensverhältnisse im letzten Kriegsjahr

Bei dem schweren Luftangriff auf Augsburg in der Nacht vom 25. zum 26. Februar 1944 hatte unsere Wohnung in Augsburg, Schießgrabenstr. 32/1 nur geringen Schaden genommen, wurde aber am 13. April darauf bei einem Mittagsangriff durch erhebliche weitere Beschädigungen unbewohnbar.

Meine Frau, bereits seit dem erstgenannten Angriff kränklich, zog daraufhin nach Walkertshofen, 35 km südsüdwestlich von Augsburg. Dort war unsere einzige Tochter als Volksschullehrerin angestellt und auf der Mühle bei Familie Ziegler in einem kleinen Zimmer eingemietet, in dem wir für alle Fälle zwei zusätzliche Schlafgelegenheiten vorbereitet hatten. Unser einziger Sohn diente als angehender Arzt bei der Wehrmacht in München. Die aus dem brennenden Hause in Augsburg geretteten Reste unserer Habe brachte meine hilfsbereite Schwester Mathilde im vormals elterlichen Anwesen, Gasthaus Post zu Wettenhausen, unter. So bedurfte nur mein persönliches Fortkommen noch einer Regelung. Nach einwöchiger gastlichster Aufnahme bei den Familien Erwin Gesswein und Dr. Sylge in ihrem Anwesen

Föhlichstr. 20ab kam ich in dem stadteigenen Hause Holbeinstr. 12 unter. Dort hatte die Stadt nach dem Angriff vom Februar eine der beiden Wohnungen im ersten Obergeschoß als eine Art Obdachlosenheim für ausgebombte städt. Beamte eingerichtet und beherbergte so mietweise in je einem Zimmer bereits vor meinem Einzug den damaligen Oberbürgermeister Mayr, den Stadtsyndikus Dr. Zimmermann und zwei vornehmlich für die Schreibgeschäfte des Oberbürgermeisters verwendete Beamtinnen des Hauptamtes. Ein Zimmer diente als Gemeinschaftsraum. Das Zimmer nebenan wurde mir zugewiesen. Den Zimmerdienst für uns alle besorgte eine Hausgehilfin, während die Verpflegung Sache jedes Einzelnen war und in der gemeinschaftlich benützten Küche zubereitet werden konnte. Damit waren meine Verhältnisse fast besser als zeitgemäß geordnet; denn bei den örtlichen Alarmen und Angriffen des letzten Kriegsjahres brauchte ich mich nun nicht mehr um Frau, Kinder und Wohnung zu sorgen und fühlte mich von allen Wechselfällen einigermassen unangefochten.

Aus dem Wochenende in die bedrohte Stadt

Selbstverständlich besuchte ich über das Wochenende, wenn nicht der Reihendienst im Luftschutz das verbot, immer wieder meine Frau und Tochter in Walkertshofen, zumal wir dort die Errichtung eines Behelfsheimes mit eigener Hände Arbeit begonnen hatten. So war ich dort auch am Sonntag, den 22. April 1945. Da telefonierte meine Schwester mir am späten Nachmittag aus Wettenhausen, nach verlässigen Nachrichten seien die Amerikaner bei Dillingen, das mir von acht Jahren Gymnasialzeit her bestens bekannt war, über die anscheinend unzerstörte Donaubrücke gegangen. Man konnte also damit rechnen, dass sie noch im Laufe der Nacht vor oder gar in Augsburg erscheinen würden. Als Beigeordneter der Stadtverwaltung musste ich nun sehen, so schnell als möglich an meinen Dienstsitz in Augsburg zu kommen. In diesem Sinne wurde ich dann auch bald hernach vom Oberbürgermeister bzw. seinem Büro angerufen.

Ein Zug nach Augsburg stand vor dem nächsten Tag nicht mehr zur Verfügung. Es gelang mir aber, den Molkereipächter Hößle in Walkertshofen, der aus einer Funktion beim Roten Kreuz oder der NSV noch einen Kraftwagen besaß und Treibstoff zugeteilt erhielt, für die Fahrt nach Augsburg zu gewinnen.

Davon erfuhr irgendwie ein anderer ausgebombter und nach Walkertshofen evakuierter Augsburger, Herr Leo Schmid, Teilhaber der Fa. Leo Schmid, Baumaschinen und wünschte sich an der Fahrt zu beteiligen. Da er uns durch die Bereitstellung einer Baumaschine für unseren Behelfsheim-Bau entscheidend und unentgeltlich unschätzbare Dienste erwiesen hatte und wir aus unserem gemeinsamen Schicksal und Aufenthalt darüber hinaus gute Bekannte geworden waren, begrüßte ich die Reisebegleitung herzlich. Krieg und Gewöhnung brachten es mit sich, dass die Vorbereitungen für die unbekannteren, sicher nicht alltäglichen Ereignisse der allernächsten Zukunft nicht viel Zeit in Anspruch nahmen. Es war aber doch schon Abend geworden, bis wir drei in Richtung Fischach losfuhren. Bereits in Langenneufnach verließen wir auf Vorschlag von Herrn Schmid die direkte im Neufnachtal verlaufende Straße nach Augsburg und überquerten in Richtung Seifriedsberg-Ziemetshausen den bewaldeten Höhenzug zwischen Neufnach und Zusam. Es war mittlerweile namentlich im Wald dunkel geworden. Die Wagenlichter durften nur mit geringster Wirkung eingeschaltet werden und die Straße war schmal, wie sie heute noch ist.

Dazu kamen uns bereits zurückgehende Truppenteile entgegen, zu Fuß, mit Lasttieren, Lastkraftwagen, augenscheinlich nicht in größeren Verbänden und, soviel zu sehen, in leidlicher Ordnung, wenn auch müde und abgekämpft.

Ohne ernstlichen Zwischenfall kamen wir aus dem Wald und der anschließenden Lindenallee des Fürst Oettingen-Wallerstein-Schlusses Seifriedsberg auf die freie Straße des Zusamtales. Auch hier waren Truppenteile in Bewegung, behinderten den übrigen Verkehr jedoch wenig, denn die Straße war etwas breiter. Überdies war es auch nicht mehr so dunkel wie im Hochwald, das Wetter schön und der Mond mit fortgeschrittenem Viertel aufgegangen. Dafür gab es dann einige Such- und Irrfahrten in den nahe beieinander gelegenen Orten Ried und Breitenbronn, in denen Herr Schmid anscheinend noch eilige Weisungen für Auslagerungsgut zu erteilen hatte.

Ich fürchtete fast, dass wir ob der Zeitverluste womöglich zusammen mit den Amerikanern vor Augsburg eintreffen würden. Aber nichts Hinderliches ereignete sich mehr auf der weiteren Fahrt über Gessertshausen und den Sandberg. Deutsche Truppen sahen wir auf dieser Strecke nicht mehr und fuhren bei herrlichem Mondschein und ohne Fliegeralarm etwa um 23 Uhr in die äußerlich stille, nächtliche Stadt ein.

Bei der Hauptfeuerwache im Zeughaus konnte ich Herrn Höble Ersatz für den verbrauchten Treibstoff vermitteln. Gegen Mitternacht trennten wir uns dann, ich mit dem Ziel meines Zimmers in der Holbeinstraße, die beiden anderen mit der Absicht, sofort nach Walkertshofen zurückzufahren. Wie ich später erfuhr, war es mittlerweile für die Herren wesentlich schwieriger geworden, aus der Stadt heraus als vorher hineinzukommen. Sie mussten allerlei Seitenstraßen benutzen, um deutschen Absperrungen auszuweichen, und nicht minder viele Ausreden und Notlügen, um der Beschlagnahme ihres Wagens zu entgehen, kamen aber wohlbehalten heim zu ihren Familien.

Die letzte Kriegswoche in der Stadt

Die Woche nach diesem Sonntag [22. April 1945] verging mit häufigen Fliegeralarmen, die angesichts der Frontnähe schon in den Morgen- und ersten Vormittagsstunden begannen und sich den ganzen Tag über wiederholten. Bereits vor den tatsächlichen Alarmen sah man allenthalben angsterfüllte Frauen mit ihren Kindern auf dem Wege zu den Schutzraumstollen am Rosenauberg und am Schleifgraben oder zu Bekannten, bei denen sie bessere Luftschutzkeller wussten. In den Büros waren bei Dienstbeginn die Schreibmaschinen kaum aus den Schutzräumen geholt, da mussten sie schon wieder wegen Alarms zurückgebracht werden. Trotzdem aber lief das Tagesgeschehen in Verwaltung und Wirtschaft noch annähernd im gewohnten Rhythmus ab. Erstaunlich war namentlich, dass die Eisenbahn ihre planmäßigen Züge, wenn auch oft mit argen Verspätungen, noch bis zu Stationen fuhr, die keine fünf km von den Amerikanern entfernt waren. Ungeachtet dieser verhältnismäßigen äußeren Ordnung fühlte jedermann, dass es nur noch kürzeste Zeit dauern werde, bis das unausweichliche Schicksal der Stadt durch Einmarsch der Amerikaner sich vollendet haben würde. Damit nahmen die Anweisungen von Regierungs-, Partei- und Militärstellen betreffend Unbrauchbarmachung öffentlicher Einrichtungen einschließlich der Verkehrsverbindungen, Brücken etc. an Dringlichkeit zu. Ich selbst war als Finanzreferent damit kaum befasst, sah und hörte aber aus gelegentlichen Referentenbesprechungen doch, dass sich die sachlich zuständigen Herren und namentlich der Oberbürgermeister - alle nicht ohne persönliches Risiko - um eine mögliche Abminderung zunächst geforderter, weitergehender Eingriffe bemühten. Jedenfalls wollten sie tunlichst nichts zerstört, vielmehr durch Verlagerung wesentlicher Teile den Gebrauch, wie man sagte, nur gelähmt sehen. Manche Maßnahme solcher Art war von vorneherein als praktisch wirkungslos zu erkennen und wurde lediglich zu dem Zweck durchgeführt, nach außen und oben einen Vollzug vorzutäuschen. So konnte z.B. erreicht werden, dass anstelle der meines Wissens zunächst verlangten Zerstörung der Lechbrücken eine Barrkadierung mit alten Straßenbahn- und Güterwagen zugelassen wurde, was den vorrückenden Amerikanern später dann kaum Zeitverluste oder Schwierigkeiten bereitet hat.

Die Nacht des feindlichen Einmarsches

Der Geschützdonner aus Norden und Nordwesten wurde von Tag zu Tag stärker. Am Freitag, den 27. April spätnachmittags und abends fielen auch einige Artilleriegeschosse in das bebaute Stadtgebiet selbst. Die Besetzung musste nun unmittelbar bevorstehen und jedermann richtete sich darauf ein, die Nacht außerhalb des Bettes im Schutzraum zu verbringen.

Ich persönlich hielt es allerdings für möglich und nötig, durch mindestens vorgängige Bettruhe mich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Als ich meine Absicht Bekannten in einem telefonischen Gute-Nacht-Wunsch zu erkennen gab und damit begründete, dass die augenscheinlich sehr vorsichtigen Amerikaner sich womöglich nochmals eine Nacht Zeit lassen würden, das Haus Holbeinstraße ungewöhnlich solide gebaut und mein Zimmer auf der der Front abgewandten Seite des Hauses gelegen sei, bezeichneten sie all das als eine einmalige Torheit. Sie mochten recht haben. Auch hatten sich die Mitbewohner unserer Obdachlosenunterkunft, soweit überhaupt in Augsburg, vorsorglich bereits nach der sog. Befehlsstelle der Stadt in den gut abgesicherten Kellerräumen des zerstörten Riedingerhauses am Hohen Weg begeben. Deshalb sah ich mich nach anderer Ablenkung im Hause um.

Im Erdgeschoß hatte schon vor einiger Zeit das Volkssturmkommando seine Befehlsstelle eingerichtet. Ich konnte einen kurzen Blick hineinwerfen. Die anwesenden Herren telefonierten, wenige andere kamen und gingen; sie sahen alle mehr nach Abwarten als nach militärischer Aktion aus. Wie sich das Volkssturmkommando im Laufe der Nacht aus der

Affäre gezogen hat, habe ich nicht mehr wahrgenommen. Es ist dies aber anscheinend recht klug und lautlos geschehen.

Ins Haus kam noch ein weiterer Mann, und zwar mit einer Funktion, über die weder ich noch wahrscheinlich auch er selbst genau wusste und die sich nur in etwa durch eine Feuerwehruniform andeutete. Er war in der Zeit, da die Befehlsstelle der Stadt noch nicht im Riedingerhaus, sondern in eben dem Hause Holbeinstr. 12 untergebracht war, bei Alarmen von der Feuerwehr regelmäßig als Verbindungsmann zur Stadtbefehlsstelle abgeordnet. Warum er sich jetzt noch hier einfand, war nicht ohne weiteres zu ersehen. Jedenfalls kannten wir uns, wenn auch nicht dem Namen nach, von den Alarmen her und machten uns daran, mit Hilfe der vom Wirtschaftsamt ohne Anforderung von Geld oder Marken einige Tage zuvor allgemein verteilten Zigaretten und unter Einsatz des Restes eines Kasten Bieres gemeinsam die innere Spannung des Abends und der ersten Nachtstunden zu überwinden.

Bald nach Mitternacht wurde durch Sirenen Feindalarm gegeben. In solchem Falle hatte ich mich in der Befehlsstelle der Stadt einzufinden. Dort waren bereits, wie ich hatte feststellen können, verschiedentlich auch Persönlichkeiten, deren Anwesenheit nicht auf ausdrücklichen Weisungen beruhte und zur Dienstabwicklung kaum benötigt war. Ich verständigte daher sofort nach dem Alarmzeichen telefonisch den Oberbürgermeister im Riedingerhaus, dass ich in der alten - übrigens immer noch mit Fernsprechern etc. ausgestatteten Befehlsstelle zu erreichen sei und um Weisung bitte, ob ich sofort nach der neuen Befehlsstelle kommen solle. Der Oberbürgermeister erklärte mir, ich möchte um Himmelswillen bleiben, wo ich sei; es seien ohnehin viel zu viele Leute in der Befehlsstelle und er würde mich wissen lassen, wenn er mich benötige.

Gegen 3 Uhr morgens erschien bei uns im Hause ein deutscher Oberleutnant mit mehreren Unteroffizieren. Er habe - vom Stadtkommandanten General Fehn - den Auftrag, mit seiner Truppe die Wertachübergänge in der Stadt zu verteidigen und seinen Befehlsstand hier in Holbeinstr. 12, der ehemaligen Befehlsstelle der Stadt, einzurichten. Wir, der im 2. Stock wohnhafte prakt. Arzt Dr. Josef Renner, m. W. leitender Luftschutzarzt, und ich erfuhren von ihm anschließend auch, dass er aus Nürnberg stamme und es sich bei seiner Einheit an sich um Panzerjäger handle. Westlich der Iler hätten sie jedoch Geschütze und Fahrzeuge verloren und seien nach Oberbayern zurückgeführt worden, um dort mit neuen Geschützen ausgerüstet zu werden. Das aber habe sich nicht bewerkstelligen lassen und man habe sie nun als Infanterie über Friedberg nach Augsburg vorgeschoben. Bereits in Friedberg hätten sie gesehen, dass die Bevölkerung an weiterem militärischen Widerstand ganz und gar nicht mehr interessiert sei; die Leute hätten sie angespuckt, Straßensperren wieder beseitigt u. a. Er hörte auch von uns, dass wir eine offenbar vergebliche wie vielleicht folgenschwere Aktion der geplanten Art keineswegs begrüßen könnten, berief sich aber auf seinen Befehl.

Freilich erwies sich dessen Ausführung bald als unmöglich, ja überholt. Denn schon kamen die ersten zur Erkundung ausgesandten Unteroffiziere mit Meldungen, bis in die Rosenaustraße hätten sie amerikanische Panzer, die also die Wertach bereits überschritten hatten, gesichtet, an der Gögginger-Brücke stünden feindliche Maschinengewehrposten, bald auch am Königsplatz. Die Männer erkannten, dass die von vorneherein aussichtslose Verteidigung der Wertachübergänge jetzt überhaupt nicht mehr in Frage kam. Aber auch die Wege für einen Rückzug, richtiger eine Flucht nach Osten oder Südosten, die wir ihnen aus Kenntnis der örtlichen Verhältnisse nennen konnten, waren selbst bei Benützung rückgelegener Gärten etc. nicht mehr gangbar; überall stießen die Soldaten schon auf Amerikaner. Ihre Hauptsorge und Schimpferei war nun, dass sie noch während der wohl letzten Tage des Krieges in Gefangenschaft geraten würden. Als einzige Möglichkeit des Entweichens blieb ihnen die Verwandlung in Zivilisten und hierin war man im Hause nach Kräften behilflich. Welchen Erfolg diese Versuche einstweiligen Untertauchens hatten, habe ich nie erfahren. Ein einsamer Leiterwagen, jedoch voller Panzerfäuste, Handgranaten und Infanteriemunition, stand, ohne dass er irgend jemand - ausgenommen uns Hausbewohner - zu interessieren schien, noch Tage lang in der Zufahrt zum rückwärtigen Hof unseres Hauses.

Mit wenig Schlaf auf den in den Schutzraum gebrachten Bettpolstern war schließlich die Nacht des feindlichen Einmarsches vorübergegangen und einem Tage mit schönstem Frühlingswetter gewichen. Kurz vor 8 Uhr vormittags erschien die Referatssekretärin bei mir, weil sie mich telefonisch nicht hatte erreichen können, und bestellte mir im Auftrag des Hauptamtes, ich solle mich ehestens mit dem Oberbürgermeister in Verbindung setzen. So machten wir uns auf den Weg zu meinem im Verwaltungsgebäude 2 am Fischmarkt gelegenen Büro. Der gewöhnliche und kürzeste Weg dorthin führte durch Holbeinstraße, Stadtmarkt, Mettlochgäßchen und Kanzleigäßchen. Zwischen Schaezler- und Fuggerstraße war ein Posten von 3 bis 4 Amerikanern mit einem für unsere damaligen Verhältnisse unvorstellbar üppigen

Frühstück beschäftigt. Sie kümmerten sich nicht um uns und wir blieben auch auf dem weiteren Weg völlig unangefochten. Eben als wir aus dem Kanzleigäßchen zwischen Verwaltungsgebäude I und Börse auf die Maximilianstraße hinaustreten wollten, trafen wir auf die Spitze zweier amerikanischer Schützenlinien, die vom Moritzplatz her in ihren lautlosen Stiefeln zügig gegen Norden vorrückten. Die Soldaten hielten sich zu beiden Seiten der Straße dicht an den Häusern bzw. Häuserruinen, beobachteten scharf die jeweils gegenüberliegenden Fenster und richteten ihre Blicke immer wieder nach der Stelle des Riedingerhauses, unter dessen gewaltigen, mit einer meterdicken Stahlbetondecke verstärkten Trümmern sie wohl Wichtiges vermuteten. Wir konnten auch diese Schützenlinien queren, ohne festgehalten, angeschrien oder sonst behelligt zu werden und kamen wohlbehalten ins Büro.

Von dort meldete ich mich telefonisch dem Oberbürgermeister. Dann studierte ich scheckgesetzliche Bestimmungen, und zwar aus einem durchaus aktuellen Anlass. Die Bevölkerung hatte für den Fall feindlicher Besetzung Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr erwartet und sich hiewegen in großem Umfange mit Zahlungsmitteln eingedeckt. Trotzdem es deren an sich ja mehr gab als gut war, war dadurch ein allgemein fühlbarer Mangel an Bargeld entstanden. Daher überlegte ich, ob und wie hier wenigstens für die örtlichen Bedürfnisse und die nächste Zeit durch Schecks der Stadt Abhilfe geschaffen werden könnte.

Die letzten Verhandlungen des abtretenden Oberbürgermeisters

Ich war damit noch zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt, als mich gegen 11 Uhr Oberbürgermeister Mayr zu sich in die Stadtbefehlsstelle telefonisch rufen ließ. Den dortigen äußeren Zustand habe ich ähnlich dem einer einfachen Gaststätte nach einer langen nächtlichen Veranstaltung in Erinnerung. Selbstverständlich mussten die unterirdischen Schutzräume auch bei Tage künstlich beleuchtet werden, was ebenso selbstverständlich nur im allernötigsten Ausmaß geschah. Die Luft war von dem langen Aufenthalt vieler Menschen verbraucht und erfüllt von Zigarettenrauch und Schnapsdunst. Verschiedene Gäste der vergangenen Nacht waren wohl schon weggegangen, aber immer noch vielleicht ein Dutzend anwesend, mehr wartend als tätig. Dagegen herrschte ein ständiges Kommen und Gehen von Amerikanern, namentlich amerikanischen Zeitungsreportern, Herren und Damen, alle in Uniform und mit stahlhelmförmiger Kopfbedeckung, die Damen dabei mit auffälliger, uns damals noch nicht geläufiger Lippenstifthilfe. Sie fragten unendlich viel, Einwohnerzahl, Polizeistärke, soziale Schichtung, wirtschaftliche Struktur, Kriegsschäden, Schulen, Gas- und Stromverbrauch. Jedenfalls wollten sie mehr wissen, als der Oberbürgermeister und ich zusammen ehrlich wussten; aber der Oberbürgermeister hatte wohl aus dem Verkehr mit vorgesetzten Parteigenossen Erfahrung in Fragen nach Unbekanntem und gab mutig jede Auskunft. Dabei war er von den Aufregungen der letzten Monate und Wochen, insonderheit der letzten Nacht sichtlich mitgenommen und hielt sich nur noch mit Zigaretten und Schnaps aufrecht.

In den Pausen zwischen den Besuchen der Zeitungsleute unterrichtete er mich über die wesentlichen Geschehnisse der Nacht, die Gefangennahme des Stadtkommandanten General Fehn, den Selbstmord bzw. Selbstmordversuch des stellvertretenden Gauleiters Mündler und andere Vorgänge, die ihn aber kaum veranlasst hatten, mich zu rufen. Der Anlass hiefür war vielmehr meines Erachtens ein anderer.

Zunächst erzählte mir der Oberbürgermeister, er sei in der vergangenen Nacht in deutscher Sprache von der amerikanischen Front her angerufen und es sei von ihm eine Stellungnahme zur Frage der Verteidigung der Stadt mit dem Beifügen verlangt worden, dass bei unbefriedigender Antwort starke Verbände amerikanischer Bomber für weitere Zerstörung Augsburgs bereitstünden. Er habe darauf geantwortet, dass er wie andere Oberbürgermeister in Deutschland lediglich im zivilen Bereich Zuständigkeiten besitze und dass über die Verteidigung der Stadt als ausschließlich militärische Angelegenheit nur militärische, seiner Einflussnahme nicht unterliegende Stellen zu entscheiden hätten. So zutreffend das alles in geordneten Verhältnissen ist, so wenig selbstverständlich mochte es ihm im Dritten Reich und namentlich gegen dessen Ende angesichts des Machtbewußtseins oder der Verzweiflung großer und kleiner Gewaltigen einer allzuständigen Partei erschienen sein. Er war deshalb augenscheinlich beruhigt, dass ich seine Antwort als durchaus richtig bezeichnete.

Ein Anderes war ihm gewiss noch wichtiger. Nach seiner Darstellung hatten amerikanische Offiziere, die dienstlich mit ihm in Verbindung getreten waren, erklärt, er solle seine Oberbürgermeisterfunktion zunächst durchaus weiter wahrnehmen und brauche jedenfalls nicht selbst zurückzutreten. Er meinte aber, dass er bei Fortführung seiner Geschäfte, wenn nicht schon in äußere, so doch zahlreiche innere Konflikte geraten müsste. Daher wolle er mich

ersuchen, seine Stelle einzunehmen. Dazu habe ich ihn darauf verwiesen, dass ich ja im Falle seiner Verhinderung, freilich im Nachhinein nach einigen anderen Beigeordneten, gesetzlich zu seiner Vertretung berufen sei, dass aber ein Oberbürgermeister es kaum rechtfertigen könnte, in bewegten Zeiten wegen damit verbundener Schwierigkeiten seinen Posten und seine Gemeinde zu verlassen. Damit war diese Sache erledigt. Wie sich bald herausstellte, galt dies allerdings nur für wenige Stunden.

Denn kurz darauf wurden wir, die Bürgermeister und die Beigeordneten auf 1/2 4 Uhr zur Militärregierung in das Dienstgebäude der Eisenbahndirektion bestellt. Die anwesenden Stenotypistinnen bereiteten aus Konservenbeständen des Schutzraumes einen warmen Mittagsimbiss, der ungeachtet der gespannten Erwartungen allseits mit Appetit eingenommen wurde.

Noch während des Essens wurden durch amerikanische Soldaten Oberbürgermeister Mayr, Bürgermeister Kellner und Stadtrechtsrat Dr. Förg ohne irgendwelche Angaben über Grund, Zeitdauer etc. hinausgerufen.

B. Unter der Militärregierung für Schwaben

Der neue Bürgermeister

Zur festgesetzten Stunde brachte uns zurückgebliebene Beigeordnete ein offener Militärkraftwagen zum Dienstgebäude der Reichsbahndirektion am Prinzregentenplatz. Die Herren Mayr, Kellner und Dr. Förg waren noch nicht wieder zu uns gekommen; aus Bemerkungen und Fragen von Offizieren der Militärregierung war bald zu entnehmen, dass sie irgendwie festgehalten wurden und in absehbarer Zeit ihre Dienstgeschäfte nicht wahrnehmen können. In einem Zimmer des I. Obergeschosses harrten wir der Dinge, die uns bevorstanden und die wahrscheinlich zunächst weniger die sachliche Seite der künftigen Verwaltung als deren personelle Gestaltung betreffen würden. Tatsächlich erschien dann bald ein Unteroffizier in der Verbindungstüre zum nebenan gelegenen Zimmer und sagte in deutscher Sprache, Stadtrechtsrat Dr. Ott möge eintreten. Ich trat in einen größeren Raum, anscheinend vor dem Einmarsch der Amerikaner das Büro des Direktionspräsidenten. An Schreibtischen saßen zwei Offiziere, von denen ich mit dem einen, Oberst Joubland, als dem Kommandeur der Militärregierung für den Regierungsbezirk Schwaben später hin und wieder dienstlich zusammentraf. Oberst Joubland sprach nicht oder doch nur sehr unzulänglich deutsch, ich nicht englisch. So führte der andere mir namentlich nicht bekannt gewordene Offizier in einem fließenden Deutsch, das seine Muttersprache gewesen sein könnte, die Verhandlung. Ohne große Einleitung bemerkte er, „da die bisherigen Bürgermeister nicht mehr da seien und sie selbst gehört hätten, dass ich viel arbeiten könne, wollten sie mich zum Oberbürgermeister machen“. Das gefiel mir in solcher Formulierung, neben Bedenken gegen die angesonnene Aufgabe überhaupt, auch aus rechtlichen Gründen nicht. Denn zunächst war uns ein Vorgang etwa von der Art der späteren Kapitulation mit der Übertragung aller Macht an die Alliierten und damit geschaffener formalrechtlicher Klarheit nicht bekannt geworden. Es war also juristisch wohl Herr Mayr noch als Oberbürgermeister zu erachten, auch wenn er bis auf weiteres an der Wahrnehmung seiner Funktionen tatsächlich verhindert sein sollte. Ich wandte daher gegen die beabsichtigte Ernennung ein, diese sei nicht nötig, denn nach geltendem Gemeindegesetz sei ich bei nun wohl gegebener Verhinderung des Oberbürgermeisters und seiner mir vorgehenden Stellvertreter ohnehin zur Vertretung berufen. Die Herren legten jedoch, ohne sich in aller Form gegen meine Argumentation zu wenden, vermutlich schon wegen des künftigen Verkehrs mit amerikanischen Stellen Wert darauf, meine Ernennung durch die Militärregierung als mindestens zusätzlichen Rechtstitel gewertet zu sehen. Als ich dann noch - aus Gründen meiner eigenen Rechtsbeurteilung - wünschte, nicht den Titel „Oberbürgermeister“ zu führen, sondern äußerstens die Bezeichnung „geschäftsführender Bürgermeister“, meinten sie, das entspreche zwar nicht ihren Vorstellungen, sie wollten aber nicht weiter versuchen, mich in einer zweitrangigen Titelfrage zu überreden.

Die neuen Referenten

Alsdann betonten sie, ich könne mir meine Mitarbeiter suchen, „wo und wie ich wolle“. Als einzige Beschränkung hierin sei zu beachten, „dass Herren, die sich parteipolitisch exponiert hätten, nicht in leitenden Stellungen Verwendung finden dürften“. Der verhandlungsführende Offizier stellte die Tragweite dieser Abgrenzung ausdrücklich klar, indem er bemerkte, „es

könne hiernach ein Mitglied der NSDAP, das sich dort parteipolitisch nicht hervorgetan habe, in einer leitenden Stellung der Stadtverwaltung beschäftigt werden, und umgekehrt ein Mitglied, das sich sehr exponiert habe, beispielsweise durchaus als Straßenbahnschaffner Verwendung finden".

Schließlich ersuchten die Herren darum, der Militärregierung tunlichst am kommenden Tage, also am Sonntag den 29. April die Namen der so von mir vorgesehenen leitenden Beamten (Referenten) bekannt zu geben und möglichst bald auch ihren Geschäftsbereich - am besten tabellarisch - darzustellen.

Mittlerweile war es gegen 6 Uhr Nachmittag geworden. Da ab dieser Stunde Ausgangssperre angeordnet war, ich mich aber mit den noch anwesenden Referenten über deren weitere Verwendung, Ergänzung und Geschäftsbereiche kurz besprechen wollte, ersuchte ich für uns um eine einstündige Beschränkung der allgemeinen Sperrfrist, was bereitwillig gewährt wurde.

Auf dem menschenleeren Wege über den Prinzregentenplatz zu meiner gegenüber gelegenen Wohnung und auf dem Bürgersteig der Holbeinstraße unterhielten wir uns in aller Kürze über die Lage und trennten uns so zeitig, dass jeder zu Fuß noch vor Fristablauf seine Behausung erreichen konnte, ich selbst in Holbeinstr. 12 wohl als der erste.

Dort erarbeitete ich Referentenliste und Geschäftsverteilung. Neben den Geschäften des Oberbürgermeisters wollte ich die meines bisherigen Referates, des Finanzreferates weiterführen. Ich trug keine Bedenken anzunehmen, dass die ausgewählten übrigen Herren die von der Militärregierung formulierten Voraussetzungen erfüllten. Dazu war es mir darum zu tun, Mitarbeiter zu haben, die ihre Positionen durch ihre fachliche Befähigung rechtfertigten. Gerade in dieser Hinsicht durfte meines Erachtens aus Gründen der kommenden Arbeit und des Ansehens der neuen Verwaltung das Niveau des Dritten Reiches mindestens nicht unterschritten werden.

Nun wusste ich wohl, dass, abgesehen von Stadtrechtsrat Dr. Kleindinst, die vorgesehenen Referenten der NSDAP angehört hatten, dass sie - mit einer Ausnahme - dieser aber jeweils erst nach 1933 beigetreten waren und sich dort im Sinne parteipolitischer Betätigung nicht hervorgetan hatten. Jedenfalls war mir solches nicht bekannt geworden, hätte mir aber im Verlauf von Jahren - ungeachtet meines mangelnden Interesses für den inneren Parteibetrieb - kaum ganz verborgen bleiben können. In fachlicher Hinsicht genügten die Herren sicherlich den Anforderungen ihrer Stellung; sie standen durchwegs schon seit der Zeit vor dem Jahre 1933 im Dienste der Stadt und waren mir, der ich selbst dort seit 1919 tätig war, aus jahrelanger Zusammenarbeit bekannt.

Kein frohes Erwachen

Fast genau um Mitternacht war ich mit der Arbeit fertig. Dann legte ich mich nieder und schlief bis 7 Uhr morgens so gut wie selten. Als ich erwachte, schien draußen zum Sonntag-Morgen eine strahlende Frühlingssonne über den auf die Hälfte ihrer früheren Zahl zusammengeschmolzenen Augsburgern, die gewiss glücklich waren, die Schrecken des Krieges nun hinter sich zu wissen. Auf mir selbst aber lag, sobald ich meiner Lage voll bewusst geworden war, wie ein riesiger Felsblock der Gedanke an meine Aufgabe. Auch in geordneten, friedlichen Zeiten hatte ich - aus Gründen mancherlei Art - selbst aussichtsreiche Gelegenheiten nie wahrgenommen, mich um die Stelle des Augsburger oder eines anderen Oberbürgermeisters zu bewerben. Und jetzt hatte ich sie, vorerst mindestens de facto, ohne, wenn nicht gar wider meinen Willen und unter Umständen, die mit ihrer Steigerung der Aufgaben und Verminderung der Wirkungsmöglichkeiten ungleich schlechter waren. Überdies bot sie, was auch späterhin niemals angestrebt oder nur diskutiert wurde, keinerlei Ausgleich durch eine sonst übliche Ausstattung des Oberbürgermeisterpostens. Nur ein Glück, dass ich mich um solches Ergebnis nicht gar noch bemüht hatte und es vor mir selbst mit der Feststellung beschönigen, wenn nicht rechtfertigen konnte, ich hätte mich der Erfüllung zweifelsfreier Verpflichtungen ja doch nie entziehen dürfen oder wollen. Es war dann auch gar keine Zeit mehr, solch müßigen Gedanken nachzuhängen. Die neuen Verhältnisse, für die es weder Vorbild noch Gebrauchsanweisungen noch Benehmen mit anderen Städten gab, stellten laufend ungewohnte, kleinere oder größere Aufgaben allein schon für die technische Bewältigung der laufenden Verwaltung.

Das Büro

Den Versuch, auch die Bürgermeistergeschäfte von meinem bisherigen Büro im Verwaltungsgebäude 2 aus zu führen, musste ich bald aufgeben und in das Verwaltungsgebäude 1 umziehen, wo die Bürgermeister von jeher ihre Dienstzimmer und Hilfskräfte hatten. Ich fühlte aber Hemmungen, dort das eigentliche Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters zu benützen, aus dem Letzterer zwar tatsächlich, aber eben einstweilen nur tatsächlich ausgezogen war. Überdies war sein Büro, wenn auch der wertvolleren Einrichtungsgegenstände, wie Teppich, Beleuchtungskörper u. a. durch Auslagerung beraubt, recht repräsentativ ausgestattet und so auf eine Würde abgestellt, auf die ich mich noch nicht umgewöhnt hatte. Ich ließ mir daher in den damals wie heute für kleine Konferenzen verwendeten Vorraum Tisch und Stühle stellen. Aber auch diese Lösung erwies sich auf die Dauer nicht als tragbar und schließlich - nach der deutschen Kapitulation - landete ich doch im Geschäftszimmer der Oberbürgermeister.

Der Dolmetscher

Der dienstliche Verkehr war natürlich zunächst weitgehend ein solcher mit Amerikanern. Sie sprachen und verstanden regelmäßig so wenig deutsch wie ich englisch. Das Problem eines Dolmetschers war damit sofort aktuell. Im Augenblick gab es aber keineswegs so viele Englisch sprechende Deutsche wie man sie später allenthalben sehen und hören konnte, jedenfalls war man auf der Suche nach solchen in einer gewissen Verlegenheit. Da wusste der damalige Vorstand des Hauptamtes, vermutlich aus dem Schulbesuch seiner Tochter, dass die Mater Febronia der Englischen Fräulein für völlige Beherrschung des Englischen bekannt sei. Auf unsere Bitte stellte sie sich dann mir tatsächlich als Dolmetscherin bis zur Gewinnung einer anderen Kraft zur Verfügung. Es war nun sicherlich damals kein Alltagsbild, wenn wir - mangels eines städt. Dienstkraftwagens oft nur in einem offenen amerikanischen Fahrzeug - fuhren und neben dem Stahlhelm des Fahrers der Schleier der Klosterfrau im Fahrwind flatterte. Ihre Anwesenheit hatte übrigens neben der bloßen Verdolmetschung oft auch eine ausgezeichnete Wirkung auf die amerikanischen Soldaten. An solchen kamen nicht etwa nur Herren der Militärregierung mit besten Manieren, sondern ebenso Angehörige der kämpfenden Truppe mit den bei solcher üblichen rauen Sitten, zu denen es auch gehörte, als Einleitung der Verhandlungen eine Maschinenpistole auf den Schreibtisch zu werfen sowie sich nach Bedarf und Laune gummikauend oder zigarettenrauchend auch auf den Tisch zu setzen. In diesen Umgangsformen und oft temperamentvollen Anforderungen wirkte das Erscheinen der „Sister“ Wunder der Mäßigung und es gab in ihrer Anwesenheit keinerlei Inkorrektheit.

Das Verhältnis zur Militärregierung

Der Verkehr mit der Militärregierung war nicht nur reibungslos, sondern vollzog sich nahezu ausnahmslos in den angenehmsten Formen, ja in ausgesprochener Höflichkeit. Es wurde nicht befohlen, sondern ersucht oder gebeten. Meine Geschäftsverteilung und Referentenliste begegneten keinen Einwendungen. Die Referenten der Stadt konnten in ihren Geschäftsbereichen mit den entsprechenden Referenten der Militärregierung unmittelbar verhandeln, während ich selbst dort die zentralen kommunalen Angelegenheiten mit dem - vielleicht als Kommunalreferenten anzusprechenden - Major Towe erörterte. Dieser war im Zivilleben Lehrer für Verwaltungsrecht an der Hochschule in Toledo (USA), ein Mann mittlerer Größe und gut 40 Jahre alt; er rauchte nicht, trank keinen Alkohol, war - damals noch - unverheiratet und immer freundlich oder gar fröhlich. Unsere Zusammenkünfte fanden nicht nach festen Terminen, sondern nach Bedarf und Verabredung und zwar meist in den Räumen der Militärregierung, seltener in denen der städt. Verwaltung statt.

Ein trauriges Dienstgeschäft

Die sachliche Verwaltungsarbeit betraf bald einen recht traurigen Anlass. Der Leiter des Hauptamtes hatte mir den Besuch des Reichsbahndirektors Nusser, eines Vettters von mir, gemeldet. Im Vorzimmer fand ich ihn seelisch zutiefst erschüttert. Er erzählte mir, am Morgen des amerikanischen Einmarsches, also am Samstag, den 28. April, seien Inwohner des Hauses Alpenstr. 33, in dem auch er wohnte, vor dem Haus im Vorgarten gestanden, um nach der langen im Schutzraum verbrachten Nacht etwas an die frische Luft zu kommen und den Einmarsch einer amerikanischen Einheit über die Eisenbahnbrücke zu sehen. Von Kampfhandlungen sei nichts mehr zu hören oder zu sehen gewesen. Völlig überraschend habe nun deutsche Artillerie aus dem Süden in die Stadt gefeuert, vermutlich mit der amerikanischen Truppe als Ziel. Die Granate habe

jedoch im I. Stock des Hauses einen Erker getroffen und sieben der Hausinwohner getötet, darunter auch seine 26jährige Tochter Klara.

Da die Amerikaner für die ersten Tage jeden Fahrverkehr in der Stadt verboten hatten, sei auch die - planmäßig der Stadt obliegende - Überführung der Toten nach den Friedhöfen zunächst nicht möglich gewesen. Man habe sie daher nur in den Hauseingang verbringen können. Dort lägen sie heute, also am dritten oder vierten Tage noch und jeder Verkehr des Hauses führe an dem Bild des durch das warme Wetter noch gesteigerten Schreckens vorbei. Ich möchte doch ehestens die Überführung der Toten ermöglichen. Das konnte dann auch alsbald geschehen.

Die Kapitulation

Am 8. Mai hatte ich einen Bekannten im Domviertel besucht und ging - gestützt auf meine allgemeine Befreiung von den Beschränkungen der frühen Sperrstunde - erst gegen Einbruch der Dunkelheit durch die Karlstraße und Grottenau nach Hause. Diese Verspätung war damals noch nicht ganz unbedenklich. Denn mein Besuch hatte nicht gerade einem dringenden Erfordernis dienstlicher Art gedient und wenn meine ständige Ausgangserlaubnis auch nicht ausdrücklich an Dienstgeschäfte gebunden war, so war sie vielleicht doch nicht für ausgesprochene private Anlässe gedacht. Überdies war man auch nicht sicher, ob amerikanische Mannschaften über Ausnahmen von allgemeinen Regelungen genügend orientiert waren. Dass ein Arbeiter auf dem Wege zur Arbeit am Fronhof erschossen worden war und dass auch beim ersten verabredeten Einsatz deutscher Polizisten am hellen Tag mitten in der Stadt sich gleiches ereignet hatte, mahnte zur Vorsicht. Beim Pelzhaus Peter auf der im übrigen menschenleeren Straße kam denn auch schon ein baumlanger Amerikaner aus der Annastraße auf mich zu, allerdings, wie sich schnell herausstellte, in freundlichster Absicht und mächtig angetrunken. Er zog sofort aus der Rocktasche eine Schnapsflasche, an deren bescheidenem Restbestand man die Ursache seines Zustandes unschwer erkennen konnte. Den persönlichen Alkoholbedarf hielt er wohl nach eigener Einsicht für bereits gedeckt und bot deshalb mir von seinem Schnaps an. Zu meinem Erstaunen war er nicht böse, als ich ihm mit Gesten - übrigens höchst wahrheitswidrig - bedeutete, dass ich keinen Alkohol trinke.

Offensichtlich machte der Soldat sich nun Gedanken darüber, aus welchem anderen Grunde ein ausgewachsener Mann um solche Zeit noch unterwegs sein sollte, und fragte, zunächst kaum verständlich ein paar Mal „Fräulein?“. Es schien ihm wohl glaubhaft, als ich beteuerte, das sei schon viele Jahre her.

Jetzt erzählte er seinerseits von der Kapitulation, der sein Rausch gegolten haben mochte, mit den drei lapidaren Sätzen „Krieg kaputt, Hitler kaputt, Land kaputt“.

Vor dem zerstörten Stadttheater trennten wir uns, nicht ohne dass er mir zum Abschied eine Hand gereicht hätte, in der die meinige restlos verschwand.

Die deutsche Kapitulation hatte auch die verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten der Alliierten und damit ihre Befugnisse zur Berufung öffentlicher Beamter und Angestellter klar gestellt. Die bei der seinerzeitigen Übernahme der Bürgermeistergeschäfte durch mich noch begründeten Bedenken gegenüber einer Bestellung zum Oberbürgermeister waren nun gegenstandslos geworden.

Hiewegen habe ich unterm 17. Mai die Militärregierung darauf aufmerksam gemacht, dass über meine Bestellung eine schriftliche Verfügung noch nicht ergangen, eine solche im Sinne einer guten Verwaltungsordnung aber angezeigt sei. Sie ist mir dann unterm 6. Juni 1945 tatsächlich zugeleitet worden.

Verzögerter Rundfunkvortrag

Die materielle Lage in den gemeindlichen Aufgabengebieten etwa um die Mitte Mai 1945 ist dem Manuskript eines Rundfunk Vortrages aus den damaligen Tagen zu entnehmen. Dieser Vortrag konnte tatsächlich erst gut drei Wochen später gehalten werden, da die selbstverständlich notwendige Zensur ebenso unverständlich lange gedauert hat. Übrigens hat sie den größeren Teil des Entwurfes mit der Begründung gestrichen, im Rundfunkprogramm stehe die erforderliche Zeit nicht zur Verfügung. Diese Begründung war wohl keine Tarnung für Bedenken sachlicher Art, denn gegen die Veröffentlichung des ungekürzten Wortlautes im Amtsblatt und durch Anschlag gab es keine Einwendungen. Sie mochte auch für den Tag der Ansprache zutreffen, war aber trotzdem einigermaßen ärgerlich, weil der Münchner Stadtverwaltung allwöchentlich und jeweils nicht eben knapp, Gelegenheit zur Orientierung der Bevölkerung durch Radio gegeben wurde. Angesichts der Verspätung und Kürzung habe ich es zunächst abgelehnt, den

Vortrag noch im Rundfunk zu halten. Der mittlerweile ernannte Militärkommandeur für den Stadtkreis Augsburg bestand jedoch darauf, da das Sendeprogramm bereits entsprechend festgesetzt war. Im nachstehenden sei das Manuskript der Rede, da es die Lage der Stadt beim Start in die Nachkriegszeit annähernd erkennen lässt, im vollen Wortlaut wiedergegeben: „Liebe Augsburger Mitbürger und Mitbürgerinnen in Stadt und Land!

Wenn Sie auf diesem Wege kurz davon unterrichtet werden, wie die tiefgreifenden Ereignisse der letzten Wochen das Leben in unserer Stadt gestaltet haben und was hier die nächste Zukunft erwarten lässt, so kommt dem, wie ich glaube, nicht die Bedeutung einer nur programmfüllenden Nummer des Rundfunks zu. Denn Sie haben schon lange Anspruch auf eine wenigstens allgemeine Orientierung über die kommunale Lage. Nach Klärung der technischen Möglichkeiten benütze ich daher die erste durch die Dringlichkeit anderer Arbeit und die Beschränkung der Nachrichtenmittel unbenommene Gelegenheit, mich einer Verpflichtung zu entledigen.

Meine Legitimation, hier zu sprechen, ist begründet in der Tatsache, dass ich noch am Tage des amerikanischen Einmarsches von der Militärregierung mit der eigenverantwortlichen Leitung der Stadtverwaltung beauftragt worden bin. Da ich seit 25 Jahren als Stadtrat im Dienste Augsburgs stehe, hoffe ich, manchem von Ihnen, wenn vielleicht auch nicht immer aus freudlichem Anlass, bekannt zu sein. Jedenfalls sollen Sie überzeugt sein, dass ich in der mir zugewiesenen Stellung die ganze Kraft meiner Jahre daransetze werde, um die kommende Zeit zunächst tragbar zu machen und nach Sicherung der wesentlichsten Lebensnotwendigkeiten die Ansatzpunkte für einen Wiederaufbau zu gewinnen. Umgekehrt bitte ich Sie alle herzlich um Ihre Mitarbeit und um Ihr Vertrauen, solange solches bei einer vorurteilslosen Kritik gerechtfertigt erscheint. In der Schwere unserer gemeinsamen Aufgaben dürfen wir der Unterstützung durch die Militärregierung gewiss sein. Ich habe von dieser Seite wiederholt Beweise einer Grundhaltung gegenüber der Bevölkerung erfahren, in der nicht nur das Verantwortungsbewusstsein einer Besatzungsmacht, sondern leidenschaftslose Menschlichkeit zum Ausdruck kommt.

Eine solche Einstellung ist der Militärregierung jedenfalls dadurch erleichtert worden, dass die amerikanischen Truppen beim Einmarsch in Augsburg keine Verluste hatten. Auch die Stadt erfuhr keinen ernsteren weiteren Schaden, so dass Augsburg trotz aller vorausgegangenen Zerstörungen unter den Städten gleicher oder höherer Einwohnerzahl immerhin noch als gut erhalten angesprochen wird.

Die äußere Ordnung in unserer Gemeinde wird weitgehend durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden bestimmt. Sie ist unerlässlich, wenn nicht das Leben in einer großen Gemeinschaft allen zum Schrecken werden soll. Begreiflich ist, dass der Zusammenbruch eines Regimes, das grundsätzlich keinerlei Reserveorganisation zugelassen hatte, sich zunächst im Straßenbild der Stadt widerspiegeln musste. Innerhalb einiger Tage hat jedoch alle Besonderheit der Lage dem Alltag Platz gemacht. Hierbei konnte auch die deutsche Polizei in bescheidenem Umfange mitwirken. Schutzmannschaft und Kriminalpolizei unterstehen wieder dem Oberbürgermeister und sind so in die Einheit der örtlichen Verwaltung zurückgekehrt. Die Stadt begrüßt dies aus grundsätzlichen Überlegungen und wegen vielerlei verwaltungsmäßiger Vorteile, ist sich aber auch der durch die Zuständigkeitsveränderung bedingten Steigerung ihrer Verantwortlichkeit und Kosten bewusst. Die Wirksamkeit der örtlichen Polizei beschränkt sich im wesentlichen auf den Stadtbezirk; diese Zuständigkeitsgrenzen und technischen Bedingtheiten schließen daher ein auswärtiges Einschreiten, wie solches wiederholt nachgesucht wurde, aus.

Äußere Ordnung ist Vorbedingung für wirtschaftliches Leben. Diese Vorbedingung ist nunmehr weitgehend erfüllt, insoweit also kein ernsteres Bedenken gegen die Wiedereröffnung der Betriebe gegeben. Da und dort verhindern gewiss Waren- oder Personalmangel eine sofortige Wiedereröffnung. Abgesehen vom Zeitungsgewerbe, von den Lichtspielen u. a. bedürfen lediglich Fabriken zur Wiedereröffnung einer besonderen, über die Handelskammer nachzusuchenden Zustimmung der Militärregierung. Handwerkliche Betriebe, Gaststätten, Friseure, Einzelhandel und Großhandel dürfen jedoch nicht nur, sondern sollen, ja müssen alsbald wieder in Tätigkeit treten. Weiterer Aufschub bliebe schließlich nicht ohne Folgen für die Säumigen. Erfreulicherweise sind dem Lebensmittel-Gewerbe mittlerweile zahlreiche andere Zweige in der Wiederaufnahme ihrer Geschäfte bereits gefolgt. In jedem Falle verlangt die Militärregierung, dass die bisherigen Preise gehalten und die zwangswirtschaftlichen Bestimmungen wie früher durchgeführt werden.

Man weiß, dass die derzeitigen Verkehrs Verhältnisse das Wirtschaftsleben empfindlich hemmen. Solange Post, Telefon, Eisenbahn und andere Verkehrseinrichtungen nicht ausreichend mitwirken, wird alles Wirtschaftsleben sich nur in unerfreulicher Enge abspielen können. Hierauf

haben die Stadtverwaltung und die zuständigen Vertretungskörperschaften bei der Militärregierung wiederholt hingewiesen. Vorbereitungen für die Wiederingangsetzung des Verkehrs auf den verschiedenen Gebieten sind denn auch getroffen. Die Erfordernisse der Armee stehen aber nicht selten in Widerstreit mit den zivilen Bedürfnissen und verursachen hier eine dem Außenstehenden mitunter unverständliche Verlangsamung. Im Augenblick lässt sich jedenfalls noch kein Termin für die Aufnahme eines wenigstens örtlichen Fernsprechverkehrs und des zivilen Güterverkehrs oder des Postverkehrs nennen. Die Straßenbahn könnte sich weitgehend zur Verfügung stellen; wenn nicht die militärischen Nachrichtenleitungen und vor allem der starke militärische Kraftwagenverkehr in den von der Straßenbahn benützten oder doch gekreuzten Hauptstraßen im Wege stünden. Kraftwagen sind für Lebensmitteltransporte benötigt. Die Erfüllung anderer geschäftlicher Ansprüche muss daher zurückgestellt werden und erst recht ist im Augenblick nicht an eine Berücksichtigung der zahlreichen Wünsche für den Rücktransport ausgelagerten Hausrates zu denken. Im Nachrichtenwesen wird ein allseitiger, der Militärregierung bekannter Wunsch berücksichtigt sein, wenn die Verhandlungen über Ausgabe einer Zeitung zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Die Stadtverwaltung ihrerseits will bis dahin die Lücke durch ein Amtsblatt schließen, das sich selbstverständlich auf amtliche und halbamtliche Veröffentlichungen beschränken wird, aber doch den Verkehr zwischen Behörden und Einwohnerschaft erleichtert. Als besonderen Vorteil in solcher Richtung würde sie den Besitz einer eigenen Sendeanlage im Regierungsbezirk begrüßen und hofft, trotz vieler Zerstörungen dieses Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen.

Auf dem Gebiet des Geldverkehrs könnte die Bevölkerung selbst gegebene Schwierigkeiten mildern, wenn nicht gar beseitigen. Nach der Einstellung der Feindseligkeiten besteht wirklich kein Grund mehr dazu, dass Geschäfte und Private sich in dem zur Zeit der Luftangriffe schon übertriebenen Ausmaß mit Zahlungsmitteln eindecken. Sie zwingen hierdurch die Geldinstitute zur Rationierung der Barauszahlung, gefährden die Bereitstellung der Löhne und bringen so wirtschaftliches Leben nahezu zum Erliegen. Wenn die Einsicht aller hier nicht in Kürze zu einem Wandel, also zu einem Rückfluss von Zahlungsmitteln führt, werden empfindliche und an sich vermeidbare Maßnahmen nicht ausbleiben. Denn schon die Bewältigung der Zahlungen zum kommenden Monatsschluß wirft vorerst noch gemeisterte Probleme auf, die sich nicht wiederholen dürfen. Übrigens sind Banken und namentlich die Stadtparkasse mit allen Zweigstellen seit langem voll in Betrieb.

Aus dem Verlust der Verbindungen zu der Reichshauptkasse und der Landeshauptkasse wären für die öffentliche Finanzwirtschaft, namentlich auch für die Bezahlung der Gehälter der Reichs- und Landesbeamten Schwierigkeiten zu besorgen. Ihnen soll im wesentlichen dadurch begegnet werden, dass aus den Reichs- und Landeseinnahmen des Regierungsbezirks die hier anfallenden vordringlichen Auslagen des Reiches und des Landes bestritten werden und die Regierungshauptkasse hierfür die Funktionen der Reichs- bzw. Landeshauptkasse wahrnimmt.

Auf dem Arbeitsmarkt besteht lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften für Landwirtschaft, Gärtnereien, Nahrungsmittel-, Gaststätten-, Beherbergungs- und Baugewerbe. Verkaufs- und Büropersonal ist überzählig. Die Notwendigkeit eines Überganges auf andere Berufe deutet sich damit jetzt schon an und wird als Rückführung von Arbeitskräften aus der Rüstungsindustrie noch sinnfälliger werden. Aufruf zur Meldung von Arbeitskräften ist ergangen und allenthalben angeschlagen. Es muss künftig wöchentliche Meldung verlangt werden. Die dringendsten Bedürfnisse der nächsten Zukunft, namentlich auch die Anforderungen der Besatzungsbehörden, gestatten jedenfalls keinen Verzicht auf die Anwendung der Verordnung über staatspolitisch notwendige Arbeiten und die darauf gestützten Dienstverpflichtungen. Das Arbeitsamt ist durch Anordnung der Militärregierung dem Oberbürgermeister unterstellt und so - wie die Polizei - wieder an seinem Ausgangspunkt, d. i. die Stadtverwaltung, angelangt.

Die wichtigste Aufgabe unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner war die Sicherstellung der Ernährung nicht nur für die Stadt Augsburg, sondern für den Regierungsbezirk Schwaben. Es musste insbesondere der Ausgleich zwischen Nord- und Südschwaben erfolgen, zumal die im Gebirge evakuierte Bevölkerung aus Mangel an Wohnraum vorerst nicht in die Heimatstädte zurückkehren kann. Da Schwaben von allen Verbindungen abgeschnitten war, wurde ein eigenes Ernährungsamt Schwaben errichtet, zu dessen Leitung sich der bewährte und vom Vertrauen aller beteiligten Kreise begrüßte Landesökonomierat Lichti zur Verfügung stellte. Das Ernährungsamt ging zuerst an die Feststellung der nach den Ereignissen noch vorhandenen Bestände und traf sodann die gebotenen Maßnahmen, nicht nur vom Gesichtspunkt der Verhältnisse Schwabens, sondern auch der Nachbargebiete. Im Stadtbezirk Augsburg, wo die Brot ration sehr niedrig war, lässt sich diese für die nächste

Zuteilungsperiode etwas verbessern, während im übrigen Regierungsbezirk die bisher ausgegebenen höheren Rationen gemindert werden müssen.

Bei der Fleischration ist vorsichtshalber eine Kürzung um 50 g in der Woche vorgesehen, die aber durch eine Verbesserung der Käsezuteilung wettgemacht wird. Die Milch Versorgung war für Augsburg schon wenige Tage nach der Besetzung wieder gesichert und geht in Schwaben im bisherigen Ausmaß weiter. Auch die Fettzuteilung erfährt keine Verminderung. Besondere Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art sind dagegen für die Butter- und Käseerzeugung des Allgäues im Interesse der Herbst- und Winterversorgung weiter Verbrauchergebiete notwendig. Die Kartoffelvorräte zwingen nicht wegen der vorhandenen Menge, sondern wegen der zeitlich bedingten schlechten Beschaffenheit zur Sparsamkeit im Verbrauch. Im ganzen würde Schwaben für sich allein den Anschluss an die neue Ernte trotz der eingetretenen Zuwanderung evakuierter Bevölkerung ohne die großen Sorgen anderer Verbrauchergebiete erreichen, es hat aber auf die Bedürfnisse dieser Gebiete Rücksicht zu nehmen. Deshalb müssen auch die Ablieferungspflichten weiter erfüllt werden. Die Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Lebensmittel bleiben in Geltung. Nur durch ihre strenge Beachtung lässt sich in angrenzenden Bezirken eine Hungerkatastrophe verhindern. Wichtig ist die Versorgung der Landwirtschaft und der Gartenbaubetriebe sowie der Milchwirtschaft mit Arbeitskräften.

Weitere unerlässliche Voraussetzungen sind die ständige Verbesserung der Transportverhältnisse und die endliche Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ich werde mich dafür mit aller Kraft einsetzen.

Der Stadtmarkt in Augsburg ist bereits in der zweiten Maiwoche nach dem Abzug der auf ihm untergebrachten Truppe wieder in Betrieb gekommen.

Die Versorgung mit Wasser und elektrischer Energie zeigt kaum noch Lücken. Das Gaswerk ist wie durch ein Wunder den ganzen Krieg über verschont geblieben, seine Leistung muss sich aber wegen Kohlenmangels auf lebenswichtige Betriebe beschränken.

In der Kohle sind wir auf die oberbayerische Förderung angewiesen, die an sich in durchaus beachtlicher Menge zur Verfügung stünde, wegen Zerstörung von Eisenbahnbrücken aber nicht angefahren werden kann.

Der Ausfall der Gasversorgung hat zur Folge, dass der Küchenbedarf an Holz und Kohle erheblich gestiegen ist. Angesichts der gegenwärtigen Transportschwierigkeiten und der geringen Lagervorräte der Brennstoffhandlungen hat sich der Bevölkerung die Befürchtung bemächtigt, es könnte in Augsburg eines Tages überhaupt kein Brennmaterial mehr geben. Um diese Sorge einzudämmen, wurden - mehr zur Beruhigung als zur Behebung des augenblicklichen Bedarfs - aus dem Stadtwald in den letzten Wochen 3.000 Ster Brennholz zur Selbstgewinnung an die Bevölkerung abgegeben, wobei jeder Bewerber je Haushalt 1 bis 1 1/2 Ster zugewiesen erhielt. Dieses Holz, das erst in einigen Monaten verwendbar sein wird, muss natürlich auf die geplante Winterbevorratung angerechnet werden. Daneben aber war und ist vordringlich, dort zu helfen, wo alle Brennstoffvorräte aufgebraucht sind. Für diese Zwecke hat die Staatsforstverwaltung einige Tausend Ster trockenes Brennholz zugesagt, mit dessen Abtransport in den nächsten Tagen gerechnet werden kann. Das Nähere über den Bezug dieses Holzes wird aus dem städtischen Amtsblatt zu ersehen sein. Ich möchte hier aber gleich betonen, dass diese Brennholzabgabe kein Grund für eine Beunruhigung in den Landgemeinden zu sein braucht. Die Zuweisung an die Landgemeinden erfährt hierdurch keinerlei Kürzung, da es sich bei den genannten Mengen um Vorräte handelt, die ursprünglich für andere Zwecke bestimmt waren.

An die Versorgung mit Textilien und Schuhen dürfen augenblicklich praktisch keine Ansprüche gestellt werden. Angesichts der Unklarheit über das Schicksal von Ausweichlagern fehlt einerseits ein verlässiger Überblick über die Bestände, auf der anderen Seite stehen erhebliche Anforderungen der für die hiesigen Ausländer verantwortlichen Stellen.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird bestimmt durch den schon vor dem Kriege bestehenden Mangel, die Zerstörungen während des Krieges, die Raumbedürfnisse der Besatzungsbehörden und -truppen, die Unterbringung von Verwundeten sowie die zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte. Der Bedarf auf einzelnen dieser Gebiete tritt vielfach schlagartig auf. Für die Stadtverwaltung ist es ganz besonders schmerzlich, ihren evakuierten Mitbürgern, Frauen und Kindern, statt diese mit einem herzlichen Empfang wieder um sich zu versammeln, nun Schwierigkeiten bei ihrer Rückkehr bereiten zu müssen, denn eine ungesteuerte Rückkehr würde plötzliche Raumansprüche von mehreren 10.000 Personen auslösen. Insgesamt muss bei den von Eigenverfügungen der Besatzungsmacht nicht betroffenen Wohnungen die öffentliche Bewirtschaftung nach folgenden Richtlinien straff durchgeführt werden:

Für die Vermittlung von Wohnungen und Einzelquartieren an die Zivilbevölkerung ist allein das städtische Wohnungs- und Quartieramt im Verwaltungsgebäude I zuständig. Bei den gegebenen Wohnungsverhältnissen kann mit der Zuteilung einer selbständigen Familienwohnung nicht gerechnet werden. Mehr als bisher muss die Gesamtbevölkerung näher zusammenrücken, um Teilwohnungen für obdachlose Mitbürger freizumachen.

Die Vorschriften über die Anmeldung freier selbständiger Wohnungen durch die Hausbesitzer und über die Anmeldung unterbelegter Wohnungen durch die Wohnungsinhaber gelten unverändert weiter.

Bei vorübergehender oder dauernder Abwesenheit von der Wohnung soll ein Beauftragter im Hause bestellt werden, der den Wohnungsinhaber in allen Wohnungs- und Quartierfragen vertritt und dem namentlich die Wohnungsschlüssel auszuhändigen sind.

Der Zuzug von auswärtigen Familien ist verboten. Ausnahmegenehmigungen erteilt in besonderen, gesetzlich festgelegten Fällen das Wohnungs- und Quartieramt. Gleiches gilt für die Rückkehr evakuierter Familien und Einzelpersonen nach Augsburg; auch hier erfolgt Genehmigung nur dann, wenn die Unterbringung in Augsburg gesichert ist. Wer vor Genehmigung nach Augsburg zurückkehrt, darf bei den gegebenen Verhältnissen nicht auf Wohnungs- und Lebensmittelversorgung rechnen.

Der Wiedergewinnung von Wohnraum kommt besondere Bedeutung zu. Schwierigkeiten bereitet der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften. Die Baustoffbewirtschaftung muss daher mindestens vorerst beibehalten werden. Sie wird anstelle der OT einstweilen von der städtischen Bauverwaltung wahrgenommen. Baumaßnahmen bis zu 500 RM bedürfen keiner bauwirtschaftlichen Genehmigung. Bei höheren Baukosten ist eine solche Genehmigung erforderlich und hierbei das Ziel maßgebend, mit einem Mindestaufwand an Material und Arbeitskräften möglichst viel Raum wieder herzustellen bzw. neu zu schaffen. Von den im März und April dieses Jahres festgestellten Baustoffen werden 30 % zur freien Verfügung gestellt, der Rest muss weiterhin für die vorerwähnte öffentliche Bewirtschaftung beschlagnahmt bleiben.

Das Gesundheitswesen beansprucht angesichts der Gefahren, die sich aus der vielseitigen, schwer zu überwachenden Wanderung, den Unterkunftsverhältnissen und anderen Einflüssen ergeben, gesteigerte Aufmerksamkeit. Für Krankenanstalten, die den Besatzungstruppen zur Verfügung gestellt werden müssen, ist zum Teil bereits Ersatz beschafft. Die Stadtgemeinde besitzt an Krankenanstalten nun das Hauptkrankenhaus, die Kinderklinik in Oberhausen, das Tuberkulosekrankenhaus in Pfersee, die Hilfskrankenhäuser in der Adalbertschule, der Schillerschule, der Mütterschule, der Fleischerfachscheule und im Servatius-Stift. Einige davon weisen leider ernstere Fliegerschäden auf, die ihre Aufnahmefähigkeit beeinträchtigen. Es können augenblicklich nur aufgenommen werden Unfallverletzte, Infektionskranke und Kranke in lebensbedrohlichem Zustand. Abgesehen von Unfällen ist Einweisung durch einen Arzt erforderlich. Nicht gehfähigen Kranken leistet die Sanitätskolonne altbewährte Dienste. Sie untersteht jetzt übrigens der Leitung durch das städtische Gesundheitsamt.

Unter den städtischen Sommerbädern hat sich bei der schönen Witterung Mitte Mai das Familienbad am Wertachkanal in üblicher Weise selbst eröffnet. An den Pfingstfeiertagen folgte ihm die Anstalt in der Friedberger Straße, was durch dort lagernde Munition verzögert wurde. Das Sommerbad an der Schwimmschulstraße ist für die amerikanischen Truppen reserviert. Ob das dortige Freibad für die Zivilbevölkerung offen gehalten werden kann, ist noch ungewiss. Auf das Bad an der Lechhauser Straße muss der schweren Fliegerschäden wegen vorerst verzichtet werden. Beim Stadtbad oder beim Warmbad an der Buchenau verbietet Kohlenmangel eine Benutzung durch die Zivilbevölkerung.

Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge, des Familienunterhalts und der Sozialversicherung werden unbeschadet gewisser Änderungen bei den Richtsätzen grundsätzlich weiterhin gewährt. Über Zahlungseinzelheiten geben Bekanntmachungen im städtischen Amtsblatt und Anschläge in den Postämtern Aufschluss. Ein Großteil der Betriebskrankenkassen und namentlich die Allgemeine Ortskrankenkasse haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Wegen Neufestsetzung von Renten und neuer Rentenanträge wende man sich an das städtische Amt für Sozialversicherung. Stiftungsmittel werden bestimmungsgemäßem Fürsorgezweck auch künftig zugeführt.

Kriegsschäden deckt bekanntlich nicht die Gemeinde, sondern das Reich. Die Stadtgemeinde wirkt nur als Zahlstelle des Reichs und erhält von dort die Mittel. Mangels solcher Mittel ist augenblicklich eine Zahlungsstockung eingetreten. Dies bedeutet keinen Verlust von Ansprüchen. An einer baldigen Regelung sind nicht nur die Fliegergeschädigten, sondern ebenso die Stadtgemeinde selbst schon deshalb lebhaft

interessiert, weil ihr Steuereinkommen in empfindlichem Zusammenhang namentlich mit dem Ausgleich der Nutzungsschäden steht. Jedenfalls kann eine geordnete Gemeinschaft nicht darauf verzichten, ein gemeinsames Unglück auch gemeinsam zu tragen. Die Stadtgemeinde wird im Falle der Bedürftigkeit bei kleineren Hausratschäden vorbehaltlich späteren Ersatzes durch das Reich mit eigenen Mitteln in Vorlage treten.

Eltern, Lehrer und Schüler stellen immer wieder die Frage: „Wann beginnen die Schulen“. Die Militärregierung hat mir Gelegenheit zu einer Aussprache mit maßgeblicher Stelle aus USA geboten, und ich konnte dabei unser grundsätzliches Interesse an baldiger Wiederaufnahme des Unterrichts betonen. Man darf aber nicht übersehen, dass Schulräume fehlen, dass die persönlichen Unterkünfte von Lehrern und Schülern vielfach nicht gesichert sind, dass die Verkehrsverhältnisse auch eine Versammlung der Lehrer und Schüler noch gar nicht ermöglicht haben und anderes mehr einen geordneten Schulbetrieb behindert. Dazu kommt, dass die Besatzungsbehörden der Bereinigung unserer schulischen Verhältnisse in persönlicher und sachlicher Beziehung ein hervorragendes Augenmerk schenken und dem Zeitpunkt für den Unterrichtsbeginn nicht die Bedeutung einer Lebensnotwendigkeit beimessen.

In den Wochen, in denen es gilt, die nackten Bedürfnisse unseres Daseins zu decken, möchte ich über kulturelle Aufgaben der Stadtverwaltung nicht im einzelnen sprechen. Dies wird zu einem späteren Zeitpunkt geschehen. Für heute sei grundsätzlich nur gesagt, dass auch hier ein goldener Mittelweg zwischen der gemeindlichen Leistungsfähigkeit einerseits und den traditionellen Verpflichtungen der Stadt, ihrer Stellung in unserem Vaterland, den Wünschen der Bevölkerung und den Anforderungen der Besatzungsbehörden zu suchen sein wird.

Bei dieser Abstimmung zwischen Erfordernis und Möglichkeit soll nicht übersehen werden, dass gerade die psychischen Belastungen, denen unsere heimkehrenden Soldaten nun seit Jahren ausgesetzt waren, eine Entspannung auch gehobener Art erfordern. Wir wollen überhaupt versuchen, den Heimkehrern ihre Vaterstadt trotz aller Verwüstungen und aller Armut, in die uns ein unglücklicher Krieg gestürzt hat, durch jede uns mögliche Freundlichkeit der Aufnahme neu liebenswert zu machen.

Die Beziehungen der Stadt Augsburg zum Regierungsbezirk Schwaben haben zu keiner Zeit einen sinnfälligeren Ausdruck gefunden wie in den letzten Jahren. Nahezu die Hälfte der Augsburger hat zeitweilig im Regierungsbezirk auf dem Lande gelebt und heute noch geht ihre Zahl in die Zehntausende. Sie haben in schweren Tagen dort eine gesicherte Unterkunft gefunden. Wer nicht dringend in der Stadt benötigt ist und noch auf dem Lande lebt, bleibe dort! Er ist für landwirtschaftliche Arbeiten dringend benötigt, kann sich durch solche Mithilfe erwiesener Wohltaten dankbar zeigen und wird die kommende Verknappung unserer Lebensmittel an der Stätte der Erzeugung leichter überstehen. Trotz vieler Spannungen, die sich aus der luftkriegsbedingten, also wenig geübten und doch recht innigen Berührung von Stadt und Land ergeben mussten, lauten doch die Berichte aus allen Gebieten des Regierungsbezirkes dahin, dass die Augsburger sich mit den Schwaben des Landes gut zusammengelebt und vertragen haben. Sorgen Sie alle dafür, dass es bis zu Ihrer Rückkehr in die Stadt so bleibe und durch persönliche Beziehungen die Verbindung der Hauptstadt des Regierungsbezirkes mit diesem selbst zu einem freudigen Bedürfnis gefestigt werde.

Getragen von solcher Gemeinschaft wollen wir alle dann tapfer, nüchtern und gläubig unseren Weg in eine bestimmt sorgenvolle, aber hoffentlich auch arbeitsreiche und so schließlich doch gesegnete Zukunft gehen".

Die Eisheiligen

Schon in den allerersten Tagen lieferte die Militärregierung einen deutlichen Beweis ihrer freundlichen, aus Mitverantwortung entspringenden Gesinnung. Ihre Vorschrift, dass ein Verkehr außerhalb der Wohnsitzgemeinde nur mit Passierscheinen der Militärregierung gestattet sei, hatte bei dieser alsbald einen solchen Ansturm von Passierscheinbewerbern zur Folge, dass die Schlange aller Gesuchsteller weit ins Freie reichte. Für den Anfang war das nicht schlimm, da das Wetter sehr schön war; bald aber wurde es empfindlich kühl und für einen Aufenthalt im Freien sehr ungemütlich. Da erschien Major Towe persönlich bei mir im Büro und versicherte, die Militärregierung habe aus der Eingangshalle des Direktionsgebäudes bereits die großen Fahrradständer entfernen lassen, um Platz für das wartende Publikum zu schaffen. Notwendig wäre aber noch eine Heizung der Halle, wozu er um Gestellung von Öfen ersuche. Ich musste ihm leider bedeuten, Beschaffung und Anschluss geeigneter großer Öfen würde in der so sehr zerstörten Stadt Schwierigkeiten bereiten oder mindestens so viel Zeit

erfordern, dass die landesübliche Abkühlung der sog. Eisheiligen voraussichtlich vorher vorbei sein werde. Da meinte er, die Militärregierung lege trotzdem Wert darauf, schon bei dieser ersten Gelegenheit zu zeigen, wie sie grundsätzlich der deutschen Bevölkerung gegenüberzutreten gedenke. Sie würde es daher sehr begrüßen, wenn die Öfenbeschaffung mit jedem möglichen Nachdruck betrieben würde. Bis diese dann tatsächlich gelungen war, hatte das kalte Wetter zwar wieder schönen Frühlingstagen Platz gemacht, war aber das Entgegenkommen der amerikanischen Stellen doch nicht völlig unbemerkt und nicht ohne Eindruck geblieben.

Fahrt nach Thannhausen

An einem schönen Sonntag im Mai oder vielleicht am Himmelfahrtstag wünschte Major Towe die Fleischwarenfabrik Zimmermann in Thannhausen an der Mindel zu besuchen. Den Anlass für solchen Besuch nannte er nicht, vielleicht schon wegen der Verständigungsschwierigkeiten nicht, und ich selbst habe ihn auch nie so recht erraten können. Eine private Hamsterfahrt erschien angesichts der gemeinsamen Beherbergung und vermutlich guten Verpflegung der Militärregierungsbeamten im Augsburger Hotel Augusta nicht wohl geboten. Der Major war augenscheinlich auch ohne außerdienstlichen Anhang mit Versorgungsbedürfnissen. Vielleicht aber hatte er die Verpflegung der Offiziere und so den Nachschub an das Hotel dienstlich zu betreiben. Er lud mich ein, ihn zu begleiten. Ich hätte zwar Arbeit anderer Art gehabt, aber die Pflege des persönlichen Kontaktes mit dem Kommunalreferenten bot dienstliche Vorteile. Auch war der Verkehr mit ihm als einem sympathischen Mann, wenn selbst durch Verständigungsschwierigkeiten erschwert, doch durchaus angenehm, das Wetter war herrlich und das Reiseziel ließ eher Zerstreuung als Komplikationen erwarten. So sagte ich zu. Am vorgerückten Nachmittag fuhren wir in Begleitung zweier Dolmetscher mit dem Wagen des Majors von der Militärregierung weg und auf direktem Weg nach Thannhausen. Offensichtlich war dort unser Besuch angekündigt. Aus den Erzeugnissen des Hauses wurden wir nicht nur an Ort und Stelle gastlich bewirtet, sondern auch für unser weiteres Fortkommen erfreulich ausgestattet, und fuhren noch so zeitig zurück, daß der Major zum Abendessen im Hotel sein konnte. Er war auf der Heimfahrt bester Dinge, machte - nach dem vielen Lachen der Dolmetscher zu schließen - unentwegt Spaß und gestikuliert mit beiden Händen. Dabei hatte er gemäß seiner ständigen Gewohnheit weder geraucht noch irgend etwas Alkoholisches genossen. Er meinte selbst - wie mir die Dolmetscherin zwischendurch übersetzte - er sei immer fröhlich, vielleicht weil er unverheiratet sei, und seine Kameraden fragten dann bei geselligen Veranstaltungen oft, „Hast eigentlich Du oder haben wir getrunken?“.

Frohe Gefangene

Zu der Fahrt nach Thannhausen hatte ich mich zur vereinbarten Stunde, 1/2 4 Uhr Nachmittag eingefunden und wartete vor dem Gebäude der Militärregierung am Prinzregentenplatz auf Major Towe. Der hatte wissen lassen, er habe im Büro noch einiges zu erledigen und bitte um Geduld.

Während dessen war auf dem Platz eine Gruppe von etwa 15 deutschen Luftwaffensoldaten erschienen; sie waren wohl ohne Bewaffnung, aber in voller Uniform und standen einigermaßen ratlos und unentschlossen herum. Ich fragte sie daher nach ihrem Woher und Wohin. Sie erzählten dazu, daß sie aus der Steiermark kämen, auf ihrem Lastwagen im Verband einer amerikanischen Einheit mitgefahren, von dieser mit Treibstoff und Verpflegung beliefert worden seien und in dieser Weise sicherlich hätten weiterfahren können, wenn nicht zwischen Mering und Lechhausen der Lastwagen das Opfer einer schweren Panne geworden wäre. Sie wollten nun eben ihren Heimweg, meist Richtung Baden und Rheinland, fortsetzen, waren aber von den Annehmlichkeiten der bisherigen Reise offensichtlich so verwöhnt, daß ihnen der Gedanke an einen, von ihren Kameraden in ähnlicher Lage wohl oder übel gewählten Fußmarsch keineswegs sympathisch erschien.

Während ich mich noch mit ihnen unterhielt, erschien Major Towe und fragte, was die Soldaten wollten. Auf meine Antwort „heim“ wünschte er die Richtung zu wissen, sprang dann sofort in sein Auto und kehrte nach wenigen Minuten mit einem amerikanischen Mannschaftstransportwagen zurück. Er ließ den Leuten sagen, sie würden bis Ulm gefahren werden, müssten von da ab allerdings sehen, wie sie weiterkämen. Noch ehe wir selbst startbereit waren, fuhr der Transport los. Am Sandberg vor Biburg überholten wir ihn und freuten uns zu sehen, wie die Soldaten in der warmen Frühlingssonne augenscheinlich höchst befriedigt in zwei Reihen sich gegenüber saßen und von ihren Siegern heimfahren ließen.

Entlassung Entlassener

Eine ähnliche Überraschung erlebten späterhin noch zahlreiche andere deutsche Soldaten. Es begann damit, daß Mitte Mai gegen Abend bei mir in der Holbeinstraße ein amerikanischer Offizier in Begleitung eines deutschen Offiziers vorsprach und erklärte, er habe den Auftrag, einen Transport deutscher Kriegsgefangener dem Oberbürgermeister zu übergeben. Dieser habe die Leute durch Aushändigung der bereits ausgefertigten Papiere in aller Form zu entlassen und notfalls für ihr Fortkommen zu sorgen.

Auf der Straße vor meiner Wohnung stand etwa ein halbes Dutzend Lastkraftwagen je mit Anhänger, auf denen deutsche Soldaten eng aneinandergedrängt standen wie eine Fracht Schleifholz. Sie waren so - nach Angabe der Offiziere - in fast pausenloser Fahrt und ziemlicher Hitze von der böhmischbayerischen Grenze antransportiert worden.

Herr Rechtsrat Dr. Kleindinst übernahm die Förmlichkeit der Entlassung. Der deutsche Offizier gab das Kommando zum Absteigen und Antreten vor den Fahrzeugen. Dann wurde Mann für Mann vorgerufen, erhielt von Herrn Dr. Kleindinst seine Entlassungspapiere und trat in seine Gruppe zurück. Das vollzog sich alles in bester militärischer Ordnung. Dann wurde den Leuten erklärt, wer aus Augsburg sei, dürfe sofort nach Hause, die anderen könnten in einem Massenquartier - wohl einer Schule - bis zum nächsten Tag unterkommen, notdürftige Verpflegung erhalten und sich anderntags die für ihren Heimweg nötigen Passierscheine bei der Militärregierung besorgen. Alsdann durften alle weggehen, jeder dahin wo es ihm beliebte. Man sah es den Soldaten an, daß sie zunächst noch gar nicht daran zu glauben vermochten, aus den Schrecken des Krieges und den Entbehrungen einer wenn auch kurzen Kriegsgefangenschaft so schnell in bürgerliche Freiheit zurückkehren zu können. Sie hatten gefürchtet, als Kriegsgefangene nach Frankreich verbracht zu werden. Ganz trauten sie dem Landfrieden offenbar auch jetzt noch nicht. Denn schon im abendlichen Massenquartier erschien fast keiner mehr und anderntags waren nicht nur die in Augsburg Wohnhaften von der Bildfläche verschwunden, sondern auch alle Anderen. Sie hatten jedenfalls bei Kameraden oder Bekannten einstweilen Unterkommen gefunden, wagten wohl auch nicht mehr, der Passierscheine wegen nochmals mit amerikanischem Militär in Berührung zu kommen und zogen es wie viele andere vor, auf Seitenwegen ihrer Heimat zuzustreben. Sie gingen so freilich das Risiko ein, daß sie hier einmal von einer Streife angetroffen, dann aber erfahrungsgemäß nicht allzu lange festgehalten, schlimmstenfalls wieder zum Bürgermeister von Augsburg zurückgebracht wurden.

Die Förmlichkeiten solcher Entlassungen wiederholten sich in der Folge alle paar Tage, so dass sie als Routineangelegenheit der Polizeiwache im Verwaltungsgebäude 1 übertragen werden konnten, wo der Innenhof zur Verfügung stand und nicht ein Schauspiel auf offener Straße geboten werden musste.

Der Agent

Während einer der Verhandlungen im Büro des Majors Towe wurde ich zu Oberst Joubanc, Kommandeur der Schwäbischen Militärregierung, in dessen Geschäftszimmer gerufen. Dort traf ich neben dem Oberst und glaublich [sie!] einem weiteren amerikanischen Offizier, beide in Uniform, einen Herrn in Zivil. Er wurde als ein früheres Mitglied der amerikanischen Botschaft in Berlin vorgestellt, war etwa 40 Jahre alt, eine ausgezeichnete Erscheinung, groß, dunkelhaarig, gepflegt und bestens gekleidet. In deutscher Sprache, die er völlig beherrschte, wünschte er, sich in einer Unterhaltung mit mir bei gleichzeitiger Anwesenheit der zwei amerikanischen Offiziere über die Verhältnisse in Deutschland vor Ausbruch und während des Krieges zu unterrichten. Die Aussprache mag eine knappe halbe Stunde gedauert haben.

Vielleicht 3 Wochen hernach fragte mich Major Towe, vermutlich auf Veranlassung des Kommandeurs, ob ich mich an den Namen des seinerzeitigen Besuchers erinnern könne; niemand wisse ihn mehr. Ich wusste ihn gleichfalls nicht, auch nicht, ob der Mann überhaupt mit Namen vorgestellt worden war. Es sickerte dann später durch, daß ernste Zweifel hinsichtlich der Persönlichkeit des eleganten Herrn aufgetreten waren und man den nicht unbegründeten Verdacht hegte, es habe sich um einen Agenten, wahrscheinlich russischen Agenten gehandelt. Das war wohl recht peinlich, nicht so sehr wegen der Unterhaltung des Unbekannten mit mir, als deshalb, weil sicherlich auch die Offiziere der Militärregierung mit ihm einiges besprochen hatten, was nicht ohne weiteres für Kommunisten gedacht war. Letztere waren nach Beendigung der Waffenbrüderschaft anscheinend nicht und jedenfalls nicht als Faktor innerhalb der amerikanischen Besatzungszone erwünscht.

Das Personal

Das gesamte Personal gab sein Bestes und wetteiferte in der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgabe mit dem Fleiß der Bürger in deren privaten Bereich. Alles war froh, daß künftig nicht für jede kommende Nacht eine Zerstörung dessen zu befürchten war, was der Tag dem Elend durch Arbeit abgerungen hatte. Kleinste Fortschritte in der Annäherung an friedensnahe Verhältnisse begeisterten zu zähen und ungeachtet aller materiellen und personellen Beschränkungen oft fruchtbaren Anstrengungen. Hinsichtlich solcher Haltung der Belegschaft machte es kaum einen Unterschied, ob sich einer zu vormals führenden Mitgliedern der NSDAP oder nur zu dortigen Mitläufern zu rechnen oder außerhalb der Partei gestanden hatte. Mag sein, daß die ersteren nicht immer aus bloßem Eifer für den allgemeinen Wiederaufbau, sondern auch aus Sorge um ihre persönliche Zukunft tatkräftig mitarbeiteten. Jedenfalls aber war auch bei ihnen nicht Lässigkeit oder gar passiver Widerstand zu spüren; sie waren vermutlich im Augenblick ebenso froh, den Dienst an einer verlorenen Sache los zu sein, wie die anderen das Ende des politischen Zwanges begrüßten.

Auf diese Frühlingsblüten allgemeiner Schaffensfreude fiel allerdings bald ein böser Reif. Es kamen die ersten Fragebogen, nicht ein Drittel so groß und fragenreich, wie die berühmt gewordenen späteren. Sie sollten vorerst nur für leitende Beamte ausgegeben werden und wurden demgemäß auch in geringer Zahl zugeteilt. Den ersten Fragebogen folgten die ersten Entlassungsverfügungen. Sie betrafen auch Herren, die ich als Referenten vorgesehen hatte, die diesen Dienst auch schon einige Wochen versehen und die ganze Zeit über in mündlichen Verhandlungen mit den Sachbearbeitern der Militärregierung gestanden hatten. Der für die Entlassungen angegebene Sachverhalt war dabei keineswegs derart, daß er in meinen Augen eine ernste parteipolitische Belastung oder gar besondere parteipolitische Aktivität dargestellt hätte. Ausschließlich letztere sollte jedoch nach den von der Militärregierung mir für die Personalauswahl gegebenen Richtlinien eine Beschäftigung als Referent oder sonst leitender Beamter ausschließen. Nun verfügte ich - wie andere - damals noch nicht über gründliche Erfahrungen in der Bewertung parteipolitischer Tatbestände für den öffentlichen Dienst und versuchte, mir die unerwarteten Entlassungsforderungen damit zu erklären, daß die amerikanischen Dienststellen hier wesentlich strengere Maßstäbe anlegten. Dem war aber in der Schwäbischen Militärregierung ganz und gar nicht so. Die Entlassungen waren auch nicht von ihr, sondern von der politischen Polizei der Besatzungsmacht, dem sog. CIC veranlasst worden. Die Herren der Militärregierung zeigten sich darob gleichermaßen überrascht wie ich und fühlten sich auch in ihren seinerzeitigen Einstellungsrichtlinien deutlich desavouiert. Sie unternahmen dann auch Schritte bis zu einem General mit weit reichenden Kompetenzen, aber vergeblich. Als mir Major Towe dieses negative Ergebnis kurz mitteilte, sagte er abschließend „CIC“ und machte dazu mit dem ausgestreckten Daumen eine energische, nicht mißzuverstehende Bewegung nach unten.

Die Wirtschaft

Entscheidende Aufgabe der gemeindlichen Verwaltung war es, die bürgerliche Ordnung so schnell als möglich wiederherzustellen, also das wirtschaftliche Leben in Gang zu bringen bzw. zu halten. In dieser Hinsicht hatten während der ersten Zeit militärische Aktion und Sicherheit allerlei Behinderungen mit sich gebracht. Sie waren wohl unvermeidlich und, weil kurzfristig, in etwa erträglich. Aber die Plünderungen durch die in der Stadt freigewordenen und die aus der Umgebung zugezogenen Ausländer sowie aus Gefängnissen entwichenen Kriminellen bedeuteten natürlich das genaue und unerträgliche Gegenteil der angestrebten bürgerlichen Ordnung. Man hat die Amerikaner mitunter heimlich und offen verdächtigt, diese Ausschreitungen nicht ungern gesehen, mindestens nicht nach Kräften verhindert zu haben. Für einzelne Persönlichkeiten mag solcher Verdacht begründet gewesen sein, nicht aber für die amtlichen Stellen am Orte. Beispielsweise erwarteten sie schon in der ersten Woche Generalsbesuch, der vornehmlich der äußeren Ordnung in der Stadt gelten sollte, und brachten mir dies an einem Nachmittag in meinem Büro mit dem Wunsche vor, auch die Stadt möge alles in dieser Beziehung mögliche tun. Dieweilen war die Maximilian-Straße, was man vom Zimmer der Besprechung aus sehen konnte, schwarz von Menschen, Männern und Frauen, die johlend Waren aller Art in Mengen weit über persönlichen Bedarf hinaus mit sich schleppten, z.B. zu Zweien eine riesige Korbflasche mit der Aufschrift „Essig“. Ich verwies die Herren darauf und betonte, die gewünschten normalen Verhältnisse im äußeren Bild der Stadt würden sich ohne

behördliches Zutun von selbst und sehr schnell einstellen, wenn die Militärregierung, da die Stadt keine eigene Polizei habe, ihrerseits das plündernde Gesindel von der Straße schaffen würde. Der Dolmetscher, ein fließend deutsch sprechender amerikanischer Sergeant, quittierte ohne vorgängige Verdolmetschung in offensichtlicher Überschreitung seiner Aufgabe, aber immerhin bezeichnend aus eigenem meinen Hinweis mit dem Bemerkten, „die Plünderer seien kein Gesindel, sondern nur die Opfer des Dritten Reichs“, wozu ich meinte, daß notwendige Entschädigungen nach meinen Vorstellungen und der mir von den Amerikanern übertragenen Aufgabe in anderer Ordnung geleistet werden müssten als durch die Duldung von Raubzügen, zumal solche praktisch zur Benachteiligung sonstiger gleichfalls Entschädigungsberechtigter führen müssten. Die anwesenden Offiziere, darunter Major Towe, wiesen nun ihrerseits darauf hin, daß sie als militärische Verwaltung wenig Machtmittel zur Verfügung hätten und Hilfestellung der kämpfenden Truppe fast nicht zu erreichen sei. Auch sie wollten trotzdem alles Erdenkliche unternehmen, um bis zum ehestens erwarteten Eintreffen des Generals Ordnung zu schaffen. Und sie haben Wort gehalten. Bereits am folgenden Tage kehrte verhältnismäßige Ruhe ein und hörten öffentliche Massenplünderungen auf. Darüber hinaus machten jedoch unsere Bemühungen um wirtschaftliche Wiederbelebung nur bescheidene Fortschritte. Nicht dass dies den Auffassungen und Absichten der örtlichen Besatzungsstellen entsprochen hätte. Diese bekamen aber vermutlich von oben hemmende Weisungen. Übrigens waren diese - gemäß den widerstreitenden und wechselnden politischen Strömungen in den Vereinigten Staaten - auf wirtschaftlichem Gebiet offensichtlich ebenso wenig einheitlich wie in manch anderen Bereichen, z.B. der Entnazifizierung.

Natürlich hielten die Referenten der Militärregierung es für nötig, daß der Kleinhandel mit Milch, Brot, Fleisch und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs - ggf. auf Marken - weiterging, dass Schuhmacher, Friseure, Dachdecker, Installateure etc. ihre handwerklichen Dienste taten. Aber gegenüber industriellen Unternehmen beriefen sie sich auf das Erfordernis vorerst nicht erteilter Erlaubnisse. Dabei konnten sie auf die Frage keine Antwort geben, wo sie die Grenze zwischen Industrie und Handwerk sähen, und akzeptierten schließlich unseren Vorschlag, vorerst von einer Betriebsgröße bis zu 10 Arbeitskräften auszugehen. Hinsichtlich des Großhandels ließ man die Verhältnisse einfach im unklaren.

Ein solcher Zustand setzte oder hielt in einer Industriestadt weite Kreise der Bevölkerung außer Arbeit und Verdienst, war also auf längere Dauer untragbar. Der neue Präsident der Industrie- und Handelskammer, Otto A. H. Vogel, wollte dies den Amerikanern persönlich vortragen und bat mich, hierfür eine Konferenz zu vermitteln. Das gelang ohne Schwierigkeiten und man traf sich an einem Nachmittag auf dem Geschäftszimmer von Oberst Joubanc in der Reichsbahndirektion an einer langen Tafel. Alles hatte sich hierfür so gut angezogen, als es die Bestände erlaubten. Die Versammlung umfasste wohl ein Dutzend Herren aus Militärregierung, Handelskammer und Stadtverwaltung sowie eine auffallend mondäne, von amerikanischer Seite gestellte und erstmals gezeigte Dolmetscherin. Präsident Vogel verlas sein Referat in englischer Sprache und die Amerikaner sagten darauf in verbindlicher Form unverbindliche Dinge. Wir sahen so feierlich aus wie ein Ausschuss des Völkerbundes, hatten leider mit unserer Konferenz auch nur eben solche Ergebnisse. Unberührt von der Feierlichkeit des Augenblicks und Anlasses blieb augenscheinlich ein von mir sonst nicht gesehener Oberst. Er saß nicht an der gemeinsamen Tafel, sondern allein an einem Schreibtisch in einem mächtigen Klubsessel seitlich hinter mir. Als ich mich zufällig einmal nach ihm umwandte, sah ich, wie er einen Fuß mit solidem Schnürstiefel auf dem glänzend polierten Schreibtisch hatte und mit einer herrlichen Brasil seine Langeweile oder ein gutes Mittagessen zu überwinden suchte.

Der Verkehr

Die von den Besatzungsbehörden verfügten Beschränkungen betrafen vornehmlich den Verkehr und zwar den Verkehr jeder Art. Wie bereits oben erwähnt, war es jedermann nur mit Passierschein gestattet, sich außerhalb des Bezirks seiner Wohnsitzgemeinde zu begeben. Eine solche Erlaubnis konnte tatsächlich nur zu Fuß, vielleicht mit Fahrrad oder zu Pferd ausgenützt werden, wobei aber zur Meidung unerfreulicher Folgen auf die Benützung so genannter Militärstraßen unbedingt verzichtet werden musste. Kraftfahrzeuge und Treibstoffe gab es zunächst überhaupt nicht, dann nur für den öffentlichen Dienst und ein guter Personenkraftwagen, der sich den Krieg über irgendwo versteckt gehalten haben mochte, konnte sich auch jetzt noch nicht zeigen, wenn er nicht schnell beschlagnahmt werden wollte. Personenbeförderung auf der Eisenbahn geschah, mit wohlwollender Duldung von Eisenbahn und Besatzungsbehörden und begünstigt durch die Witterung, aber auch mit häufigen Unfällen nur in

der Form von Schwarzfahrten auf Güterzügen, für die sich die Zustiegegelegenheiten unter Interessenten gut herumgesprochen hatten. Briefpost kam und ging lange nur durch oft Dutzende fremder Hände. Telefon war gesperrt; glücklicherweise blieb davon, weil am Anfang unbekannt und dann stillschweigend gebilligt, die Stadtzentrale verschont; der Telefonverkehr innerhalb der Stadtverwaltung erfuhr so nie eine Unterbrechung und die über das ganze Stadtgebiet verstreuten Sprechstellen der Anlage haben sicherlich des öfteren auch für private Bedürfnisse gute Dienste getan. Der Ausfall der üblichen Publikationsmittel war höchst störend. Kaum daß die Bekanntmachungen der Militärbehörden an wenigen Stellen angeschlagen werden konnten. Die Bevölkerung wusste z.B. auch von den personellen Veränderungen bei der Stadtverwaltung in der ersten Zeit fast nur vom Hörensagen. Wir gingen daher schon sehr bald auf die Suche nach einem Rundfunksender, deren ja in der Augsburger Umgebung mehrere zu vermuten waren und tatsächlich bestanden hatten. Mit einem solchen Instrument gedachten wir nicht nur Verwaltungsanordnungen und wesentliche Nachrichten zu übermitteln, sondern auch kleine Darbietungen des städt. Orchesters u. a. zur Milderung der in dieser Hinsicht plötzlich entstandenen Leere an einheimischen Sendungen zu übertragen. Daß ein solches Vorhaben bei den Besatzungsbehörden tausend Bedenken begegnen würde, war leicht zu ahnen. Erstaunlicherweise aber unterstützte uns jedenfalls die Militärregierung von Schwaben in unseren Bemühungen und der dortige Referent fuhr gerne mit unseren Technikern auf Sendersuche in der näheren und weiteren Umgebung herum; ob nicht mehr zum Ergötzen an Land und Leuten mag dahingestellt bleiben. Leider fand man zwar zahlreiche Sender, sie waren aber sämtliche von unserem Militär zerstört und von der umwohnenden Bevölkerung ausgeplündert worden.

Ernährung

Allein schon aus der Zerschlagung der staatlichen Organisation musste man, ganz abgesehen von den inneren Erzeugungsschwierigkeiten und dem Ende des Bezuges aus den besetzten Fremdgebieten, den Zusammenbruch der Ernährungsorganisation erwarten und damit eine Ernährungskatastrophe befürchten. Sie trat - damals noch - nicht ein, dank nicht zuletzt der Umsicht des für die Ernährung gewonnenen Landesökonomierates Lichti. Die Stadtverwaltung war tatsächlich hier in mancherlei Hinsicht übrigens nicht nur für die Stadt, sondern für den Regierungsbezirk zuständig.

So erklärt es sich auch, daß bald nach dem Zusammenbruch drei Herren der Münchner Stadtverwaltung, abgerissen wie wir alle, aber auch ob ihrer Versorgungslage völlig verzweifelt zu mir kamen und uns beschworen, die Münchner vor dem Verhungern durch Abgeben aus dem Allgäuer Milch- und dem Neuburger Kartoffelgebiet zu retten. Wir halfen ihnen, hätten sie aber wenig hindern können, wenn sie, ohne uns zu fragen, sich das geholt hätten, was sie dann tatsächlich erhalten haben.

Finanzen

Der militärische und staatliche Zusammenbruch ließ die zentralen Behörden und Kassen des Reichs und der Länder verschwinden, darunter auch die zentralen Finanzbehörden und Finanzkassen. Bürger und Gemeinden haben darüber im Augenblick keine Träne vergossen. Für Augsburg - und ähnlich wohl für andere Gemeinden mit Sitz von Finanzämtern - ergab sich daraus sogar eine ausgesprochen freundliche Lage. Denn das Finanzamt stellte nun an mich als die örtlich zunächst allein sichtbare Obrigkeit die Frage, was denn nun mit Erhebung und Abführung der Reichs- und Landessteuern geschehen solle. Die Antwort war natürlich: Weiter erheben und, wenn sich dafür kein Interessent mehr melden sollte, an die Stadt abliefern, die dafür Verwendung haben werde. Damit hatte letztere, für einige Zeit praktisch ohnehin Stadt-Staat, die einer solchen Verfassung entsprechende finanzielle Ausstattung. Dieser Zustand war zu schön, als daß man sein baldiges Ende nicht von Anfang an hätte befürchten müssen, und es kam auch bald. Selbstverständlich war es eine der ersten Taten länderähnlicher Organisationen, sich nach Geld umzusehen und all das oder auch noch einiges dazu an sich zu ziehen, was an Hilfsmitteln nicht immer schon zweifelsfrei den Gemeinden zugestanden hatte.

Die Stadt, die den Krieg über ihre Finanzen in Ordnung halten konnte, stand nun vor der Aufgabe, dies ebenso unter ganz anderen Bedingungen zu tun.

Requisitionen

Neu waren dabei als ein recht empfindlicher und lange unklarer Posten die Ausgaben für die verschiedenartigsten Requisitionen der Besatzungsmacht. Es gab wenig, was diese nicht benötigt hätte: Bauholz für Instandsetzung militärwichtiger Brücken, Erbringung ganzer Bauleistungen u.a. An Gegenständen des täglichen Bedarfs musste alles und jedes besorgt werden, was Männer und Frauen irgendwie brauchen, weil die Ausländer von den Alliierten bzw. deren besonderen Organisationen in Lagern zusammengefasst und dort weitgehend durch Rückgriffe auf die Gemeinde versorgt wurden.

Dazu kam die Gestellung von Quartier. Das machte keine allzu großen Schwierigkeiten wenn es sich um vorübergehende Unterkunft für kleine militärische Trupps handelte und ihr Eintreffen wenigstens eine Stunde vorher bekannt wurde. Sie kamen aber auch völlig unangemeldet zu jeder Nachtzeit und wandten sich selbstverständlich gemäß ihren Weisungen an den Bürgermeister, wo sie ihn eben erfragen konnten. So wollten einmal etwa 20 amerikanische Soldaten, die gegen Mitternacht bei mir in der Wohnung Holbein-Straße erschienen, gleich auch da bleiben und im Gemeinschaftszimmer auf dem Boden schlafen, da er sie mit seinem Velourbelag dafür recht geeignet dünkte. Die Verweisung auf einen in ähnlichen Fällen meist benützten Schulraum des Stetteninstituts konnte sie von ihrem Vorhaben zunächst nicht abbringen. Erst als man ihnen auf ihre Frage nach der Art dieses Instituts sagte, es sei ein Mädchenpensionat, zogen sie jubelnd ab und kehrten auch nicht wieder, trotzdem sie das Institut leer antrafen.

Die Beschaffung von förmlichen Familienwohnungen für Offiziere u. a. war dagegen stets eine Sache voller Unerfreulichkeiten, richtiger arger Härten, weil sie immer auf Kosten der deutschen Wohnungsinhaber ging und von diesen die bittersten Vorwürfe eintrug.

Einmal hat allerdings ein freundlicher Zufall dies verhindert: Herr Josef Müller, Prokurist der MAN, der früher, wie auch wir, im Hause Schießgraben-Straße 32 gewohnt hatte und dort gleichzeitig mit uns ausgebombt worden war, hatte in dem großen Wohnblock Haunstetter-Alpen-Straße wieder ein Unterkommen gefunden. Er führte zusammen mit seiner Schwester eigenen Haushalt, während ich selbst mich damals noch als Strohwitwer durchschlug. Da wir uns als frühere Hausgenossen seit Jahren bestens kannten, wurde ich des öfteren zum Mittagessen mit anschließendem Mittagsschlaf eingeladen. Eines Mittags läuteten zwei amerikanische Soldaten an der Wohnungstüre. Sie hatten den Auftrag, den ganzen Wohnblock für Unterbringung ausländischer Familien (UNRRA) zu beschlagnahmen und die Wohnungsinhaber mit kürzester Frist zur Räumung aufzufordern. Bei diesem Geschäft sahen sie meinen Dienstwagen, der vor der Wohnung in der Alpenstraße geparkt war, und wünschten nun in einigem Deutsch zu erfahren, wem der Wagen gehöre. Herr Müller sagte ihnen, es sei der Wagen des Oberbürgermeisters. Der eine Soldat wollte nun offensichtlich wissen, ob der Oberbürgermeister hier wohne, und fragte: „Schläft der Oberbürgermeister hier“. Das konnte Herr Müller ohne allen Vorbehalt bejahen, weil ich tatsächlich eben meinen Mittagsschlaf hielt. Dem Soldaten erschien diese Auskunft wohl nicht ausreichend, denn er fragte jetzt: „Schläft der Oberbürgermeister immer hier?“ Auch das hätte im Rahmen kriegsmäßiger Wahrheitsbegriffe durchaus bestätigt werden können, weil ich ja nach jedem der häufigen Mittagessen wegen der meist gestörten Nachtruhe von meinen Gastgebern genötigt wurde, mich etwas niederzulegen. Herrn Müller blieb aber auch ein noch so bescheidener Konflikt mit der reinen Wahrheit erspart, denn der zweite Soldat kam ihm unter einem heimlichen und aufmunternden Blick mit der Antwort zuvor: „Natürlich schläft er immer hier“. Diese Hilfestellung war vermutlich nicht nur Wohlwollen, sondern mehr noch Ausfluss einer zwischen den beiden Soldaten anscheinend bestehenden Verstimmung. Wie dem auch gewesen sein mag, jedenfalls brauchte die Wohnung mit dem immer schlafenden Oberbürgermeister von Herrn Müller im Gegensatz zu sämtlichen anderen Wohnungen nicht geräumt zu werden.

Die Offiziere der Militärregierung für Schwaben, hier so konzilient wie überhaupt, haben ihrerseits Wohnungsanforderungen nicht gestellt, sondern insgesamt in Einzelzimmern des Hotels Augusta gewohnt und sich dort auch kasinomäßig verpflegt.

Dagegen wollten sie nach einiger Zeit etwa 6 Personenkraftwagen haben; sie waren, so gut die kämpfende Truppe sich mit Kraftfahrzeugen ausgerüstet sah, hier offenbar fast völlig leer ausgegangen. Weil ihre Zuständigkeit den ganzen Regierungsbezirk umfasste, war ein Wagenbedarf verständlich, mindestens zu begründen und musste nicht ausschließlich aus dem Wunsch der Herren erklärt werden, an schönen Sonntagen die Reize des Bayerischen Landes, insonderheit des Gebirges kennen zu lernen. Die Anforderung wurde, wie immer, nicht schriftlich und nicht mit Termin vorgetragen, konnte aber tatsächlich bald erfüllt werden. Denn unsere zuständigen Leute hatten erkundet, daß in der Gegend von Mering deutsche Truppen einen ganzen Wagenpark, in dem sich das Gewünschte fand, hinterlassen hatten.

Darunter war auch eine große Horchlimousine, an der die Amerikaner ihre besondere Freude hatten, nicht wegen des Komforts des Fahrzeugs, sondern weil es der Wagen des Königs Leopold von Belgien gewesen war.

Gelegentlich erfuhren wir auch kleine Gegendienste. Zu aller Anfang war es erschütternd und empörend, daß Reste und Abfälle der guten amerikanischen Truppenverpflegung, die zum Genuss durch eine hungrige Bevölkerung, ja für jedermann völlig einwandfrei gewesen wären, nicht abgegeben, sondern vernichtet wurden. Beträchtliche Teile von Schinken, den Amerikanern zu fett, für uns Deutsche eine langentbehrte Herrlichkeit, wanderten vor den begehrlchen Augen von Erwachsenen und Kindern ins Feuer. Wahrscheinlich war das nicht Sadismus Einzelner, sondern allgemeiner Befehl, sei es geboren aus dem Hass der Kriegsjahre, sei es die nicht unbegründete Sorge vor den Anfängen des Schwarzhandels. Bald ließ sich aber doch erreichen, daß zentrale Verpflegsstellen der Truppen Proviantreste an gemeinnützige Einrichtungen abgaben. Die Schwestern von St. Elisabeth am Pfaffengäßchen erfreuten und stärkten damit entlassene Soldaten vor den Mühsalen ihres Heimweges.

Das Gesamtbild

Alles in allem hinterließ die leider kurze Zeit, da Augsburg unmittelbar der Militärregierung für Schwaben unterstellt war, den Eindruck einer Periode, in der die vorgesetzte Stelle der Besatzungsbehörden weniger von dem Maß ihrer Macht als dem ihrer Verantwortung erfüllt war und so ganz allgemein ihre Hauptaufgabe darin gesehen hat, menschlicher und völkerrechtlicher Fürsorgepflicht zu genügen, sowie darüber hinaus durch ehrliches Wohlwollen und beste Formen zu überzeugen. Vielleicht war dies nicht bei allen Persönlichkeiten dieser Stelle in gleichem Grade, aber wohl bei allen im Grundsatz so. In besonderem galt es jedenfalls neben dem Kommandeur Oberst Joubanc für den Kommunalreferenten Major Towe, mit dem die Bürgermeistergeschäfte mich selbst vorwiegend zusammenführten. Ich hielt es daher für ein Gebot der Anerkennung und der Klugheit, daß die Stadt ihm die Freude eines Fotoapparates Leica machte, die ihm, wie er mir vor 3 Jahren bei seinem ersten und letzten Besuch versicherte, eine liebe Erinnerung an eine interessante Aufgabe und an ein schönes Land geworden ist.

C. Unter der Militärregierung für Augsburg

Neue Organisation, neue Politik

Die Zeit der unmittelbaren Unterstellung der Stadtverwaltung Augsburg unter die Militärregierung für den Regierungsbezirk Schwaben endete am Freitag, den 8. Juni 1945 mittags 12 Uhr. Mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an war für den Stadtkreis Augsburg, den Landkreis Augsburg und den Landkreis Friedberg eine besondere Dienststelle der Militärregierung errichtet worden. Sie unterstand - wie die Militärregierungen der übrigen schwäbischen Stadt- und Landkreise - der Militärregierung für den Regierungsbezirk Schwaben unter Oberst Joubanc. Ihr Kommandeur war Major Everett S. Cofran.

Auf 13.30 Uhr vorgenannten Tages lud mich dieser auf sein Büro und stellte mir dort seine nacheinander erschienenen Sachbearbeiter, etwa ein Dutzend Offiziere, jeweils beginnend mit den Worten vor: „Herr N.N. ist ein ausgezeichnete Offizier“.

Innerhalb der neuen Dienststelle bestanden Unterabteilungen für die einzelnen der drei Kreise. Die Geschäfte der Abteilung für den Stadtkreis Augsburg führte Major Cofran persönlich, während für die beiden Landkreise besondere Abteilungsleiter bestellt waren. Die beiderseitigen Sachbearbeiter der Militärregierung und der Stadtverwaltung konnten in ihren Geschäftsbereichen miteinander unmittelbar verhandeln; Kommandeur und Bürgermeister ihrerseits sollten die Punkte klären, deren Bereinigung den Sachbearbeitern selbst nicht möglich war. Der Verkehr der Zivilbevölkerung mit der Militärregierung musste über die Stadtverwaltung gehen. Letzterer war andererseits ein unmittelbarer Verkehr mit anderen Dienststellen der Militärregierung nicht gestattet. Der Verkehr des Bürgermeisters mit seinen vorgesetzten zivilen Stellen unterlag keinen weiteren als den innerdeutschen Beschränkungen.

Die Verwaltung der Stadt wurde im Grundsatz als deren eigene Angelegenheit bezeichnet. Die Militärregierung wolle nur beaufsichtigen, notfalls auch unterstützen. Verantwortlich sei ihr der Bürgermeister persönlich.

Zur sachlichen Seite seiner Geschäftsführung gab der Kommandeur zunächst keine Hinweise und Richtlinien im einzelnen, ließ jedoch unmissverständlich erkennen, daß er ganz allgemein an die Stelle des bisherigen konzilianten Wohlwollens mehr die strenge Gerechtigkeit treten lassen wolle. „Die bisherige Politik ist zu Ende. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß mit dem heutigen Tage eine neue Politik beginnt“.

Der neue Kommandeur

Die geschilderten organisatorischen Veränderungen waren bei der Schwäbischen Militärregierung schon einige Zeit zuvor als wahrscheinlich angekündigt worden. Später wurde auch angedeutet, daß uns wohl schwierige Zeiten bevorstünden. Schließlich wurde nicht einmal mehr verschwiegen, dass die Schwierigkeiten in der Person des neuen Kommandeurs liegen würden und dass dieser auch mit den Herren der Schwäbischen Militärregierung nicht im besten Einvernehmen lebe. Er war bereits einige Tage vor der Amtsübernahme von Bonn gekommen, nahm an den Konferenzen zwischen Major Towe und mir, allerdings durch bloße Anwesenheit, teil und war während einer solchen Besprechung ebenso wortlos weggegangen; man beruhigte bzw. belehrte mich über solch ungewöhnliche Art dahin, dies sei in Amerika üblich.

Der neue Kommandeur war ein ziemlich großer, schlanker Mann, wohl in der zweiten Hälfte der Vierziger, meliert, mit Brille, vermutlich französischer Abstammung und nach eigener Angabe im Zivilberuf Städtebauer. Bereits im ersten Weltkrieg hatte er bei einer amerikanischen Besatzungstruppe im Rheinland gedient.

Wohnung hatte er für sich und seine Offiziere in einem an der Remboldstraße gelegenen Haus der städt. Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. genommen. Das Haus bot Ausblick auf die Anlagen am Roten Tor, war im Krieg nicht beschädigt und durch anderweitige Unterbringung seiner Inwohner freigemacht worden.

Als Dienstgebäude musste der neuen militärischen Stelle das Haus der Textilberufsgenossenschaft Ecke Prinzregenten-Burgkmair-Straße zur Verfügung gestellt werden. Im obersten Stockwerk hatte ein Arzt seine Wohnung samt Praxis. Der Kommandeur verlangte die Freimachung auch dieser Wohnung. Da der Arzt unter Maßnahmen des Dritten Reichs hatte leiden müssen, auch ausgebombt gewesen war, hoffte er, den Major zum Verzicht auf die Räumung der Wohnung bewegen zu können. Letzter Termin hiefür war jedoch bereits auf einen Montag festgesetzt. So bedrängte mich der Arzt am Sonntagvormittag, mit ihm in die Wohnung des Kommandeurs zu gehen. Ungeachtet geringster Erfolgsaussichten ließ ich mich überreden. Aber ein herrliches Sonntagswetter war wie gewöhnlich von all den neu zugezogenen Amerikanern zu Ausflügen benützt worden und das Haus in der Remboldstraße infolgedessen von Offizieren leer. Der Arzt wollte mir nicht glauben, daß wir damit wahrscheinlich Glück gehabt hätten.

Er bestürmte mich nun, mich für ihn beim Kommandeur der Militärregierung für Schwaben, Oberst Joubanc, dem Vorgesetzten des Herrn Cofran zu verwenden. Mittlerweile war es Mittag geworden. Auf der großen Treppe zum 1. Stock der Reichsbahndirektion kam mir Oberst Joubanc entgegen, in tadelloser Sonntagsuniform und augenscheinlich auf dem Wege zum Mittagessen. Er fragte, was mich zu der ungewohnten Stunde noch ins Haus führe. Nachdem ich - mangels Dolmetscher unter erheblichen Verständigungsschwierigkeiten - mein Anliegen angedeutet hatte, ging er mit mir bereitwilligst in sein Büro zurück,

legte Mütze und Handschuhe ab, rief einen Dolmetscher und hörte mich in aller Ruhe an. Dann sagte er: „Binnen zwei Stunden erhalten Sie Bescheid“. Der Bescheid war zwar abschlägig, aber bedauernd und militärisch pünktlich.

Der konziliante Oberst vermochte sich auch bei einer baldigen anderen Gelegenheit nicht gegen den eigenwilligen Major durchzusetzen. Verständlicherweise suchte dieser neben Dienstgebäude und Wohnung auch eine kasinoähnliche Verpflegsstätte für sein Personal. Auf eine diesbezügliche Anforderung hatten wir in der damals beschränkten Auswahl unter zentral gelegenen Lokalen den alten Ratskeller - sog. Ecke-Stuben - vorgeschlagen. Der war nun nicht nach amerikanischem Geschmack und machte mit Lage und Namen leider fast zwangsläufig auf den Ratskeller im Rathaus aufmerksam, obwohl dieser damals durch öffentlichen Besuch kaum in Erscheinung trat. Kein Wunder, daß er gefiel, abgesehen von seinen vier dicken Säulen, die - wie mir unsere Bauleute erzählten - späterhin dann einer der

Amerikaner gerne beseitigt gesehen hätte. Mir aber missfiel es außerordentlich, dass die Augsburger Bürger vom Besuch der mit erheblichen Kosten im eigenen, historischen Rathaus geschaffenen Gaststätte nun auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein sollten. Dem Major erschien dies, wenn nicht gleichgültig, so doch nicht entscheidend und es lag natürlich auch nicht in der Linie unserer Argumente, daß der Ratskeller erst im Dritten Reich und erst kurz vor dem Krieg eingerichtet worden war. Trotzdem wandte ich mich auch hier an Oberst Joubanc mit der Bitte um Hilfe. Und tatsächlich leistete dieser unter Hinweis auf die Gefühle der Augsburger der Requisition gegenüber längere Zeit Widerstand. Leider nicht endgültig und der Ratskeller wurde Militärkasino.

Wohnungen, Diensträume und Kasino waren zugegeben nicht willkürliche, sondern sachlich begründete und mindestens von Seiten einer siegreichen Militärmacht im besetzten Gebiet erklärliche Bedürfnisse. Meine anfänglichen Widerstände oder doch Versuche einer Abwandlung waren daher kaum geeignet, die vom neuen Kommandeur ohnehin propagierte neue Politik der Reserve und strengen Gerechtigkeit im Sinne eines Klimas zu beeinflussen, das in den Beziehungen zur Schwäbischen Militärregierung erfreulicherweise bestanden hatte. Immerhin war nicht zu erwarten, daß Herr Cofran den meines Wissens einzigen Besuch in meinem Geschäftszimmer zweifelsohne nur zu dem Zwecke machte, die durch Zurückführung ausgelagerter Sachen wieder etwas ergänzte Ausstattung des Oberbürgermeister-Zimmers zu besichtigen und sich die Gegenstände auszusuchen, die er dann für sein eigenes Büro requirierte, wie Klubsessel, Schreibtischgarnitur u.a. Von der Schreibtischlampe, deren Schaft mit stilisierten, gänzlich unauffälligen und von mir selbst vorher kaum bemerkten Hakenkreuzen in Gold auf weißem Leder verziert war, meinte er, sie würde mir von Besuchern sicher übel genommen, während sie in seinen Händen nur ein Sammlerstück oder eine Siegestrophäe bedeute. Er ersuchte mich daher, ihm persönlich den Kaufpreis für die Lampe und ein dazu vorhandenes Doppel zu benennen, den er, ohne irgendwie zu handeln, auch bezahlen wolle und dann tatsächlich ohne Umschweife bezahlt hat.

Ähnlich hatte er zuvor schon, wenige Tage nach der Übernahme seines Amtes, gewünscht, 2 Fotoapparate, eine Kontax und eine Leica für sich persönlich zu erwerben. Der Findigkeit unserer für amtliche Beschaffung zuständigen Stellen gelang es, solchem Ersuchen zu genügen.

Dagegen hatten wir unterlassen, dem Kommandeur Prospekte von Augsburg zur Verfügung zu stellen. Bei Herren der Schwäbischen Militärregierung war das aber verschiedentlich geschehen und Cofran hatte die Prospekte wohl dort gesehen. Sie interessierten ihn als Architekten nun offensichtlich sehr, weil sie mit zahlreichen Aufnahmen aus dem Stadtbild ausgestattet waren. Das galt namentlich von einem etwa 1939 durch die Stadt herausgegebenen zweibändigen Tätigkeitsbericht „5 Jahre Aufbau der Stadt Augsburg“. Obgleich darin alle Leistung als Verdienst der nationalsozialistischen Ideen hingestellt und in der Ausstattung mit nationalsozialistischen Emblemen nicht eben gespart war, forderte Cofran die baldige Übermittlung auch dieses Buches wie anderer noch greifbarer Prospekte je in mehreren Stücken und unterließ nicht beizufügen, er hätte erwartet, daß ich seiner Anforderung zuvorgekommen wäre. Wenn die Bestände nicht schon sehr zusammengeschmolzen gewesen wären, hätte ich dies gerne getan, da wir ja in manch anderem den Wünschen des Kommandeurs nicht entgegenkommen konnten und den uns von vorneherein als schwierig geschilderten Herrn möglichst nicht verkrüppeln wollten.

Im Gegensatz zu Landrat Hamberger vom Landkreis Augsburg war ich persönlich in dieser Hinsicht nicht eben pessimistisch, sollte damit aber nicht recht behalten, denn es gab, von den vorgeschilderten dienstlichen Unvermeidlichkeiten abgesehen, bald eine Reihe an sich vermeidbarer und persönlicher Unerfreulichkeiten. So war es gewiss nicht nötig zu verlangen, daß ich jeden Vormittag zur Konferenz bei der Militärregierung erschien. Ich wurde dabei nicht abbestellt, wenn an einem Tag keinerlei Anlass zu einer Aussprache vorlag, und der Kommandeur verlor auch kein Wort der Aufklärung oder Entschuldigung, wenn er mich in seinem Vorzimmer über Gebühr lange hatte warten lassen. Selbst bei dringlicher eigener Inanspruchnahme erhielt ich keine Dispens. So kam eines Tages Herr Dr. Moritz Wolf, später Stadtbaurat von Frankfurt a.M., damals in maßgeblicher Stellung des Ministeriums für Wohnungsbau zu Besprechungen beim Regierungspräsidenten, zu denen die Stadt selbstverständlich als entscheidend Beteiligte eingeladen war. Da die Verhandlungen sich wider Erwarten über die Stunde meiner täglichen Zusammenkunft mit dem Kommandeur hinzuziehen schienen, ließ ich in seinem Büro noch vorher wegen eines Aufschubes anrufen. Die Antwort war „Dr. Ott weiß, daß um 11 Uhr bei mir Konferenz ist“. Nach einiger Zeit wünschte der Major auch, daß ich jede Fahrt nach auswärts ihm zuvor anzeige.

Noch weniger aber entsprach es der von ihm bei der Amtsübernahme ausdrücklich geforderten und zugesagten vertrauensvollen Zusammenarbeit, daß er mein Telefon überwachen ließ und dann sogar einmal von mir eine schriftliche Stellungnahme zu einer zugegeben abgehörten Äußerung verlangte.

In der Form unserer täglichen Verhandlungen bot er keinen Grund zu Beschwerden. Das Klima war freilich fast immer recht kühl, ja gewollt frostig. Dem Versuch zu einer Unterhaltung außerhalb des Dienstlichen wenn natürlich auch hart an dessen Rand, wich er mit der Bemerkung „ein andermal“ sofort aus und dieses andermal wurde weder von ihm noch von mir gesucht.

Nur einmal ergab sich später ungewollt eine menschliche Note in der Nüchternheit unserer Zusammenkünfte. Der Anlass hiezu war meines Wissens die Behauptung des Kommandeurs, es sei irgendeine seiner Anordnungen, der er Wichtigkeit beimaß, von der Stadtverwaltung nicht oder doch nicht zeitgerecht vollzogen worden. Im Tone ruhig, aber kalt meinte er, „er könne mich hiewegen ins Gefängnis bringen“. Als ich ihm, äußerlich gleichfalls ruhig, antwortete, „ich stehe zu Ihrer Verfügung“, fühlte er doch sowohl meine ungeheure innere Erregung über seine Drohung wie seine eigene Verpflichtung zu einer Korrektur. Jedenfalls bedauerte und entschuldigte er in etwa „Sie sind der Ältere von uns beiden“. Dann schickte er die Dolmetscherin aus dem Zimmer, erhob sich und reichte mir über den Schreibtisch hinweg die Hand sowie eine Schachtel Zigaretten. Und nun versuchten wir mit vereinten Kräften, die Peinlichkeit des doch gleichzeitig erfreulichen Augenblicks durch eine freundliche Unterhaltung über Außerdienstliches zu überwinden. Das begegnete leider Verständigungsschwierigkeiten, die auch sonst, trotz guter Verdolmetschung, an der Frostigkeit unserer gemeinsamen Arbeiten mit schuld gewesen sein mögen. Denn der Major sprach zwar sowohl englisch wie französisch, ich selbst aber hatte englisch nicht gelernt und mein 4jähriges Schulfranzösisch kaum geübt. So mussten wir unsere Unterhaltung leider bald abbrechen und uns, nach erstmals und letztmals nicht bloß förmlichem oder höflichem Abschied, trennen.

Nationalsozialismus und, wie er immer sagte, Nazis hasste Major Cofran zutiefst und ausnahmslos. Einer Unterscheidung zwischen nur nominellen und aktivistischen Mitgliedern der NSDAP war er wenig zugänglich. Ebenso waren für ihn Dauer der Parteizugehörigkeit, Eintrittstermin, Funktion etc. nur Nebensächlichkeiten in der Gesamtbeurteilung und -Verurteilung. So hat er einmal einen Mann, der wegen schweren Verdachts einer Verbindung mit den Attentätern des 20.7.44 bis Kriegsende in Untersuchungshaft gesessen war, trotz dieses ihm bekannten Tatbestandes laut schreiend und nahezu handgreiflich sofort seines Büros verwiesen, als ihm aus einer zunächst in aller Ruhe geführten Verhandlung über eine Treibstoffzuteilung die formale Parteizugehörigkeit des Besuchers bekannt geworden war. Ich war, für die tägliche Konferenz im Vorzimmer wartend, Zeuge der Schluss-Szene.

Wie üblich begünstigten solch gelegentliche Maßlosigkeiten auch hier die Gerüchtebildung, und so wurde ich hin und wieder gefragt, ob es wahr sei, daß Cofran eine bronzene Hitlerbüste unter seinem Schreibtisch als Fußschemel benütze. Das war natürlich nicht richtig und vermutlich die Verstümmelung eines anderen Sachverhaltes. Auf seinem Schreibtisch hatte er nämlich nach Art der Namensanzeige auf Konferenztischen einen Kartenständer, auf dem in großen Ziffern die Zahl der amerikanischen Toten aus dem Kriege stand. Dazu meinte er einmal, „Wenn ich je im Kampfe gegen den Nationalsozialismus erlahmen sollte, wird mir ein Blick auf die Gefallenziffer stets neuen Ansporn verleihen“.

Entnazifizierung bis 4. Juli 1945

Es war also verständlich, daß dem Kommandeur die Säuberung der Verwaltung von Nationalsozialismus und Nazis das Hauptanliegen seines Geschäftsbereiches war.

Für die sog. Entnazifizierung hatte die Schwäbische Militärregierung, wie bereits oben erwähnt, als Richtlinie lediglich bekannt gegeben, dass Personen, die sich durch Aktivität für die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei hervorgetan haben, nicht in leitenden, sondern nur in untergeordneten Stellungen beschäftigt werden dürfen, nicht aktivistische Parteimitglieder dagegen auch in leitenden Stellungen.

Die von mir seinerzeit bestellten Referenten hatte ich selbst natürlich nicht für Aktivisten gehalten. Die Militärregierung - anders allerdings CIC - war augenscheinlich gleicher Meinung. Meines Wissens sind auch sämtliche von mir berufenen Herren von den deutschen Entnazifizierungsbehörden späterhin nur als Entlastete oder höchstens als Mitläufer eingestuft worden. Schließlich wurden verschiedene von ihnen durch die Ratskollegien der Nachkriegszeit

wieder in städt. Dienste übernommen oder doch als aussichtsreiche Anwärter für leitende Posten in Betracht gezogen.

Auch im Übrigen gemeindlichen Personal waren, wie bald nach Besetzung der Stadt das Personalamt auf Anforderung ermittelte, hinsichtlich Eintrittszeit, Funktion und tatsächlicher Mitarbeit bei der NSDAP nur bescheidene Hundertsätze als Aktivisten anzusprechen. Selbst diese haben sich in die neue Lage gefügt, ihre Dienstgeschäfte weiterhin wahrgenommen und hier keinerlei erkennbare Sabotage geübt. Sie standen vielmehr nach meinen Beobachtungen unter dem Eindruck der Lösung einer ungeheuren Spannung, waren von dem Aufbauwillen, dem Optimismus und dem Schwung der anderen weitgehend mitgerissen, mindestens guten Willens und durch die Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Existenz veranlasst, an der Bewältigung der gemeindlichen Aufgaben nach Kräften mitzuarbeiten.

Die parteipolitische Überprüfung des Personals stand bei der Militärregierung für Schwaben auch gar nicht im Vordergrund ihres Interesses. Es war vielmehr vereinbart worden, daß die einschlägigen, im Mai und Juni 1945 noch ziemlich einfachen Fragebogen zunächst nur von den Referenten, nach deren Überprüfung von den Amtsvorständen und dann erst vom nachgeordneten Personal eingereicht werden sollten. Die Schwäbische Militärregierung war meines Wissens zur Einholung oder gar Verarbeitung der Fragebogen schon bei den Amtsvorständen noch nicht ausnahmslos gekommen, als ihre Geschäfte mit dem 8. Juni 1945 auf die Militärregierung für Augsburg übergangen.

Diese hatte zwar ganz allgemein eine neue Politik angekündigt, bezüglich der Säuberung des Personals aber zunächst keine sachlich neuen Weisungen erteilt. Es wurde im Gegenteil von ihrem Sachbearbeiter versichert, man werde künftig Personalentlassungen insofern mit mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der städt. Verwaltung durchführen, als ihnen jeweils ein Benehmen über die Ersatzfrage vorausgehen solle.

Die bisher gemäß Weisung der Schwäbischen Militärregierung verwendeten Fragebogenmuster wurden allerdings als unzulänglich bezeichnet und der Gebrauch anderer Fragebogen angeordnet, für die die neuen Männer selbst das Urheberrecht beanspruchten und deren Bearbeitung sowie Drucklegung noch gar nicht abgeschlossen war.

Entnazifizierung nach dem 4. Juli 1945

Die Hinausgabe der neuen Fragebogen war noch im Gange, und der städt. Personalreferent Stadtrechtsrat Dr. Kleindinst stand mit dem militärischen Sachbearbeiter Oblt. Milton noch in ungetrübten Verhandlungen über technische Einzelheiten der Personalüberprüfung, als Major Cofran Herrn Kleindinst und mich am 4. Juli überraschend auf Mittag 2 Uhr in sein Büro rufen ließ. Dort erhob er lebhaftige Vorwürfe mit der Begründung, die Stadt habe entgegen der von ihm öfter vorgetragenen Politik einer unterschiedslosen Entfernung aller Parteigenossen aus dem Gemeindedienst Entlassungen nennenswerten Ausmaßes noch nicht durchgeführt. Was ihm Anlaß geboten habe, seine Anstände nicht in der täglichen Konferenz mit mir zu erheben, sondern dafür kaum eine Stunde später die besondere Zusammenkunft anzuberaumen, ist verlässig nicht bekannt geworden. Sein eigener Eifer in Sachen der Säuberung oder die beabsichtigte Beziehung des an den Routine-Konferenzen nicht beteiligten Dr. Kleindinst sind dafür kaum eine ausreichende Erklärung. Vermutlich war von oben plötzlich Bericht mit kurzem Termin verlangt worden, was schnelle und natürlich beachtliche Ergebnisse bedingte und ebenso die militärische Gepflogenheit auslöste, nachgeordnete Stellen verantwortlich zu machen und versäumte eigene Arbeit ihnen zuzuschieben. Dem entsprach es jedenfalls, daß der Kommandeur nunmehr „zur Behebung aller etwa unterlaufenen Missverständnisse“ ausdrücklich, aber wie gewöhnlich nur mündlich, Befehl an die Stadt erteilte, „bis 15. August, längstens bis Ende August 1945 alle Parteimitglieder ohne Rücksicht auf Beitrittstermin, Zugehörigkeitsdauer, Aktivität in der Partei oder Stellung in der Gemeindeverwaltung zu entlassen. Nicht ein Hausmeister, der der Partei angehört habe, dürfe mehr im Dienste verbleiben“. Eine stufenweise Entlassung von Bediensteten jeweils nach dem Grade ihrer parteipolitischen Belastung war dabei also nicht vorgesehen und wäre bei der kurzen Frist der Gesamtentlassungen auch bedeutungslos gewesen.

Für und wider der Entnazifizierungspraxis

Gegen diese Anweisungen sich an die vorgesetzte militärische Stelle zu beschweren, versprach praktisch keinerlei Erfolg. Denn von der formalen Fragwürdigkeit einer Beschwerde ganz abgesehen, hätte sie mindestens keine aufschiebende Wirkung und so selbst im Erfolgsfalle

Bedeutung erst nach dem Eintritt vollendeter Tatsachen gehabt. Überdies hatte sich der Kommandeur, wie er selbst betonte, bereits Rückendeckung bei den obersten amerikanischen Stellen in Frankfurt bzw. Heidelberg gesichert.

Immerhin habe ich nicht darauf verzichtet, sowohl alsbald wie bei späteren Gelegenheiten den erhobenen Vorwürfen einer Nichtbeachtung militärischer Befehle zu widersprechen und die Bedenken gegen sofortige und unterschiedslose Entlassungen anzubringen.

So musste vor allem darauf verwiesen werden, daß die Stadtverwaltung nach der bestehenden und von der Besatzungsmacht in diesem Zeitpunkt nicht geänderten Rechtslage zu eigenmächtigen, mit Beziehungen zur NSDAP begründeten Entlassungen, also zur Lösung von Dienstverhältnissen - insonderheit bei Beamten - nicht wohl befugt gewesen wäre.

Dem habe die Besatzungsbehörde auch insoferne Rechnung getragen, als sie bislang Entlassungen fallweise, also auf den Namen lautend, entweder selbst verfügt oder der Stadtverwaltung einzeln aufgetragen habe. Daß sie die Entlassungen immer als ihre eigene Angelegenheit betrachtet habe, ergebe sich auch aus der Anforderung und tatsächlichen Einreichung der Fragebogen an die Adresse der Militärregierung, wo sie doch wohl überprüft werden und als Unterlage für die einschlägigen eigenen Entscheidungen dienen sollten. Die Stadtverwaltung sei wegen ihrer auf solche Zuständigkeitsbeurteilung ausgerichteten Verwaltungsübung nie beanstandet worden.

Ein Auftrag, bestimmte, eindeutig abgegrenzte Gruppen von Beamten und Angestellten zu entlassen, hätte selbstverständlich auch so die Stadtverwaltung zum Handeln legitimiert und verpflichtet, sei tatsächlich aber früher nicht erteilt gewesen. Das gelte sogar für die sog. Aktivisten; denn auch hinsichtlich dieser habe die Schwäbische Militärregierung nicht vom Verbot einer Beschäftigung überhaupt, sondern nur einer solchen in leitenden Stellungen gesprochen. Die Augsburger Militärregierung habe daran zunächst nichts geändert. Hätte sie einen allgemeinen Auftrag zu Entlassungen, sei es auch mit Beschränkung auf bestimmte Gruppen, erteilen wollen, so hätte dieses schon wegen der Tragweite eines solchen Befehls an sich und wegen der damit verbundenen Änderung einer älteren Weisung von übergeordneter Stelle in unmissverständlicher, normalerweise sogar schriftlicher Form geschehen müssen. Wenn der Kommandeur der Augsburger Militärregierung gelegentlich gesprächsweise bemerkt habe, „Alle Nazis müssten verschwinden“, habe dies also nicht als Entlassungsauftrag an die Stadtverwaltung, sondern nur als interne Richtlinie der Militärregierung für ihre fallweisen Entlassungsentscheidungen verstanden werden können, ganz abgesehen davon, daß der Begriff „Nazi“ noch keine für eine so bedeutsame Sache ausreichende Präzisierung erfahren habe.

All dies habe die Stadtverwaltung aber nicht gehindert, ihrerseits Vorbereitungen für entsprechende Vorschläge an die Militärregierung zu treffen. Diese in einer Linie zusammengefassten Vorschläge hätten sich allerdings nur auf etwa 160 Belegschaftsmitglieder bezogen, die man etwa als Aktivisten ansprechen konnte. Zu solchen habe man, der materiellen Unzulänglichkeit jeder Art von Abgrenzung bewusst, alle Altparteigenossen und alle Mitglieder der allgemeinen SS gerechnet.

Der nun vom Kommandeur erteilte Auftrag einer sofortigen und unterschiedslosen Entlassung der Parteimitglieder, also nicht nur der Aktivisten, aus jeder Art von Beschäftigung begegne schweren Bedenken. Die Militärregierung selbst habe auf Befragen erklärt, bei nichtaktivistischen Nationalsozialisten, die nach Dienstleistung und Haltung keinen Anlass zu Anständen geboten hätten, sei eine spätere Wiederverwendung im Gemeindedienst nicht ausgeschlossen. Bei solchem Vorbehalt sei es meines Erachtens aber richtiger, zuerst die Unterscheidung der Belegschaftsmitglieder in Aktivisten und Nichtaktivisten durchzuführen und dann die Entscheidung über Entlassung zu treffen. Das umgekehrte Verfahren schließe eine vermeidbare Schädigung sowohl der Verwaltung wie der betroffenen Bediensteten in sich und verschlechtere die innerpolitische Lage, weil es die als solche offensichtlich zerfallene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durch wenig verständliche Entlassungen als neue Schicksalsgemeinschaft verbitterter Menschen weitgehend wiederherstelle. Angesichts dieser unerfreulichen Folgen solle man vor den Schwierigkeiten, die eine schnelle Überprüfung des Personals zweifelsohne in sich schließe, nicht kapitulieren.

Eine ausnahmslose und so schnelle Entlassung gerade der Augsburger Gemeindebediensteten fände kein Verständnis, wenn bei Verwaltungen des Reichs und des Landes und in anderen Stadt- und Landkreisen, wie ich gelegentlich sehe und höre, anders verfahren werde.

Eine so kurzfristige Beschaffung des Ersatzpersonals sei bei auch nur bescheidenen Anforderungen an fachliche Eignung kaum möglich. Denn zunächst sei schon das Ausmaß der Entlassungen so groß, daß wichtige Verwaltungszweige zum völligen Erliegen kommen könnten. Beispielsweise müssten von 48 Krankenhausärzten nicht weniger als 43, darunter die leitenden Ärzte, entlassen werden und mit je einer Ausnahme sämtliche Krankenpfleger und sämtliche Krankenhausbeamten. Bei der Feuerwehr verblieben von 60 Mann nur zwei. Das Personal der städt. Forstverwaltung, im Hinblick auf die dringliche Versorgung mit Brennholz gleichfalls von ernster Bedeutung, hätte ausnahmslos auszuscheiden. Ähnlich lägen die Dinge auch in anderen Zweigen der Verwaltung. Dem hierdurch bedingten Ersatzbedarf stehe aber bei selbst bescheidenen Anforderungen an die unentbehrlichste fachliche Eignung ein ziemlich enger Bewerberkreis gegenüber, der augenblicklich auch dadurch beschränkt sei, dass viele Soldaten noch nicht zurückgekehrt seien, also sich nicht bewerben oder notfalls dienstverpflichtet werden könnten.

Der Kommandeur und seine Sachbearbeiter erwiderten uns aus ihrer Schau mit beachtlichen Gegenargumenten.

Zunächst sei eine Beschränkung der Entlassungen auf Aktivisten von der Militärregierung bereits in Bonn versucht worden, dort aber am Verhalten der deutschen Bevölkerung gescheitert, weil die Unterscheidung zwischen Aktivisten und Nichtaktivisten schwierig sei und entlassene Aktivisten bzw. deren Angehörige nichtentlassene Parteigenossen offen und anonym gleichfalls als Aktivisten solange verdächtigt hätten, bis praktisch schließlich alle entlassen waren.

Alle Parteimitglieder müssten für die Zukunft gewarnt werden. Wenn die deutschen Verwaltungen nicht schärfstem Druck im Sinne schleuniger Beschaffung von Ersatzpersonal ausgesetzt würden, würde die Vielzahl der wirklichen, der vermeintlichen oder auch angeblichen Schwierigkeiten kein Ergebnis erwarten lassen.

Mit Nachdruck betonte namentlich Major Cofran, eine etwaige Schädigung der Verwaltung müsse in Kauf genommen werden. Amerika habe den Krieg nicht geführt und gewonnen, um den Deutschen eine ungestört arbeitende Verwaltung zu erhalten, sondern um die Nazis oder doch den Nazismus auszurotten. Die Praxis der Militärregierungen anderer Kreise und anderer Verwaltungen sei für die Augsburger Militärregierung nicht maßgeblich. Diese verfüge in ihrem Zuständigkeitsbereich, was sie hier für richtig halte, und sei nicht in der Lage zu prüfen, was in den Bereichen anderer Besatzungsdienststellen richtig sein möge.

Übrigens habe sie durch persönliches Benehmen mit ihren Frankfurter und Heidelberger Zentralstellen sich des dortigen Einverständnisses mit einer radikalen örtlichen Sofortlösung vergewissert. Sie sei sicher, daß ein gelungener örtlicher Versuch für alle anderen Besatzungsdienststellen Anlass zu gleichem und alles in allem einfacherem Vorgehen bieten werde.

Der Kommandeur wandte sich schließlich lebhaft gegen jeden Hinweis darauf, dass namentlich für das beamtete Personal der Gemeindedienst Lebensberuf sei und die Entlassung einen Übergang in ganz anders geartete wechselhafte Stellungen mit meist geringeren Einkünften erfordere. Er meinte, auch er selbst sei von Beruf Städtebauer, nicht militärischer Verwalter besetzter Gebiete, habe Ausbildung als Architekt, nicht für öffentliche Verwaltung erfahren und verdiene gegenwärtig nur etwa 2 % seines friedensmäßigen Verdienstes. Dabei habe Amerika den Krieg nicht begonnen, aber gewonnen, die Nazis dagegen ihn verschuldet und verloren.

Die Scheu vor berufsfremder Arbeit war in der Tat nicht zu leugnen, auch nicht ohne Auswirkung auf die Arbeiten in der Stadt und namentlich auf das ihr damals unterstellte Arbeitsamt. Ich hielt es daher für angebracht, hiezu am Rundfunk einiges zu sagen. „Liebe Augsburger!

Gestatten Sie mir ein paar Worte nicht der kritischen Mahnung, sondern des gemeinsamen Nachdenkens über den Berufswechsel in Richtung eines Berufsabstieges, also über ein Problem, das für viele so aktuelle und schmerzliche Bedeutung hat.

Beim Arbeitsamt sind über 4.000 Männer als Arbeitssuchende gemeldet. Die Stadtverwaltung und die von ihr beauftragten Firmen vermögen aber lange Zeit keine 150 Hilfskräfte für dringend notwendige Erdarbeiten zu bekommen. Ist dies zu erklären und zu rechtfertigen?

Zu erklären? Ja, wie alle Erscheinungen dieser Welt. Das deutsche Volk und nicht zuletzt die Bevölkerung einer Industriestadt wie Augsburg ist während sechs Jahren Krieg, Entbehrung

und psychischer Belastung in einem Maße durch Arbeit beansprucht worden, daß Übermüdung und das Bedürfnis einer Ruhepause selbstverständlich waren.

Die Zahl der Arbeitssuchenden umfasst auch viele Kriegsversehrte oder sonst Körperbehinderte.

Die Lebensmittelrationen sind bescheiden und für schwere Arbeit kaum ausreichend. Man macht dazu geltend, daß mit Hamstern nachgeholfen werden müsse; dies erfordere Zeit und die Wahrnehmung jeder Gelegenheit.

Wer von Beruf Erdarbeiter ist, hat gewiss auch keine passende Berufskleidung.

Wozu des Weiteren arbeiten, wenn man von Ersparnissen leben und für den Lohn doch nichts kaufen kann?

Es ist ja auch niemand Ingenieur oder Beamter oder Kaufmann geworden, um dann mit Pickel und Schaufel umzugehen. Solches ginge über körperliche Kräfte und unter das Standesniveau.

Vielleicht besteht gar die Gefahr, daß ein Werkmeister nicht mehr als Arbeitssuchender gilt, wenn er zu Erdarbeiten vermittelt ist, späterhin aber ein Werkmeister gesucht wird.

Und wie soll schließlich ein privater Haushalt im Gleichgewicht gehalten werden, wenn er auf ein Monatseinkommen von 300 RM abgestellt ist, ein Hilfsarbeiter aber nur einen bescheidenen Bruchteile verdient.

Solche Gedankengänge sind als Erklärung für die Scheu vor einfachen Diensten verständlich, eine Rechtfertigung aber sind sie jedenfalls in unserer heutigen Lage nicht.

Jedermann weiß oder fühlt doch, daß die ungeheuren materiellen Verluste der Jahre des Krieges und seiner Vorbereitung nur durch Arbeit allmählich ausgeglichen werden können, dass die Erträge unserer regelmäßigen Arbeit kaum zur Deckung unserer laufenden Bedürfnisse ausreichen werden, die Wiederansammlung von Vermögen also zusätzliche Anstrengungen verlangt.

Dieserhalb sind viele von uns ungeduldig angesichts der Tatsache, daß auch unzerstörte Betriebe nicht schon wieder laufen. Wer aber will hie wegen bei der Besatzungsbehörde Vorstellungen erheben, wenn nicht einmal diejenigen Maßnahmen zur Durchführung gelangen, die gestattet, ja vorgeschrieben sind?

Wir Deutsche rechnen uns zu den fleißigsten und den kultiviertesten Völkern der Erde. Man wird solche Einschätzung bemängeln, wenn uns Schutt, offene Kloaken und Straßenlöcher in der eigenen Stadt unangefochten lassen und wir nicht wenigstens das bewältigen, was der Sinn für Sauberkeit, Ordnung und Hygiene erfordert.

Wende keiner ein, die Meinung anderer über uns könne uns nebensächlich sein. Jedenfalls ist das Urteil nicht gleichgültig, das unsere eigene Haltung uns selbst gerechterweise aufzwingt.

Und hier gibt es nicht die Entschuldigung, daß Arbeiten in Frage stünden, die wir nicht erlernt hätten oder die über unsere körperlichen Kräfte gingen. Die meisten haben Pickel und Schaufel schon beim Arbeitsdienst und bei der Truppe ohne viel Anleitung gehandhabt. Es werden auch keine Mindest- oder gar Höchstleistungen verlangt, sondern nur der gute Wille, das Mögliche zu tun.

Und ist ein bescheidener Verdienst nicht besser als keiner?

Die unnötige Einziehung von Ersparnissen wäre im Grundsatz ja nur die Verlängerung der Kriegsfolgen, und das Geld wird recht bald sehr knapp werden.

Entscheidend für unsere Haltung gegenüber den heutigen Erfordernissen aber muss die klare Erkenntnis von der vielfachen Notwendigkeit eines Berufswechsels sein. Wir konnten einen Krieg von früher unbekanntem Ausmaß nicht verlieren, um hinterher alles beim alten zu sehen. Dies geht jeden einzelnen an, auch hinsichtlich der Art seiner Arbeit. Übrigens bedeutet für manchen ein Berufswechsel nur die Rückkehr aus kriegsbedingtem Wirtschaftszweig in das frühere Arbeitsgebiet.

Wenn ich die Emsigkeit und die verbissene Zähigkeit unserer Augsburger in den Jahren des Krieges und der Fliegerangriffe beobachtete, war ich überzeugt, daß ein unbändiger Arbeits- und Aufbauwille sich in den Tagen geltend machen müsste, in denen nicht schon der Luftangriff der nächsten 24 Stunden alle Mühe zunichte machen konnte. Ich bin sicher, daß die Augsburger nun, da diese Zeit gekommen, sich nicht selbst untreu werden.

Dabei denke ich nicht zuletzt an die Nationalsozialisten von einst. Die Stadtverwaltung hat diesen gegenüber - ungeachtet mancher Einwendungen - auf besondere Einsatzmaßnahmen verzichtet in der Annahme, dass Nadelstiche keine Wunden heilen, allerdings auch in der Erwartung, dass eigenes Verantwortungsbewusstsein über kurz oder lang behördliche Anordnungen ersetzen werde. Tatsächlich haben denn auch Männer, die sich unter Namensnennung selbst als alte Nazis bezeichnen, den Wunsch geäußert, an der Wiederaufrichtung ihrer trotz allem geliebten Heimat mit einfachen Arbeiten unentgeltlich tätig zu sein. Weitreichende Nachahmung solchen Beispiels unter den Parteigenossen vermöchte

sicherlich mehr als alles andere die Verbitterung zu mildern, die angesichts der allgemeinen Not gegenüber den Vertretern des vergangenen Regimes begreiflich ist.

Wir alle aber müssen uns bewusst bleiben, dass Arbeit der einzige Ausweg aus unserem Unglück ist, daß dies uns nicht die Wahl der Arbeit freistellt, und daß wir froh sein dürfen, überhaupt Arbeit zu haben. Nottendienstverpflichtungen sollten unter solchen Umständen entbehrlich sein. Niemand wünscht sie im Grundsatz, weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, weder Arbeitsamt noch Militärregierung.

Trete also jeder, jung oder alt, Mann oder Frau, aus freien Stücken an, wo Arbeit sich bietet, die Jungen für Kartoffelkäfersuche, für Arzneimittelsammlung und für Hopfenpflücken, die Größeren bei Erdarbeiten, Schuttabfuhr oder Holzfällen.

Ob das die bisherige Beschäftigung war, ist nicht entscheidend. Der Übergang ist gewiss nicht leicht, aber bei gutem Willen nicht halb so schwer, als er sich bei innerem Widerwillen darbietet.

Und schließlich weht auch über den Trümmern unserer Heimat für alle und jeden die Fahne der Hoffnung auf einen glücklichen Wiederaufstieg".

Die Entnazifizierungsergebnisse

Noch in der oben erwähnten Aussprache vom 4. Juli 1945 zwischen Major Cofran einerseits sowie Rechtsrat Dr. Kleindinst und mir andererseits hat der Kommandeur Herrn Dr. Kleindinst als den städt. Personalreferenten mit sofortiger Wirkung aus den Diensten der Stadt entlassen. Er wies dabei ausdrücklich auf die mit solchen Entlassungen allgemein verbundenen Folgen, wie Einstellung der Gehaltszahlung sowie Vermögenssperre mit Blockierung von Bankkonten und Veräußerungsverbot hin. Geldabhebung war darnach nur bis zu einem bescheidenen, für laufende Bedürfnisse benötigten Betrage gestattet. Trotzdem wurde Dr. Kleindinst zur weiteren Arbeit in dem von ihm gleichfalls geführten Kulturreferat bis zur Gewinnung einer entsprechenden Ersatzkraft verpflichtet.

Ich habe sofort dagegen eingewendet, daß mir gemäß meiner Stellung als Bürgermeister und wiederholten Hinweisen der Militärregierung die erste, wenn vielleicht auch nicht alleinige Verantwortung der Stadtverwaltung gegenüber der Besatzungsbehörde zukomme. Wenn diese also schon ernste Nachlässigkeiten für vorliegend und hiewegen Entlassungen für angezeigt erachte, so sei mindestens auch, besser nur meine Entlassung geboten. Diese aber wurde ausdrücklich abgelehnt und ich zur Weiterführung der Bürgermeistergeschäfte verpflichtet.

Da andere Referenten schon vorher auf Betreiben des CIC entlassen worden waren und weitere Entlassungen folgten, war schließlich keiner der bei Kriegsende tätigen oder von mir berufenen Herren mehr im Dienst. Soweit nicht Nachfolger bestellt werden konnten, wurden verwaiste Referate von qualifizierten Amtsvorständen vertretungsweise geführt.

Vom gesamten Personal kamen während der für die Säuberungsaktion bis äußerstens Ende August gesetzten Frist rund 1.850 Bedienstete zur Entlassung.

Der Schock dieser Maßnahmen auf die Betroffenen war beträchtlich, auf ihre Angehörigen meist noch größer. Das war umso verständlicher, als die so genannten Entlassungen - wohl auch begünstigt durch juristisch nicht einwandfreie Übersetzung des Englischen - damals noch als restlose Auflösung der Dienstverhältnisse mit Verlust sämtlicher darin begründeter Ansprüche verstanden wurden, nicht als bloß tatsächliche Fernhaltung vom Dienst und damit von der Einflussnahme auf den Gang der Geschäfte. Es gab daher viel Empörung, Verzweiflung und Tränen, alles geradewegs oder auf Umwegen an die Adresse des Bürgermeisters, der damals vermeintlich ganz allein in der Gemeinde zu entscheiden hatte und sonach auch für alles und allein verantwortlich sein musste, gleichgültig ob er selbst veranlasste oder andere nicht hinderte.

Natürlicherweise litten auch die Arbeitsfreude und -leistung der vom Verlust ihrer Stellung Bedrohten.

Noch mehr musste man damit rechnen, daß bereits Entlassene, die aus einem Zusammenbruch der ihrer Fachkräfte weitgehend beraubten Verwaltung doch eine baldige Wiederverwendung hätten erhoffen dürfen, sich um die Einarbeitung ihrer Dienstmacher keineswegs bemühen würden, ungeachtet allen Hinweises auf solche Verpflichtung. Es war erstaunlich, daß diese

Befürchtungen sich im allgemeinen als unbegründet erwiesen, vielmehr in aller Regel sogar recht gewissenhafte Einweisung in die Geschäfte bestätigt wurde. Freilich mag dafür mitunter weniger die Ermöglichung einer ungestörten Weiterarbeit durch die Ersatzkräfte bestimmend gewesen sein, als das Bemühen, ihnen die gute Ordnung des Stammpersonals darzutun und bei etwaigem Versagen die Ausflucht zu benehmen, sie hätten schon ein Chaos übergeben bekommen.

Der Personalersatz

Die von der Militärregierung angeordnete ausnahmslose Entlassung verlangte Ersatz Einstellungen, wie sie in solcher Zahl und Frist sonst sicherlich nie nötig waren.

Die Militärregierung betonte dazu aber wiederholt, dass sie zwar die Entlassungen verfüge, dass aber die Ersatz Einstellung Sache der Stadtverwaltung sei, der es - vorbehaltlich der Fortführung ihrer pflichtgemäßen Aufgaben - überlassen bleibe, zu entscheiden, ob, wann und wen sie neu einstellen wolle. Die Militärregierung wolle der Stadtverwaltung allerdings durch Vermittlung von geeignetem Personal an die Hand gehen. Die grundsätzliche Zuständigkeitsbeurteilung hinderte sie aber nicht, Sabotageverdacht zu äußern, wenn die Stadtverwaltung von der Besatzungsbehörde benannte Interessenten ablehnte und ihrerseits keine geeigneteren Bewerber zur Verfügung hatte. Am Gelingen schnellster Ersatzgewinnung war die Militärregierung stark interessiert, weil sie andernfalls mit der von ihr betriebenen Praxis einer radikalen Sofortlösung des Säuberungsproblems Schiffbruch erlitten hätte und dieses Verfahren anderen Besatzungsbehörden nicht hätte zur Nachahmung empfehlen können. Sie war deshalb gerade in diesem Punkt außerordentlich empfindlich und durch die entscheidende Bedeutung von Erfolg oder Misserfolg bei schnellem Personalersatz zur Mitarbeit vielleicht mehr gezwungen, als ihr selbst lieb gewesen sein mag. Wohl unter dem Eindruck amerikanischer Verhältnisse neigte sie auch dazu, die Schwierigkeiten zu unterschätzen oder doch allzu weitgehende Konzessionen in der Frage der fachlichen Eignung zu machen. Dazu meinte sie, man solle eine Ersatzkraft eben in solange immer wieder gegen eine bessere austauschen, bis die bestgeeignete gefunden sei.

Innerhalb der Stadtverwaltung fielen die Ersatz Einstellungen im Allgemeinen natürlich in den Geschäftsbereich des Personalreferates. Die Bestellung von Referenten hatte ich jedoch gemäß Tradition und Bedeutung als Angelegenheit des Oberbürgermeisters mir selbst vorbehalten. Hier mussten meines Erachtens bloße Behelfslösungen solange als irgend möglich vermieden und Persönlichkeiten gewonnen werden, die nicht nur nach ihrer parteipolitischen Orientierung, sondern auch ihren fachlichen Qualitäten mindestens keinen Rückschritt gegenüber der Vergangenheit darstellten. Dies verlangten schon die an die neue Zeit geknüpften Hoffnungen, die zu erwartende Kritik der abgetretenen Leute, die gesteigerten Aufgaben der Zukunft und die andernfalls heraufbeschworene Wahrscheinlichkeit einer Wiederentlassung durch eine kommende Bürgerversammlung. Nun waren geeignete Kräfte vielfach noch bei der Wehrmacht, in Gefangenschaft oder doch unbekanntem Aufenthaltsort. Dazu kam, daß alle Träger des öffentlichen Dienstes annähernd gleichzeitig gleiche Personalbedürfnisse hatten, also befähigte Leute vielseitig gefragt waren. Dazu gesellte sich die selbstverständliche Forderung, daß der Referentenkreis in seiner parteipolitischen Zusammensetzung keine untragbare Einseitigkeit aufwies.

Ich hatte nun den Eindruck, daß von den vorerst noch tätigen wenigen Herren sich niemand der Linken zurechnete. Dieser Mangel an einiger Ausgeglichenheit bei den Referenten im Verein mit der durch keinerlei Mitwirkung eines parlamentarischen Gremiums beschränkten Alleinzuständigkeit eines gleichfalls bürgerlichen Bürgermeisters schien mir nicht im Einklang mit der guten örtlichen Übung früherer Jahre und den Erfordernissen der Gegenwart zu stehen. Galt es jetzt doch, alle Kräfte zur Überwindung der Kriegsfolgen zusammenzufassen. Das sollte nicht unmöglich sein, da die aufbauwilligen politischen Gruppen alte Meinungsverschiedenheiten über den gemeinsamen Nöten während des Dritten Reichs doch wohl vergessen, mindestens zurückgestellt haben mussten. In den ersten Nachkriegswochen konnte aber aus Gründen rechtlicher und tatsächlicher Art nicht daran gedacht werden, etwa ein parteipolitisch gemischtes Gremium aus Vertretern der Bürgerschaft zu berufen, das, sei es auch nur im Sinne einer Anhörung und nur nach Bedarf des Bürgermeisters, diesem zur Verfügung gestanden hätte.

Ich habe deshalb versucht, wenigstens für das eine oder andere Referat eine, selbstverständlich fachlich befähigte, Persönlichkeit aus den Reihen der Sozialdemokraten zu gewinnen. Hiewegen wandte ich mich mit der Bitte um Vorschläge an Herrn Karl Wernthaler, der mir als sozialdemokratischer Stadtrat in den Jahren 1919-1933 bekannt geworden war. Sein erster Vorschlag war wegen der persönlichen Qualitäten des Benannten eindeutig unannehmbar. Als-

dann nannte er mir einen Herrn Hoegner. Dieser sei Landgerichtsrat in München gewesen, ob er aber jetzt bzw. jetzt wieder in München sei, vermöge er nicht zu sagen. So machte ich mich dann nach München auf, um Herrn Hoegner auszukundschaften. Das Nächstliegende war Nachfrage bei der Einwohnermeldestelle des Polizeipräsidiums. Als ich dort vorfuhr, stand eine Menge Leute herum, die gleichfalls zur Polizei wollten. Diese aber war geschlossen. Wie man hörte, hatte irgendetwas in der Polizei den Unmut oder Argwohn der Besatzungsbehörde erregt, und letztere hatte kurzerhand die Dienststelle völlig geschlossen, ein Zustand, der glaublich eine ganze Woche andauerte. Als ich noch, neben dem Wagen stehend, überlegte, was nun geschehen könne, wurde ich von einer Dame angesprochen. Sie sei die Tochter des (früheren?) Pasinger Bürgermeisters und habe - von meinem Fahrer oder aus meiner Verhandlung mit einem absperrenden Ordnungsmann oder weiß Gott wie sonst - erfahren, was mich hergeführt. Vielleicht wäre, meinte sie, wenn schon nicht beim Polizeipräsidium, dann beim Ministerpräsidenten näheres über Herrn Hoegner zu erfahren. Zu allen Zeiten habe ich der Findigkeit von Frauen mehr zugetraut wie der meinigen und fuhr zur Staatskanzlei. Es war schon spät am Nachmittag und die Zeit der Sprechstunden vorbei. Trotzdem wurde ich noch im Vorzimmer des Ministerpräsidenten durch Ritter von Lex (?) empfangen. Der glaubte sich zu erinnern, dass Dr. Hoegner am Nachmittag oder Vormittag vorgesprochen habe. Er wolle unter den von den Besuchern abgegebenen Karten, die er allerdings schon in den Papierkorb geworfen habe, nachsehen. Mit diesen Worten entleerte er den Korb auf seinem Schreibtisch und hatte auch bald eine Karte von Herrn Dr. Hoegner gefunden. Leider war ihr keine Münchener Wohnung zu entnehmen. Ritter von Lex riet mir, doch noch in einem nahe dem Siegestor untergebrachten Ministerium nachzufragen. Dort erfuhr ich nach einigen Verweisungen tatsächlich, Herr Dr. Hoegner wohne bei einem Herrn Hirschberger in der Ludwigstraße. Ich fand die Wohnung. Die beiden Herren waren nach Angabe der Hausdame zwar spazieren gegangen, wollten aber gegen Abend wieder heimkommen, und ich könnte dann nochmals vorsprechen. Das tat ich und trug mein Anliegen, einschließlich der Empfehlung durch Herrn Wernthaler, vor. Dr. Hoegner bedauerte, nicht zusagen zu können, da er ein ähnliches Angebot der Stadt München bereits abgelehnt habe. Eine freundliche Formulierung; die wirklichen Gründe wurden in der späteren Ernennung Hoegners zum Bayerischen Ministerpräsidenten in etwa erkennbar.

Verhandlungen mit einem anderen Sozialdemokraten, Herrn Rollwagen, blieben letztlich gleichfalls ohne Erfolg. Herr Rollwagen, geborener Augsburgener, bei mir schon als Referendar tätig gewesen, hatte beste Examensergebnisse aufzuweisen, verfügte über beträchtliche Erfahrungen in der Kommunalverwaltung, da er schon in Augsburg ehrenamtlicher und in Nürnberg berufsmäßiger Stadtrat gewesen war, und wäre persönlich einer Mitarbeit in Augsburg nicht abgeneigt gewesen. Nun aber stellten sich äußere Schwierigkeiten ein, über denen wir den Mann an eine andere Stadt, späterhin an Bayreuth als dortigen Oberbürgermeister verloren haben.

Die so vorerst gescheiterte Gewinnung eines Sozialdemokraten ergab sich im Anschluss an die oben erwähnte Entlassung des Personalreferenten Dr. Kleindinst, dies allerdings ohne jede Mitwirkung von meiner Seite. Trotzdem die Militärregierung den Personalersatz als eigene Angelegenheit der Stadtverwaltung bezeichnet hatte, wobei sie äußerstens durch Vorschläge mitwirken wollte, hat sie alsbald nach dem 4. Juli 1945, ohne jedes vorgängige Benehmen mit mir, Herrn Xaver Sennfelder, vor 1933 ehrenamtlicher Stadtrat und Mitglied der damaligen sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, als neuen Personalreferenten der Stadt berufen und mir von der vollendeten Tatsache lediglich in einer der täglichen Konferenzen Kenntnis gegeben." Darüber hinaus hat sie ihn zum Stellvertreter des Bürgermeisters ernannt und verlangt, dass auch er regelmäßig an den täglichen Besprechungen teilnehme.

Diese Haltung hat sie späterhin fortgesetzt, sei es, dass sie uns eigene Kandidaten aufdrängen wollte und auch aufgedrängt hat, sei es, dass sie umgekehrt die Stadt bei deren Bemühungen nicht unterstützte, obgleich sie hierzu mindestens technische Hilfeleistung zugesagt hatte und auch hätte gewähren können. Sie ging schließlich so weit, hinter meinem Rücken mit Interessenten für Referentenstellen zu verhandeln und sogar hierüber von mir nachdrücklich erbetene Auskunft zu verweigern.

Die Einstellung anderer Bediensteter war Sache des Personalreferenten, ich hatte mir aber für alle Beamten des Höheren Dienstes und für Amtsvorstände meine Zustimmung vorbehalten. Dieser Vorbehalt verlor sich nach den ersten Anfängen in der oben erwähnten Haltung der Militärregierung, in der Eilbedürftigkeit der Entscheidungen, der dienstlichen Inanspruchnahme sowohl des Personalreferenten wie meiner selbst und in anderem so sehr, daß auch meine bloße Verständigung von den verfügbaren Personaleinstellungen selbst in den meiner Zustimmung vorbehaltenen Fällen keineswegs ausnahmslos erfolgte. Von den zeitgerecht an sich entlassenen

Bediensteten wurden nach Fristablauf noch rund 330 tatsächlich beschäftigt. Es handelte sich hier weitgehend um Spezialisten, deren Ausfall ganze Verwaltungszweige stillgelegt hätte. Die Militärregierung war hier, wenn schon nicht zu Zugeständnissen hinsichtlich des Entlassungstermins selbst, so doch - auch im eigenen Interesse - zur übergangsweisen, als so genannte Pflicht zur Einarbeitung getarnten, Fortbeschäftigung bereit. Auf diese Weise ist wohl eben noch der Anschluss an die Zeit erreicht worden, in der das neue Personal mehr oder weniger auf sich selbst gestellt war.

Eine Begegnung in der Haftanstalt

Mit der Säuberung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens allgemein war die Stadtverwaltung unmittelbar nicht befasst, es ergab sich aber einmal doch eine ziemlich drastische Berührung mit den einschlägigen Vorgängen. Diese umfassten auch Verhaftungen in immerhin solcher Zahl, dass die vorhandenen Haftanstalten, als welche zunächst das Untersuchungsgefängnis in der Karmelitengasse und die Luftschutzräume in der Polizeidirektion dienten, nicht ausreichten. In der Prinz-Carl-Kaserne wurden daher zusätzliche Hafträume eingerichtet. Da mir trotzdem von einer Überbelegung mit all ihren bedenklichen Folgen berichtet wurde und die Militärregierung Betreuung der Haftanstalten durch die Stadt verlangte, entschloss ich mich zu einer persönlichen Besichtigung. Ich fand nun gerade in den gemeindeeigenen Hafträumen der Polizeidirektion die mir gewordenen Informationen bestätigt. Die paarweise übereinander gestellten Liegegelegenheiten ließen nur Gänge frei, in denen zwei Personen kaum aneinander vorbeikamen. Die ohnehin bescheidene natürliche Belichtung der im Kellergeschoß gelegenen Räume wurde durch die betonierte Luftschutzblenden noch verschlechtert. Bei dem heißen Wetter herrschte auch im Kellergeschoß eine schwüle Hitze, so dass die Häftlinge meist nur mit Hemd und Hose bekleidet waren. Mangels besonderer Sitzgelegenheiten saßen sie auf den Bettpritschen oder standen im schmalen Gang herum. Als ich eintrat, sah mich sofort, neben einem mir persönlich bekannten Großindustriellen, ein Ratsherr, der mich freudig begrüßte, annehmend, ich käme als Vermehrung der Anstaltsinsassen. Dazu hätte ich nun allerdings nicht beitragen wollen, dies umso weniger, als in den angetroffenen äußeren Verhältnissen eine fühlbare und baldige Änderung bei dem allgemeinen Mangel an Räumen, Baumaterial und Einrichtungsgegenständen sowie der größeren Dringlichkeit sonstiger Bedürfnisse nicht wahrscheinlich war. Glücklicherweise durfte mit laufendem Abtransport der Inhaftierten gerechnet werden.

Besuch der US-Senatoren

Eine Gruppe von etwa sechs Senatoren kam auf ihrer Informationsreise durch die amerikanische Besatzungszone auch nach Augsburg. Auf einen Abend wurde ich zu ihnen in die Nachrichtenkasernen Pfersee bestellt. Es war das oder doch eines der Kasernengebäude, in denen mein Sohn im Jahre vor Kriegsausbruch eingerückt war. Als Konferenzzimmer diente ein Mannschaftsraum im Obergeschoß.

Da die Herren zum verabredeten Termin noch durch andere Besprechungen belegt waren, musste ich vielleicht eine halbe Stunde auf dem Gang vor dem Konferenzzimmer warten, und hier wurde ich mit dem Dolmetscher bekannt, der fließend deutsch sprach. Es ergab sich, daß er einige Jahre an der Universität Erlangen studiert hatte, wo auch ich selbst, freilich lange zuvor, mich 6 Semester des Studiums der Rechte befließigt hatte, mitunter auch nur hätte befließigen sollen.

Der Konferenzraum war mit zwei aneinander gestoßenen, vom Gebrauch durch Soldaten nicht unberührt gebliebenen Tischen sowie mit gut einem Dutzend Stühlen ausgestattet, von denen kaum einer dem anderen ähnlich sah. Die Senatoren saßen in recht aufgelockerter Ordnung herum, der noch am Abend beträchtlichen Schwüle wegen mit viel Marscherleichterung, einige überhaupt ohne Rock und verschiedentlich mit den Beinen auf einem freien Stuhl. Es entstand kein Gespräch, kein eigentlicher Meinungs austausch. Die Herren fragten vielmehr nur so ziemlich alles, was über eine größere Stadt zu sagen ist. Augsburgs Geschichte schien ihnen allerdings nicht wichtig oder bereits aus irgendeinem Reiseführer bekannt zu sein. Umso eingehender interessierten sie sich für die Verhältnisse in der Zeit seit etwa 1933, wie die parteipolitische Situation, die Wirtschaft, die Einwohnerziffern vor dem Kriege und jetzt, die Zahl der Luftangriffe, die Größe der Opfer und der Schäden, die Stärke der Polizei, die Schulen und kulturellen Einrichtungen, das Gesundheitswesen, lauter Dinge, die mir allein schon aus meinem ständigen Aufenthalt in Augsburg und aus der Verwaltung des

Finanzreferates geläufig waren. Als aber bei der Erörterung der öffentlichen Versorgung ein Senator nun auch wissen wollte, wie viel Tonnen Kohle das Gaswerk verbrauche, da war mir davon so sehr wenig bekannt, dass ich trotz manch günstiger Erfahrung den Mut zu einer kühnen Behauptung nicht aufbrachte, vielmehr bekannte, ich sei noch nie Gaswerksdirektor oder Statistisches Amt gewesen, ein Telefonanruf bei der Werkleitung aber würde schnell genauen Aufschluss liefern. Ein Telefon war nun nicht da und die Feststellung offensichtlich nicht brandeilig, so dass die Auskunft auf sich beruhen blieb. Auf den Kohleninteressenten machte meine schreckliche Unwissenheit wohl den Eindruck, dass ich als, sei es auch nur geschäftsführender, m. a. W. behelfsmäßiger, Bürgermeister durchaus fehl am Platze sei.

Unerwünschte Verbrüderung

Die allmähliche Gewöhnung der Bevölkerung an die Anwesenheit der amerikanischen Soldaten blieb nicht ohne die erfahrungsgemäßen Folgen, bei Männern wie bei Frauen. Es entstanden Bekanntschaften, man konnte so einiges Interessante erfahren, auch andere denunzieren, und das Verlangen nach lang entbehrten Genüssen, wie Zigaretten, Schnaps, Schokolade und Liebe gaben verschiedentlich bedenklichen Ansporn. Zu irgendeinem Zeitpunkt wurde dann auch noch das förmliche Fraternisierungsverbot durch die Amerikaner aufgehoben.

Major Cofran kam darauf zu sprechen, und man konnte unschwer erkennen, daß er gemäß seiner allgemeinen Haltung gegenüber der deutschen Bevölkerung einen regeren Gebrauch von der Aufhebung des Verbotes nicht begrüßen würde. Es war mir nun sehr darum zu tun, ihm zu bedeuten, daß er hier der Gegenseitigkeit versichert sein dürfe. Hiefür wählte ich, da gleichzeitig auch den Augsburgern selbst etwas ins Gewissen geredet werden sollte, den Weg einer Amtsblatt Veröffentlichung nachstehenden Inhalts:

„Männer und Frauen! Bewahrt Haltung !

Die Feindseligkeiten sind zu Ende, und die Männer stehen sich nicht mehr als Feinde gegenüber. Sie denken deshalb aber keineswegs an allgemeine Verbrüderung. Den Besatzungstruppen als den Siegern bleibt es überlassen, das Maß von Freundlichkeit zu bestimmen, das sie über selbstverständliche Korrektheit hinaus im Verkehr mit uns wünschen. Deutsche Anbiederung muss sie gerade von Männerseite peinlich berühren. Die Amerikaner brauchen auch keine Denunziationen; ihre eigenen Einrichtungen gestatten ihnen die Ermittlung dessen, was sie wissen wollen.

Die Aufhebung des Fraternisierungsverbotes war keine amerikanische Einladung an die Adresse der deutschen Frauen und keine Aufforderung zu Würdelosigkeit. Daß einzelne unter den Frauen dies außer Acht gelassen haben, missbilligen vor allem ihre Geschlechtsgenossinnen. Die Empörung der Männer, namentlich der Heimkehrer, aber ist weder Engherzigkeit noch Eifersucht, sondern Scham und Sorge.

Lasst uns alle, Männer und Frauen, darauf bedacht sein, dass wir, die wir im Feld den Krieg verloren, nun in der Heimat nicht auch noch unsere bürgerliche Ehre verlieren".

Den Entwurf dieser Bekanntmachung finde ich in meinem Besitz, nicht jedoch eine Beleg-Nummer für geschehene Veröffentlichung. Möglicherweise ist sie wegen eines Kanzlei Versehens gar nicht oder im Rundfunk erfolgt.

Staatsbesuch

Am 14. Juli 1945 machte der Bayerische Ministerpräsident Schäffer Staatsbesuch bei der Regierung von Schwaben und der Stadt Augsburg, wie ähnlich vorher und nachher bei den übrigen Regierungen und Regierungshauptstädten. Der Besuch war natürlich nicht oder doch nicht nur als Höflichkeitsakt gedacht, sondern als Informationsreise dringlichster Art. Nach dem bekannt gegebenen Zeitplan sollte der Ministerpräsident um 11 Uhr bei der Stadt eintreffen, kam aber mit einer etwa einstündigen Verspätung. In seiner Begleitung befanden sich Wirtschaftsminister Lange, Ministerialdirektor Fischer sowie der Regierungspräsident von Schwaben Dr. Kreisseimeyer. Ich konnte ihnen die Referenten bzw. Referentenstellvertreter vorstellen. Unter diesen befand sich allerdings, außer mir selbst, keiner der Herren mehr, die noch bei Kriegsende in Dienst gewesen waren, aber auch keiner von denen mehr, mit denen ich selbst die Führung der Bürgermeistergeschäfte begonnen hatte. Sie waren alle bereits der Entnazifizierung zum Opfer gefallen. An ihre Stelle waren vorerst nur zwei neue Herren (Sennefelder und Weinkamm) getreten, während die übrigen fünf bis sechs Referate von erfahrenen Amtsvorständen geführt wurden.

Nach einem allgemeinen Lagebericht durch mich trugen sie je drei bis fünf Minuten die Verhältnisse ihrer Geschäftsbereiche vor, woran sich eine angeregte Aussprache schloß. So zerzaust und angeschlagen sich der personelle Apparat der Stadtverwaltung in seinen leitenden Beamten bereits darbot - und durch die nun auf vollen Touren laufende Entlassung von Parteimitgliedern späterhin insgesamt werden sollte -, so einsatzfreudig und entschlossen waren die zur Führung von Referaten neu oder ersatzweise berufenen Männer, trotzdem auch letztere in naher Zukunft mit ihrer Entlassung rechnen mussten. Dazu zeigte die Stadt in ihrem äußeren Bild etwas günstigere Verhältnisse als manch andere vom Ministerpräsidenten besuchte bayerische Großstadt oder Stadt mit Regierungssitz. Denn nach dem schweren Luftangriff vom 25./26. Februar 1944 gab es zwar auch hier immer wieder Luftangriffe, aber - abgesehen von ernststen Beschädigungen der Bahnanlagen - nicht mehr mit gleich ausgedehnten Verwüstungen. Augsburg hatte daher einige Möglichkeit, den Trümmerschutt noch vor Kriegsende von den Fahrbahnen auf die anliegenden Grundstücke oder doch auf die Gehsteige zu schaffen und so einen nur wenig behinderten Fahrverkehr in der ganzen Stadt aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen. Andere bayerische Städte dagegen erlebten gerade noch im letzten Kriegsjahr oder gar den letzten Kriegsmonaten Angriffe mit katastrophalen Zerstörungen und Verkehrsunterbrechungen, die verschiedentlich die Inanspruchnahme von Lotsen erforderte. Demgegenüber hatte die sprichwörtliche Zähigkeit der schwäbischen Bevölkerung im Verein mit den Bemühungen der Stadtverwaltung während der rückliegenden zweieinhalb Monate manches vom ausgesprochen Kriegsmäßigen bereits beseitigt und zeigte sich mutig an weiterer Arbeit. Ich teilte daher persönlich ohne innere Vorbehalte die vom Ministerpräsidenten freundlich geäußerte Überzeugung, daß Augsburg in der Bewältigung der kommenden Aufgaben für die Landesregierung kein Sorgenzentrum bedeuten und hinter keiner anderen Stadt in der Überwindung der Kriegsfolgen zurückstehen werde.

Die Aussprache wurde bei einem von der Stadt gegebenen Mittagessen im gleichen Kreise fortgesetzt. Das war vorher und ist heute weit verbreitete Übung, war damals aber keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Denn es bot ziemliche Schwierigkeiten, den Gästen etwas vorzusetzen, was ehrlich markenfrei war und so weder an die Teilnehmer schwer erfüllbare Ansprüche stellte, noch sie dem sicheren und berechtigten Vorwurfe schlechtesten Beispiels aussetzte. Der Wirt des wenig beschädigten Ludwigsbaues schaffte das einschließlich eines Gläschen Weines und, was den drei anwesenden Spitzen des Staates, des Bezirks und der Stadt besonders wichtig war, sogar samt einer Zigarre. Wir trennten uns mit dem Gefühl, daß die Begegnung Mut und Hoffnung allseits belebt habe.

Verfassungsmäßige Situation der Gemeinde

Das gemeindliche Recht der Selbstverwaltung, früher gesetzlich gewährleistet, war bereits in der Deutschen Gemeindeordnung des Dritten Reichs durch die allgemeine Forderung des Einklangs gemeindlicher Verwaltungsarbeit „mit den Zielen der Staatsführung“ ernstlich eingeschränkt. Mit der Besetzung des Landes durch die Alliierten war es ohne tatsächliche Bedeutung geworden und schließlich mit der deutschen Kapitulation durch die Anweisungen der Militärbehörden auch rechtlich aufgehoben. Nach deren Verfügungen unterstand die Gemeindeverwaltung aller Bereiche, des eigenen wie des übertragenen Wirkungskreises, der ständigen und sachlich unbegrenzten Kontrolle der Militärregierung.

Der Entwicklung der gemeindlichen Stellung nach außen entsprach die ihrer inneren Verfassung. Der frühere Gemeinderat, also die parlamentarische Bürgerversammlung als oberstes Verwaltungsorgan, wurde im Dritten Reich durch den Bürgermeister als allein maßgeblichen „Führer“ der Gemeindeverwaltung abgelöst. Immerhin waren diesem Bürgermeister noch ehrenamtlich tätige, wenn auch gleichgeschaltete Bürger beigegeben. Es kam ihnen allerdings keine Entscheidung, auch nicht im Sinne einer bloßen Mitbestimmung mehr zu, sondern nur eine Beratung. Der Bürgermeister war aber verpflichtet, ihren Rat in den gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuholen. Noch über diese nationalsozialistische, nur bescheiden gemilderte Selbstherrlichkeit hinaus war nun der Bürgermeister der ersten Nachkriegszeit innerhalb der Gemeinde ein gänzlich unbeschränkter Diktator, der nicht einmal in irgend einer Sache einen Rat erholen musste.

Diese radikale Ausschaltung der Bürgerschaft von der Mitwirkung in allen sie doch unmittelbar berührenden Angelegenheiten war für Bürgermeister und Bürger in sachlicher und politischer Beziehung gleichermaßen unerfreulich. Es war auch klar, daß sie nur einen vorübergehenden Zustand darstellen konnte. Die alleinige Verantwortlichkeit des Bürgermeisters gegenüber der Militärregierung gestattete es aber nicht, demokratischen Gremien Entscheidungsrechte oder auch nur Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Dagegen war

der Bürgermeister hierdurch nicht gehindert, sich für Entscheidungen Rat bei irgendetwem zu erholen. Auch hiebei sollte freilich einerseits eine Anonymität der Berater vermieden, andererseits der Bürgerschaft ihre Beziehung und die Möglichkeit von Anregungen über die Berater bewusst gemacht werden.

Hiewegen habe ich am 12. Juni der Militärregierung in der täglichen Konferenz davon Kenntnis gegeben, dass ich die Absicht habe, für einzelne Verwaltungszweige Beiräte zu berufen. Sie sollten möglichst allen politischen Gruppen angehören. Wenn nun politische Parteien derzeit auch nicht bestünden und nicht zugelassen seien, so seien mir doch frühere Vertrauensleute, an die ich mich zu wenden gedächte, einigermassen bekannt.

Es wurde mir erklärt, daß ich die Berufung vorerst zurückstellen solle, aber doch vorbereiten könne. Daraufhin habe ich drei Herren um Vorschläge mit dem Beifügen angegangen, dass Beiräte zunächst für Kriegswirtschaft (Wohnung, Ernährung, Arbeit, Straßenverkehr), Fürsorgewesen, Bauwesen und Stadtwerke zugezogen werden sollten, und zwar in einer Zahl von 4 für jeden dieser Bereiche. Maßgebend für die Auswahl seien Erfahrung und Sachkunde auf dem einschlägigen Gebiet. Die Tätigkeit sei ehrenamtlich, die Berufung stets widerruflich und die Aufgabe lediglich Beratung durch die Einzelpersönlichkeit, kein Beschluss und keine Entscheidung.

Als dann anfangs Juli die Auswahl getroffen und die Berufung möglich war, verlangte die Militärregierung noch die Einreichung von Fragebogen, betonte aber gleichzeitig, daß sie den Zeitpunkt für eine Berufung von Verwaltungsbeiräten insoweit nicht für gekommen erachte, als nicht mindestens sämtliche Referentenstellen besetzt seien. Hier aber bestanden erhebliche, nur durch Vertreter geschlossene Lücken, so dass sich die Berufung von Verwaltungsbeiräten weiterhin verzögerte und schließlich überhaupt nicht mehr in Betracht kam.

Denn Mitte August trat die Militärregierung ihrerseits mit dem weitergehenden Vorschlag auf, 12 ehrenamtliche Stadträte für ein bürgerschaftliches Gremium zu berufen. Im Gegensatz zu den ursprünglich gedachten Verwaltungsbeiräten sollten diese Stadträte nicht nur für einzelne, sondern für alle Verwaltungszweige der Stadt zuständig sein und nicht nur ihre Einzelmeinung kundtun, sondern wie eine Körperschaft Mehrheitsbeschlüsse fassen, wenn letztere angesichts der weiter bestehenden alleinigen Verantwortlichkeit des Bürgermeisters gleichfalls nur die Bedeutung einer Empfehlung haben konnten. Für die Berufung der Stadträte wurden wiederum drei Vertrauensleute um Vorschläge gebeten und ihnen anheim gestellt, eine gemeinschaftliche Liste einzureichen. Eine solche ging der Stadt Ende August zu und wies an ihrer Spitze den als berufsmäßigen Stadtrat anfangs Juli entlassenen Dr. Kleindinst aus. Sie führte erst Ende September zu tatsächlichen Berufungen, die übrigens nicht vom Bürgermeister, sondern von der Militärregierung ausgingen.

Parallel zu unseren vorstehend erwähnten Versuchen, die Bürgerschaft im Rahmen des rechtlich Möglichen zur Verwaltung der Stadt mit heranzuziehen, liefen bei der Militärregierung Überlegungen, für ihre eigene Beratung ehrenamtlich tätige Persönlichkeiten aus der Bürgerschaft zu gewinnen. Der Kommandeur ersuchte mich hiefür gegen Ende Juli um die Benennung von 10 „guten Männern“, die er dann jeweils nach Bedarf und nicht insgesamt, sondern einzeln zu Rate ziehen wollte. Sie sollten möglichst aus allen politischen Richtungen, allen Schichten der Bevölkerung, allen Wirtschaftszweigen und Berufen, allen Konfessionen etc. kommen. Ich war glücklich, eine entsprechende Liste entwickelt zu haben. Als ich sie aber Herrn Cofran übergeben wollte, erfuhr ich auf dem Wege zur Militärregierung, dass der an der Spitze der Liste als Vertreter der Augsburger Industrie aufgeführte Generaldirektor der MAN, Otto Meyer eben als einer der Industriekapitäne von den Amerikanern verhaftet worden sei. Ich wies den Kommandeur darauf bei der Übergabe der Liste sofort hin und musste ihn auch darauf aufmerksam machen, daß mir die politischen Auffassungen nur von einigen der vorgeschlagenen Herren bekannt seien, dass man aber mit einiger Sicherheit keinen zu den Kommunisten rechnen dürfe. Daraufhin wünschte er Benennung auch eines Kommunisten. Tatsächlich hat er in der Folge von den angegebenen Adressen meines Wissens nie Gebrauch gemacht.

Geschäftsgang

Die Arbeitszeit in den städtischen Büros war, wohl ähnlich der bei den übrigen öffentlichen Verwaltungen, auf 8-12 und 14-18 Uhr festgesetzt.

Als Bürofeiertage wurden Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam und das Friedensfest gehalten. Bei letzterem bedurfte es freilich eingehender Aufklärung der Militärregierung, dass die Stadt keineswegs einen noch nicht geschlossenen Weltkriegsfrieden vorweg zu feiern gedenke, sondern traditionsgemäß den vor Jahrhunderten geschlossenen

Frieden in einem Streit, der die Gestaltung bestimmter Verhältnisse sowohl in der Stadt Augsburg wie in der weiten Welt, einschließlich USA, wesentlich beeinflusst habe. Dagegen wurde der 1. Mai 1945, der dem Tag der Besetzung ja fast unmittelbar folgte, keine Gewerkschaften hinter sich und keine Erweiterung seiner Bedeutung neben sich hatte, noch nicht gefeiert, auch nicht der Tag Maria Himmelfahrt.

Bereits bei der Amtsübernahme am 8. Juni hatte Major Cofran für jeden Mittwoch und Samstag einen schriftlichen Bericht des Oberbürgermeisters über die beachtlicheren Vorgänge in der Stadtverwaltung verlangt. Der Bericht war in 10facher Ausfertigung zu liefern und in englischer Sprache abzufassen. Die Unterlagen hierfür mussten mir von den Referaten für ihren und ihrer Ämter Geschäftsbereich jeweils bis 12 Uhr des Vortags geliefert werden, zwar selbstverständlich in deutscher Sprache, im übrigen aber tunlichst in einer Form, die keine weitere Überarbeitung mehr erforderte. Letzteres war notwendig, weil andernfalls Übersetzung und Vervielfältigung nicht mehr zeitgerecht möglich gewesen wären.

Trotzdem stand die Fertigstellung des Berichts fast immer unter Zeitdruck. Nur die allerersten Berichte konnte ich selbst noch vor der Vervielfältigung überprüfen. Nachdem sich aber hierfür bald ein angemessenes Gerippe entwickelt, auch Stil und Ton den Umständen angepasst sowie die Synthese zwischen ausdrücklich gewünschter Offenheit einerseits und Klugheit andererseits gefunden war, musste ich wegen Arbeitsüberhäufung auf vorgängige Durchsicht verzichten und hatte meist erst im Wagen auf der Fahrt zur Militärregierung Gelegenheit, den Bericht zu überfliegen.

Es ist daraus nie ein Unglück entstanden. Im Gegenteil, es wurden die Berichte wiederholt belobigt, als vorzüglich, ja als die besten in der amerikanischen Zone bezeichnet, wie ersichtlich alles nur zum bescheidensten Teil mein persönliches Verdienst.

Die Berichterstattung war eine erhebliche, recht störende und vermutlich nicht allzu förderliche Verwaltungsarbeit. Ich versuchte daher bald eine Entlastung dadurch, daß an jedem Mittwoch nur die eine Hälfte der Referate, an jedem Samstag die andere berichtete. Dieser kleine Betrug wurde anscheinend nie bemerkt, andernfalls wäre das mindestens bei der örtlichen Militärregierung nicht unbeanstandet geblieben.

Ein belastetes Signal

Die Sperrstunde, also die Zeit des Ausgehverbotes, ursprünglich auf 18.30 bis 7.00 Uhr festgesetzt, wurde späterhin verlängert. Da nach Meinung der Militärregierung verschiedentlich Übertretungen auf Unkenntnis der Bevölkerung zurückzuführen waren, wurde verlangt, dass Beginn und Ende der Sperrzeit mit der im großen und ganzen noch gebrauchsfähigen Sirenenanlage für Fliegeralarm - je eine Viertelstunde zuvor - bekannt gegeben werde. Nun war aber das Alarmsignal mit seiner eigentlichen Bedeutung noch unvergessen und so in seiner Schockwirkung weiterhin für alle, namentlich für Kranke, Kinder und alte Leute, höchst unerfreulich. Der Kommandeur hielt die hiewegen vorgetragenen Bedenken für nicht entscheidend. In der Folge gab es aber doch so viele Beschwerden, dass an eine Abhilfe gedacht werden musste. Da der Militärregierung ein völliger Rückzug nicht angesonnen werden konnte, ersuchte ich die Stadtwerke um Prüfung, ob nicht die Sperrzeit mit einem sichtbaren Signal gegeben werden könnte. Diese erwies sich als möglich, und so wurde das erst ab Ende Juni angewendete Sirenengeheul ab Ende August durch einige kurze Unterbrechungen oder doch Abschwächungen in der Stromversorgung ersetzt.

Die gemeindlichen Verwaltungszweige zum Ende August 1945

Ende August ergab sich ein Wechsel in der Leitung der Augsburger Militärregierung. Der neue Kommandeur, Oberst Charles Matthews, hatte schon einige Tage zuvor den Dienst tatsächlich angetreten. In einer der Routinebesprechungen ersuchte er mich, ihn in gedrängtester Form über die Verhältnisse der Stadtverwaltung zu orientieren. Das konnte sofort und nach der Ordnung des Gemeindehaushalts annähernd wie folgt geschehen:

„Die Einwohnerzahl der Stadt betrug bis zum ersten schweren Luftangriff vom 25/26. Februar 1944 rund 187.000, ging nach dem Angriff auf rund 100.000 zurück, belief sich im Augenblick der Besetzung auf vielleicht 130.000, ohne Ausländer, und steigt durch Rück- und Zuwanderung laufend an.“

Die Besetzung der Stadt vollzog sich ohne ernstere Kampfhandlungen, jedenfalls ohne Verluste auf amerikanischer Seite. Noch am Tage des Einmarsches wurde mir, Stadtrechtsrat und Stadtkämmerer Dr. Ott, die Führung der Geschäfte des Oberbürgermeisters übertragen.

Die allein verantwortliche Führung und Verwaltung durch den Oberbürgermeister entspricht wohl seiner alleinigen oder doch ersten Verantwortlichkeit gegenüber der Besatzungsbehörde, gleicht aber doch sehr dem Führerprinzip des abgetretenen Regimes, gestattet neuen Kräften in der Bürgerschaft keine Betätigung in der Gemeinde und benimmt umgekehrt dem Bürgermeister die Möglichkeit, durch Vermittlung von ehrenamtlich tätigen Bürgern seine Maßnahmen dem Verständnis der Einwohnerschaft nahe zu bringen. Dieserhalb hatte ich schon bald die Absicht, zwar nicht ein förmliches Stadtparlament, aber doch kleinere Arbeitsausschüsse für verschiedene Aufgabenbereiche (Wohnungs-, Ernährungs-, Bauwesen etc.) zu berufen. Diesen Ausschüssen sollte angesichts der alleinigen Verantwortlichkeit des Bürgermeisters natürlich nur beratende Funktion zukommen. Die Militärregierung für den Stadtkreis und Landkreis Augsburg vermochte jedoch der Berufung nicht zuzustimmen.

Vor kurzem hat sie nun ihrerseits die Berufung eines einschlägigen Kollegiums für die Gesamtverwaltung zur Sprache gebracht. Ich habe mich hiewegen mit dem Ersuchen um Vorschläge an drei Persönlichkeiten gewandt, die als Vertrauensleute der hauptsächlich früheren Parteien betrachtet werden können, abgesehen natürlich von den Nationalsozialisten. Die Vorschläge liegen nunmehr vor.

Die Verbindung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft konnte in der Zwischenzeit zunächst durch ein städtisches Amtsblatt hergestellt werden, das wöchentlich erscheint.

Als allgemeine Zeitung erhält Augsburg den gleichfalls wöchentlich erscheinenden „Augsburger Anzeiger“. Der Druck geschieht noch in München. Die Übernahme auf eine Augsburger Druckerei ist geplant.

Die Bemühungen der Stadtverwaltung, der Militärregierung für den Regierungsbezirk Schwaben und der Militärregierung für Stadtkreis und Landkreis Augsburg um einen eigenen Sender hatten keinen Erfolg. Die Voraussetzungen für den Betrieb eines eigenen Senders hätten sich in der Zwischenzeit auch etwas verschlechtert. Dagegen steht der Stadtverwaltung der Münchner Sender jeden Montag und Donnerstag Abend je eine Viertelstunde für örtliche Zwecke zur Verfügung.

Bei der Übertragung der Geschäfte des Oberbürgermeisters hat mir die Militärregierung für den Regierungsbezirk Schwaben gleichzeitig Auftrag und Ermächtigung erteilt, möglichst noch am gleichen Tage meine ersten Mitarbeiter zu berufen. Ich sollte dabei völlig freie Hand haben, jedoch als Richtlinie beachten, dass Herren, die sich parteipolitisch im Sinne der NSDAP exponiert hatten, nicht in leitende Stellungen berufen werden könnten. Die Militärregierung für den Stadtkreis und Landkreis Augsburg, die am 8.6.1945 ihre Geschäfte aufnahm, verfolgte jedoch weitergehend die Entfernung aller Parteimitglieder ohne Rücksicht darauf, ob sich diese aktiv betätigt und ob sie leitende oder nicht leitende Stellungen inne hatten. Im Verfolg dieser Politik wurden bis Ende August rund 1.850 Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadtverwaltung einschließlich Polizeidirektion und Arbeitsamt entlassen und rund 1.300 Ersatzkräfte eingestellt. Die geringere Zahl der Einstellungen erklärt sich daraus, daß verschiedene Arbeitsplätze entweder überhaupt nicht mehr oder doch zur Zeit noch nicht besetzt werden müssen, oder daß Ersatzkräfte vorerst nicht gefunden werden konnten.

Die Gesamtleitung der Stadtverwaltung liegt in den Händen des Bürgermeisters. Diesem unterstehen 9 Referate und letzteren je eine verschieden große und bedeutsame Zahl von Ämtern.

Ab 1. September werden sämtliche früheren Referenten, gleichgültig ob sie der Partei angehört haben oder nicht, ausgeschieden sein.

Sind durch nachfolgende Herren ersetzt:

Referat 1 Finanz- und Steuerverwaltung: Stadtrechtsrat Dr. Ott (zugleich derzeitiger Bürgermeister) ab 31.8.45 von der Militärregierung entlassen und hinsichtlich des Finanzreferats durch Dr. Uhde ersetzt.

Referat 2 Personalverwaltung: Stadtrat Sennfelder

Referat 3 Forstwesen: Stadtrat Loderer

Referat 4 Nachkriegswirtschaft: Stadtrat Weinkamm

Referat 5 Schulwesen und Kulturpflege: Stadtrat Dr. Schwister

Referat 6 Gesundheit und Fürsorge: Stadtrat Dr. Fraunholz

Referat 7 Versorgungs- und Verkehrsbetriebe: derzeit vertreten durch Amtmann Mausch. Verhandlungen mit Dipl. Ingenieur Kaspar sind im Gange.

Referat 8 Hochbauverwaltung: derzeit vertreten durch Stadtrat Singer, Verhandlungen mit Dipl. Ingenieur Architekt Schweighart sind vorbereitet.
Referat 9 Tiefbau Verwaltung: Stadtrat Singer.

Die Ernährungslage entspricht gemäß der zentralen Bewirtschaftung der Lebensmittel im großen und ganzen dem Durchschnitt des südostdeutschen Gebietes. Die zahlreichen in Augsburg noch versammelten Ausländer stellen jedoch eine ungewöhnliche Belastung auch in der Lebensmittelversorgung dar. Beispielsweise ist vor kurzem allein an Gemüse das Sechsfache der vorher gelieferten Mengen verlangt worden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit sonstigen Gütern des täglichen Bedarfes (Kleidung, Wäsche, Schuhe etc.) ist wie allgemein schlecht. Die Brennstoffversorgung bereitet ernste Sorge. Brennholz muss daher in größtem Ausmaß geschlagen werden. Die auf den einzelnen Haushalt treffende Menge bleibt trotzdem sehr klein.

Für die Befriedigung des Bedarfes an Straßentransportleistung, Fahrzeugen und Treibstoff besteht das Straßenverkehrsamt. Die Verhältnisse auf dem einschlägigen Gebiet sind bekannt.

Der Wohnraum ist außerordentlich knapp. Von insgesamt 52.500 Wohnungen sind 13.100 leicht und mittel, 11.900 schwer beschädigt und 10.000 völlig zerstört. Der Rest des Wohnraumes wird auch für rund 13.500 Ausländer und 3.400 Angehörige der Besatzungsmacht in Anspruch genommen. Um eine Überbevölkerung möglichst hintanzuhalten, ist mit Genehmigung der Militärregierung das schon vor der Besetzung bestehende Verbot des Zuzugs nach Augsburg erweitert und auf die Rückkehr früher in Augsburg ansässiger Personen ausgedehnt worden. Der Andrang solcher Rückkehrer ist sehr groß, trotzdem sie auf dem Lande Wohnung, Ernährung und Arbeit vielfach gesicherter fänden als in der Stadt. Zu den rückkehrenden Augsburgern kommen flüchtige Deutsche namentlich aus der Tschechoslowakei und der russischen Besatzungszone. Deren Weiterleitung auf das Land wird vorbereitet.

Das Arbeitsamt, an sich Reichsbehörde, untersteht kraft Anordnung der Militärregierung dem Oberbürgermeister. Der Amtsbereich umfasst neben dem Stadtkreis Augsburg, die Landkreise Augsburg, Zusmarshausen, Wertingen, Schwabmünchen und Friedberg.

Augsburg ist oder war weitgehend Industriestadt. Es waren namentlich Textil- und Metallindustrie in zahlreichen gesunden Werken vertreten. Die Messerschmitt Flugzeugwerke stellten demgegenüber einen recht aufgeblähten Betrieb mit all seinen für eine Gemeinde unerwünschten Risiken dar. Die Industriewerke sind in großem Ausmaße zerstört. Das Schicksal der Stadt überhaupt wird hierdurch entscheidend beeinflusst werden. Die Polizei war bis zum Jahre 1928 gemeindliche Verwaltung, wurde dann auf das Land und schließlich auf das Reich überführt. Sie umfasste im Polizeipräsidium Schutzmannschaft und Kriminalpolizei. Durch Anordnung der Besatzungsbehörden wurde das Polizeipräsidium dem Oberbürgermeister unterstellt und führt jetzt die Bezeichnung Polizeidirektion. Zwischen Angehörigen der amerikanischen Armee und Zivilpersonen ist es praktisch zu keinen Zwischenfällen gekommen. Dagegen waren die Klagen über Plünderung, Raub und Diebstahl durch zivile Ausländer in den ersten Wochen und Monaten sehr häufig. Die Volksschulen sollen hier wie im ganzen Lande möglichst Anfang September wieder geöffnet werden. Zu den allgemeinen Schwierigkeiten hinsichtlich des Lehrpersonals und der Einrichtung kommt aber ein außerordentlicher, örtlich bedingter Mangel an Schulräumen. Die Volksschulgebäude sind bis zu rund 50 % zerstört oder doch unbenutzbar. Der Rest ist von der Armee belegt oder für zivile Bedürfnisse (Sammelunterkünfte etc.) benötigt. Schon wegen dieser Raumknappheit wird sich der Volksschulbetrieb auf die untersten Klassen beschränken müssen, während auf dem Lande solche Beschränkung vielfach nicht geboten sein wird. Die Frage des Heizmaterials wird den Schulbetrieb überdies mit Eintritt der kalten Jahreszeit wieder zum Erliegen bringen.

In einer Industriestadt wie Augsburg spielten Berufsschulen und gewerbliche Fachschulen eine selbstverständliche Rolle. An kulturellen Fachschulen bestehen ein Konservatorium für Musik und eine weitberühmte Singschule. Von den drei städtischen höheren Mädchenschulen (Oberschulen) gehörte eine früher einem katholischen Orden und eine andere einer evangelischen Stiftung. Beide Schulen mussten auf Anordnung der nationalsozialistischen Regierung auf die Gemeinde übernommen werden. Die früheren Schulträger streben die Rückgabe an. Die Stadtbibliothek ist eine der größten Bibliotheken Deutschlands. Gebäude und Bücherei sind erhalten geblieben. Die Buchbestände waren in großem Umfange auswärts gelagert. Ähnliches gilt vom Archiv, das gegenwärtig ca. 70 km westlich von Augsburg in Babenhausen geführt wird. Die städtischen Kunstsammlungen, namentlich die Bestände des Maximiliansmuseums sind ähnlich wie die weltberühmten Augsburger Bronzebrunnen außerhalb der Stadt geborgen und haben dort, von einzelnen Plünderungen abgesehen, keinen

Schaden genommen. Ein Teil ist bereits zurückgeführt. Für die Unterbringung konnte das Schaezler-Palais in der Maximilian-Straße, nahe dem ausgebrannten Hotel Drei Mohren, jüngst angemietet werden.

Das Stadttheater, von Hitler mit großem Aufwand ausgebaut, ist mehreren Luftangriffen zum Opfer gefallen. Es war als Teil und zwar als Abschluss einer kilometerlangen Prachtstraße gedacht, die mit wenig Rücksichtnahme auf städtebauliche Gegebenheiten auf dem früheren Grabengürtel der Stadt gestaltet werden sollte.

Der Betrieb einer an sich sehr schönen Freilichtbühne beim Roten Tor leidet stets unter der Unbeständigkeit der Witterung.

Das städtische Orchester war rund 45 Mann stark. Abgesehen von zwei waren sämtliche bei der Partei und wurden hiewegen entlassen. Als Ersatz ist vorerst die Bildung eines Streichorchesters (Kammerorchester) mit 12 Mann vorgesehen, das durch sechs Bläser ggf. verstärkt werden kann. Die Gewinnung von guten Kräften, die sich für ein Symphonieorchester eignen, aber nicht Parteimitglieder waren, ist ein schwieriges Problem. Es kommt dazu, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde bei der Vergrößerung des Orchesters nicht unberücksichtigt wird bleiben darf. Die Schwierigkeiten der Heizung im kommenden Winter behindern die tatsächliche Beschäftigung des Orchesters jedenfalls ernstlich.

Der Fürsorgeaufwand war im letzten Jahrzehnt wegen der durch Rüstung und Krieg bedingten Nachfrage nach Arbeitskräften naturgemäß gering. Er zeigt aber jetzt schon einen deutlichen Anstieg und wird diese Tendenz vermutlich fortsetzen. Dieserhalb steht ernstlich zu befürchten, dass er zusammen mit dem Rückgang der Steuereinnahmen wiederum zu Störungen des Haushaltsgleichgewichtes führen wird.

Die Stadt ist reich an Wohltätigkeitsstiftungen mit Altersheimen. Einige davon haben freilich während des Krieges Schaden gelitten oder sind für andere Zwecke belegt. Die Stiftungen haben in den Jahren 1919-1923 durch die Inflation auch starke Vermögenseinbußen erlitten. In ihrer Geschichte und ihrer Zweckbestimmung spiegeln sich die Religionskämpfe innerhalb der Stadt, aber auch deren schließlicher paritätischer Friede wider.

Der Gesundheitszustand in der Stadt ist nicht unbefriedigend. Geschlechtskrankheiten allerdings zeigen eine besorgniserregende Verbreitung. Die kalte Jahreszeit wird bei dem Zustand vieler Wohnungen und dem Mangel an Heizmaterial auch Erkältungskrankheiten sehr begünstigen und hohe Krankenziffern bringen.

Die auf die ganze Stadt verteilten Krankenanstalten haben umfangreiche Zerstörungen erlitten. Man war daher oft auf Ersatzkrankenhäuser angewiesen und musste solche auch außerhalb Augsburgs in Günzburg und Wörishofen unterbringen. Deren allmähliche Rückführung nach Augsburg ist in die Wege geleitet. Die Vielzahl kleiner Anstalten verteuert und erschwert den Betrieb. Zusammenlegung in vernünftigen Rahmen wird daher angestrebt. Die Stadtverwaltung würde es begrüßen, wenn sie hiefür eine der noch recht neuen Kasernen bekommen könnte.

Neben den städtischen bestehen zwei bedeutende private Krankenanstalten, nämlich das Vincentinum der Barmherzigen Schwestern und das Diakonissenhaus der evang. Diakonissen.

Die vordringlichste Aufgabe wäre die Instandsetzung von Wohnungen. Der vom Mangel an Kohle und Transportmöglichkeiten ausgehende Mangel an Baumaterial zusammen mit dem Mangel an Baufachhandwerkern behindert die Verwirklichung dieser Selbstverständlichkeit, trotzdem man sich auf solche Gebäude beschränken würde, bei denen mit geringstem Aufwand eine größtmögliche Zahl von Wohnungen dem Gebrauch wieder zugeführt werden könnte. Erst in den letzten Tagen haben sich dank des Einsatzes auch der Besatzungsmächte die Aussichten in dieser Hinsicht etwas gebessert.

Die Bauaufgabe der nächsten Zukunft scheint sich damit in einfachen Instandsetzungsarbeiten zu erschöpfen. Darüber hinaus ergeben sich aber heute schon vielfach Fragen, deren Beantwortung weitschauende städtebauliche Planungen voraussetzt. Die Entscheidungen auf diesem Gebiet werden das Gesicht der Stadt für Jahrhunderte bestimmen. Der Gewinnung eines tüchtigen Leiters für das Hochbauwesen kommt daher eine ungewöhnliche Bedeutung zu.

Selbstverständlich sind einige Vorarbeiten für den Wiederaufbau der Stadt schon während des Krieges geleistet worden. Die umfassende Denkschrift einer namhaften Persönlichkeit wird ins Englische übersetzt und alsdann der Militärregierung zugänglich gemacht.

Die Tiefbauverwaltung ist vor allem darauf bedacht, durch Instandsetzung der Kanalisation allen gesundheitlichen Gefahren von dieser Seite her vorzubeugen und durch Freimachung der Straßen vom Trümmerschutt die Voraussetzungen für glatten Verkehr und Wiederbebauung zu schaffen.

Die Straßenreinigung und Müllabfuhr arbeiten voll.

Augenblicklich wird geprüft, ob nicht eine Verbesserung der Abfallverwertung und der hygienischen Verhältnisse verwirklicht werden kann.

Das Feuerlöschwesen ist im Großen und Ganzen wohl in Ordnung; der Personalaustausch ist gerade hier aber nicht unbedenklich. Überdies wünscht die Militärregierung eine Änderung der örtlichen Organisation.

Die Stadtparkasse zeigt einen immer noch guten Einlagenstand.

Die Stromversorgung innerhalb des Stadtgebietes befindet sich in den Händen der Stadtgemeinde. Diese kauft den hierfür benötigten Strom; die Eigenerzeugung ist unbedeutend. Die technischen Einrichtungen sind im Stande.

Gas erzeugt die Stadtgemeinde selbst. Das Gaswerk ist während des ganzen Krieges nicht beschädigt worden. Sein Betrieb ruht augenblicklich aber wegen Kohlenmangels. Wiederaufnahme in beschränktem Umfange ist Gegenstand von Verhandlungen, aber durch tatsächlichen Eingang zugesagter bayerischer Kohle bedingt.

Für die Wasserversorgung bestehen zwei Pumpwerke und ein Hochbehälter. Eines der Pumpwerke ist während des Krieges wiederholt getroffen worden, konnte trotzdem aber immer wieder in Gang gebracht werden. Abgesehen von Leitungsschäden sind die Anlagen in Ordnung.

Straßenbahn mit Autobusbetrieben läuft. Die Straßenbahn hat allerdings während des Krieges und gerade noch in dessen allerletzten Tagen große Verluste am Fahrzeugpark erlitten. Außerdem hat der Krieg eine begreifliche Vernachlässigung der Instandhaltung trotz ungewöhnlicher Inanspruchnahme gebracht.

Die Finanzlage der Stadt wird entscheidend bestimmt durch die Gemeindesteuern, die Zahlungen zwischen Gemeinde und übergeordneten Gebietskörperschaften sowie die Besetzungskosten. Sie ist ungeklärt.

Die maßgebenden Steuern der Gemeinde, das sind die Steuern vom Grundbesitz und vom Gewerbe, werden stark rückläufig, die ersteren wegen der Zerstörung von Gebäuden und dem Ausbleiben der früher hierfür wirksamen Reichshilfe, die zweiten wegen der Lähmung des gewerblichen Lebens.

Die gegenseitigen Zahlungen zwischen der Stadtgemeinde einerseits, dem Bezirksverband Schwaben, dem Lande Bayern und dem Reich andererseits, wurden durch die Besetzung des Landes schon aus technischen Gründen unterbrochen. Die Wiederaufnahme dieses sog. Finanzausgleiches ist grundsätzlich beabsichtigt, auch gegenseitig zugesichert, aber doch noch nicht restlos durchgeführt.

Auch bei den Besetzungskosten verfügen die Gemeinden über Zusicherungen des Ersatzes durch das Land (Reich) und haben solchen Ersatz schon erhalten.

Aber selbst volle Ordnung im Finanzausgleich und Ersatz der Besetzungskosten werden für sich allein den Ausgleich des Haushalts im laufenden Rechnungsjahr nicht bewerkstelligen. Der Einsatz der gerade für Krisenzeiten vorgesehenen Ausgleichsrücklagen wird unvermeidlich sein".

Alles in allem waren die gemeindlichen Bemühungen um die Behebung der Kriegsfolgen also nicht ohne jeden Erfolg geblieben. Man konnte oder musste sich mit dem Erreichten einigermaßen zufrieden geben, weil die Wiederaufbauarbeit unter der Beschränkung der Militärregierungs-Interessen auf die Entnazifizierung, deren Umfang und Tempo, dem mit ihr verbundenen Verlust vieler eingearbeiteter Kräfte sowie der Beunruhigung des Personals und der Lähmung seines Dienstes unvermeidlich gelitten hatte. Solche Verhältnisse erlaubten der Stadt praktisch nur Arbeiten zur Wiederherstellung des Zerstörten und ließen kaum noch Raum für Neues.

Persönlich bedauerte ich namentlich, dass es nicht möglich war, die Errichtung einer staatlichen technischen Hochschule in Augsburg zu sichern und vorzubereiten. Die Zerstörung der Gebäude und der Einrichtung bei der Technischen Hochschule in München, der Wohnungen ihrer Dozenten, sowie die auch bei diesen aus der Entnazifizierung entstehende Dezimierung hätten meines Erachtens eine günstige Gelegenheit geboten, den Anspruch einer so sehr mit Technik wirtschaftenden Stadt wie Augsburg und des in der Ausstattung mit Hochschulen so ungleich behandelten Kreises Schwaben zur Geltung zu bringen. Denn Finanzierung und andere Leistungen wären für den Staat in Augsburg kaum größer gewesen als in München. Wenn dann die Wiedererrichtung der Hochschule in München zunächst oder überhaupt unterblieben wäre, dann wäre dies immerhin ein Beitrag zur Vermeidung von jetzt offenkundig gewordenen Zuständen gewesen, die dem Staat bereits trotz gesteigerten Ausbildungsbedarfs eine zahlenmäßige Beschränkung des Besuches Münchner Hochschulen nahe legen und den bayerischen Wasserkopf zwingen, aus dem Grad seiner verschiedensten

Nöte einen Sonderfall zu machen und daraus nicht nur Ansprüche auf besondere als Landeshauptstadt ohnehin immer schon bezogene Landeshilfe abzuleiten, sondern darüber hinaus sogar Bundeshilfe zu erbitten.

Das Ende

Bereits in der ersten August-Hälfte war, wie ich den Ministerpräsidenten und den Regierungspräsidenten gelegentlich wissen ließ, zu erkennen, dass Cofran dazu entschlossen bzw. bestimmt worden war, in der Führung der Bürgermeistergeschäfte eine personelle Veränderung vorzunehmen, und damit das zu tun, was ich ihm bei festgestellten Meinungsverschiedenheiten wiederholt vorgeschlagen hatte.

Am 13. August verlangte er in der täglichen Konferenz mündlich mit Frist bis 16. August von mir „eine schriftliche Äußerung über meine Beziehungen zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, über meine Mitarbeit bei dieser sowie über meine dortigen Freunde“ und fügte bei, „dass falsche oder unvollständige Angaben die entsprechenden Folgen nach sich ziehen würden“.

Diese Herausforderung habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen. Bot sie mir doch Gelegenheit, deutlich und umfassend meine Meinung zu bislang unausgesprochenen, aber erkennbaren Vermutungen und Verdächtigungen zu sagen, eine Gelegenheit, die wegen des vom Kommandeur verlangten ausschließlich mündlichen Verkehrs und der damit gegebenen technischen Notwendigkeit einer Verdolmetschung von Satz zu Satz in den täglichen Konferenzen nicht bestand. Ich nützte daher die mir gesetzte Frist gar nicht aus, sondern übergab meine 5-seitige Äußerung bereits am Abend des 15. August, dem damals nicht als Bürofeiertag begangenen Tag Maria Himmelfahrt. Dabei hatte zuvor noch die übliche Übersetzung ins Englische geschehen müssen.

Im wesentlichen bedeutete ich darin dem Kommandeur: „Was zunächst meine Beziehungen zu den Nationalsozialisten anlangt, so gehörte ich, wie aus meinem Fragebogen hervorgeht, weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen an, auch nicht als Anwärter. Wohl war ich Mitglied der NSV, des Reichsbundes Deutscher Beamten, des Deutschen Roten Kreuzes, des Vereins für das Deutschtum im Ausland sowie durch Mitgliedschaft bei einem Eislaufverein und dem Deutschen Alpenverein auch Mitglied des Reichsbundes für Leibesübungen. Ich glaube aber, dass dies niemand als „Beziehungen“ zur NSDAP anspricht.

Ebenso habe ich nie in irgendeiner Form für die Partei gearbeitet. Dies gilt für meine private wie meine dienstliche Tätigkeit. Als dem Finanzreferenten oblag mir wohl ab 1936 die Vorbereitung des Haushaltsplanes. In diesem fanden aber die Partei, ihre Gliederungen und Verbände nur in dem Maße Berücksichtigung als dies vom Oberbürgermeister, dem ja die abschließende Feststellung des Haushaltsplanes zukam, vorgesehen wurde oder, wie bei den Hitler-Jugendheimen, durch Gesetz vorgeschrieben war. Es handelte sich um insgesamt jährlich rund 30.000, später weniger RM für verschiedene Zwecke, daneben ein Betrag von rund 45.000 RM (wegen Übernahme von Kohlenversorgung) an NSV. Dass diese Beträge nicht höher waren, erklärt sich daraus, dass der frühere Oberbürgermeister Mayr, wenn auch alter Parteigenosse und Ehrenzeichenträger, eifersüchtig darauf bedacht war, gegenüber den Machtansprüchen der Partei die Unabhängigkeit der Staats- und Gemeindeverwaltung zu verteidigen und namentlich auch die finanzielle Unabhängigkeit zu wahren. Es ist bekannt, dass er hiewegen in dauernder Fehde mit den Parteidienststellen lag.

Wenn ich schließlich nach meinen Freunden bei der Partei gefragt werde, so darf ich vorausschicken, dass ich an eine Freundschaft gewisse Ansprüche stelle. Trotzdem ich nun rund 30 Jahre in Augsburg lebe, habe ich daher hier niemand, den ich in aller Form als Freund bezeichne, obwohl einige wenige dies verdienen würden. Es ist in Deutschland üblich, zu Freunden Du zu sagen. Ich tue dies kaum jemand gegenüber.

Beziehungen, Mitarbeit und Freundschaft sind Begriffe, deren Anwendung auf den Einzelfall nicht zweifelsfrei sind. Trotz der oben gegebenen, eingehenden Darstellung wird es daher vielleicht irgendwelchen Denunzianten möglich sein, zu berichten, dass ich auch noch anderes getan oder unterlassen habe, vielleicht sogar mit irgend einem Mann, der einmal Parteimitglied war, spreche oder verkehre. Ich denke an keine Herausforderung, aber auch nicht an Ängstlichkeit. Demgemäß habe ich unter dem vergangenen Regime auch mit Nichtnazis Umgang gepflogen und werde umgekehrt auch künftig Bekannten nicht deshalb aus dem Wege gehen, weil sie früher Parteigenossen waren.

Die mir vorgelegten Fragen sind augenscheinlich durch die Annahme veranlasst, ich wolle gegen Nationalsozialisten nicht vorgehen, weil ich diesen gegenüber irgendwie gebunden sei.

Dass solche Bindungen nicht bestehen, glaube ich dargetan zu haben. Zu dem möglichen Vorgehen aber darf ich kurz folgendes bemerken:

1. Dass wirkliche Nazis schon zur Sicherung eines vollen und einheitlichen Einsatzes der Verwaltung daraus und zwar schnell entfernt werden müssen, habe ich wiederholt betont und es hat in diesem Punkte keiner weiteren Erörterungen bedurft.

2. Weniger einfach erschien das Vorgehen gegen Beamte und Angestellte, die sich durch Parteibeitritt Benachteiligungen seitens der Partei entziehen wollten, ohne sich deren Grundsätzen auch nur anzunähern. Die Amerikaner bezwecken, wie gesagt wird, mit der Säuberungsaktion nicht Vergeltung, sondern Vorbeugung. Sie wollen also nicht die Nazis, sondern den Nazismus ausrotten. Wo kein Nazismus, da auch kein Gegenstand der Ausrottung. Es gibt nun zweifelsohne Parteimitglieder, die völlig frei von nazistischen Anwandlungen, ja Gegner von solchen sind. Diese können, wie von der Militärregierung wiederholt erklärt wurde, nach genauer Prüfung später wieder verwendet werden. Wenn ich unter solchen Umständen die Militärregierung ersucht habe, die Entlassung nachträglich doch wieder einzustellender Beamter von vorneherein zu vermeiden, so war dies keine Meinungsverschiedenheit im Grundsatz, sondern nur im Wege zu dessen Ausführung, kein schwächliches Zugeständnis auf Kosten einer als richtig erkannten Forderung, sondern ein Verzicht auf Überforderung. Dabei habe ich nie die Schwierigkeiten verkannt, denen eine Abgrenzung zwischen wirklichen und scheinbaren Nazis namentlich wegen der Kürze der verfügbaren Zeit im Einzelfalle begegnen müsste. Ich war aber der Meinung, daß man vor diesen Schwierigkeiten schon wegen der sonst drohenden Gefahr einer Lähmung der Verwaltung, einer Schädigung grundlos Entlassener und einer unerfreulichen gesamtpolitischen Entwicklung nicht kapitulieren sollte. Trotz dieser Meinung hoffe ich, nie Anlass zu dem Zweifel geboten zu haben, dass ein anders lautender, eindeutiger Befehl der Militärregierung, solange ich schon die Bürgermeistergeschäfte zu führen hatte, tatsächlich vollzogen würde.

Hinsichtlich der Behandlung der Nationalsozialisten im Übrigen, also außerhalb der Säuberung der Verwaltung, bestanden zwischen uns glücklicherweise überhaupt nie Unterschiede in der Beurteilung. Denn Sie haben des öfteren erklärt, dass Sie keine Verfolgung, nicht einmal eine ungleichmäßige Behandlung wünschen. Andererseits war es von jeher meine eigene Auffassung, daß die Lage in Deutschland nicht durch Hass, wie in den vergangenen Jahren gepredigt, sondern nur durch das Gegenteil, das mindestens ein allmähliches Vergessen erfordert, gebessert werden könne. Dabei habe ich Sie, sehr geehrter Herr Major, davon unterrichtet, in der gemeindlichen Verwaltungspraxis würde nach meinen Weisungen den Gegebenheiten doch insofern Rechnung getragen, als unter sonst gleichen Verhältnissen wirkliche Nazis bei Vergünstigungen (Zuteilung von Wohnungen etc.) an zweiter, bei Belastung (Beschlagnahme etc.) an erster Stelle kämen.

Ein Missverständnis über Weg und Zeitmaß bei der Entlassung von Beamten hat wohl früher schon einmal Ihr Vertrauen in meine Mitwirkung erschüttert. Ich habe damals bereits betont, dass meinen persönlichen Bedürfnissen und meinen gesundheitlichen Verhältnissen mein bisheriger Wirkungsbereich, die gemeindliche Finanzverwaltung, durchaus genügen würde, daß ich mich um die Führung der Bürgermeistergeschäfte nie beworben habe, daß die Zusammenarbeit zwischen Militärregierung und Bürgermeister meines Erachtens ein gewisses Mindestmaß gegenseitigen Vertrauens voraussetze, und dass ich Sie, sehr geehrter Herr Major, beim Mangel solchen Vertrauens um die entsprechenden Entscheidungen ersuchen müsste. Dies gilt auch heute“.

In der Routinebesprechung des 23. August übergab mir Cofran gegen schriftliche Empfangsbestätigung seine Verfügung über meine Entlassung aus dem Gemeindedienst. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Militärregierung Abteilung F-214

Kompanie G 3D Militärregierung Regiment APO 403 USA

Büro des Kommand. Offiziers
Prinzregentenstr. 8 Stadtkreis Augsburg. 23. August 1945.

Betreff: Entlassung Herrn Dr. Wilhelm Ott

aus der Zivilverwaltung des Stadtkreises Augsburg.

An Herrn Dr. Wilhelm Ott.

1. Mit Wirkung vom 31. August 1945, 24 Uhr, sind Sie vom öffentlichen Amt der Zivilverwaltung des Stadtkreises Augsburg entlassen. Sie werden angewiesen, vor diesem Zeitpunkt alle einschlägigen Akten, Data und Informationen Ludwig Dreifuß oder seinem Vertreter, Dr. Anton Fraunholz, zu übergeben.

2. Sie werden entlassen wegen nicht befriedigender Führung Ihres Amtes als Beamter der Zivilverwaltung seit 8. Juni 1945. Viele Ihrer Handlungen grenzten, indem sie unwirksam waren, an tatsächliche Sabotage der durch die Militärregierung wiederholt festgestellten Politik der „Entnazifizierung“ der Zivilverwaltung. Sie haben nicht nur dieser Politik offensichtlich nicht zugestimmt, sondern bei verschiedenen Anlässen diese Politik gedreht und gewendet, so dass der Sinn ein anderer wurde, als durch die Vertreter der Militärregierung angeordnet.

3. Ihre Führung während dieser Zeit war nicht so, dass ein Vertrauen in Ihre Person von Seiten der Militärregierung gewährleistet gewesen wäre.

Everett S. Cofran
Major AC

Military Government Officer Commanding".

Der Kommandeur hatte also mit seiner Verfügung mein wiederholtes Ersuchen um Enthebung vom Amte des Oberbürgermeisters zurückgewiesen, dafür den Weg der Entlassung mit den bekannten Folgen des Gehaltsverlustes, der Vermögenssperre etc. gewählt und die Entlassung über die Funktion des Oberbürgermeisters hinaus auf meine Stellung als Stadtkämmerer ausgedehnt. Mit letzterer hatte nun die in der Entlassungsverfügung angegebene Begründung nichts zu tun. Dazu wurde angeblich unzureichende Mitwirkung bei der Entnazifizierung erst in dem Augenblick geltend gemacht, in dem sie tatsächlich abgeschlossen war. Schließlich hatte die Militärregierung sich ja durch höchsteigene Berufung von Stadtrat Sennefelder bereits Anfang Juli einen Personalreferenten mit dem besonderen Auftrag und damit auch der besonderen materiellen Verantwortung für die Entnazifizierung verschrieben. Mit der Begrenzung ihrer Missbilligung auf die Zeit „seit 8. Juni 45“ hatte sie allerdings nicht nur ihren Zuständigkeitsbeginn, sondern wohl auch einer abweichenden Meinung der Schwäbischen Militärregierung, mit der der Kommandeur wie von Anfang an so vermutlich weiterhin nicht im besten Einvernehmen lebte, Rechnung tragen wollen.

Warum sie andererseits mich nicht mit sofortiger Wirkung, sondern erst ab Ende August entlassen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls benützte ich die Zeit dazu, durch Abhebung meines Bankkontos dessen Sperre zuvorzukommen und mir die Mittel zu sichern, die ich zur Fertigstellung meines Behelfsheimes in Walkertshofen benötigte.

Die Führung der Bürgermeistergeschäfte durch mich, einschließlich der täglichen Konferenzen, ging zunächst unverändert weiter. Nun war aber zum gleichen Termin, zu dem Major Cofran mich entlassen hatte, auch er selbst - wie man hörte, sehr gegen seinen Willen - von Augsburg weg und nach Regensburg versetzt worden. Sein Nachfolger Oberst Matthews übernahm den Dienst tatsächlich schon einige Tage zuvor und führte so auch die allerdings nicht mehr täglichen Besprechungen mit dem Bürgermeister. Dabei war Cofran noch mitanwesend, nahm aber an den Verhandlungen nicht mehr teil und saß nicht mehr an seinem früheren Schreibtisch, sondern an einem zusätzlich aufgestellten Tisch sehr abseits. Er hielt es auch, warum immer, für richtig, meinen nicht zu überhörenden Morgengruß beim Eintritt unerwidert zu lassen und mit finsterner Miene auf seinen Schreibtisch zu starren.

Am Freitag, 31. August, dem letzten Tag meiner Dienstleistung als Bürgermeister erledigte ich noch die laufenden Geschäfte, verabschiedete mich von meinen nächsten Mitarbeitern und verständigte meinen Vertreter davon, dass ich ab Büroschluss tatsächlich nicht mehr Dienst tun würde, ihm also bis Mitternacht meine Vertretung zukomme. Spätabends fuhren wir, meine Frau und ich, über Schwabmünchen nach Walkertshofen. Am Himmel standen blauschwarze große Wolkenballen, von der untergehenden Sonne an ihren westlichen Rändern blutrot beschienen, ein eindrucksvolles, seltenes Bild.

Meinen Fahrer bewirtete ich in Walkertshofen zum Abschied, so gut es eben die damaligen Verhältnisse gestatteten, und entließ ihn um 23 Uhr, so dass er wieder in Augsburg vor Ablauf der Zeit sein konnte, die er dienstlich zu meiner Verfügung stand.

D. Das Nachspiel

Verhinderter Ziegeleiarbeiter

Für die Zeit nach meiner Entlassung hatte mir Herr Cofran, wie mich ein alter Bekannter vertraulich und als Warnung wissen ließ, eine Beschäftigung als Ziegeleiarbeiter in einem Betrieb am Stadtrand zgedacht. Wer innerhalb der Militärregierung der geistige Vater dieses freundlichen Gedankens war, ob Herr Cofran selbst oder einer seiner Mitarbeiter, wäre gewiss interessant gewesen, war aber für mich nicht entscheidend. Ich war natürlich entschlossen, mich einer offensichtlich als rachsüchtige Demütigung gedachten Zwangsarbeit auf alles Risiko hin zu entziehen. Es kam jedoch darauf schließlich gar nicht an, denn auf Intervention irgendeiner deutschen oder amerikanischen Stelle ist die einschlägige Weisung an das Arbeitsamt augenscheinlich zurückgezogen worden.

Zurück ins Referat

Der neue Kommandeur Oberst Matthews hatte mich nach meinem oben erwähnten Vortrag über die Lage der gemeindlichen Verwaltungszweige ersucht, ich möchte der Stadtverwaltung und der Militärregierung weiterhin zur Verfügung stehen. Dazu mag ihn der Umstand veranlasst haben, daß mein Nachfolger Herr Rechtsanwalt Dreifuß nicht nur in der Stadtverwaltung noch nicht tätig gewesen, sondern vorerst auch durch Krankheit am Dienstantritt verhindert war, dass auch für seinen Vertreter, den neu ernannten zweiten Bürgermeister, Herrn Rechtsanwalt Dr. Fraunholz, die Stadtverwaltung ein ganz neues Arbeitsfeld darstellte, vielleicht auch, dass er meine vollständige Entfernung aus der von eingearbeiteten Kräften bereits arg entblößten Verwaltung für mindestens unzumutbar, wenn überhaupt für gerechtfertigt ansah. So kehrte ich dann zunächst zu meinem früheren Büro im Verwaltungsgebäude 2 zurück und führte von hier aus die Geschäfte des Finanzreferates, die ich auch als Bürgermeister nicht abgegeben hatte, weiter.

In die Wüste

In der Leitung der Augsburger Militärregierung trat schon bald durch Versetzung von Oberst Matthews ein abermaliger Wechsel ein. Damit stand vermutlich der nachfolgend wiedergegebene Brief des Oberbürgermeisters vom 3., zugestellt am frühen Nachmittag des 5. Oktober 45, in Zusammenhang und setzte meiner Arbeit bei der Stadt ein Ende:

„Herrn Stadtrechtsrat Dr. Wilhelm Ott, Referat 2.

Zu meinem Bedauern habe ich Ihnen mitzuteilen, dass die Militärregierung auf ihre fernere Dienstleistung beim Referat 2 verzichtet. Ich möchte diese Gelegenheit aber nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen für Ihre Tätigkeit bei der Stadtverwaltung meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Jahrzehntlang haben Sie Ihre Arbeitskraft und Ihr Wissen zum Wohle unserer Stadt auf den verschiedensten Gebieten eingesetzt und sich dabei nicht nur die Anerkennung der jeweiligen Geschäftsleitung, Ihrer Kollegen, der Vertretung der Bürgerschaft, sondern auch weiter Kreise der Bevölkerung erworben. Ich bedauere deshalb besonders den der Stadt durch Ihr Ausscheiden entstehenden Verlust und wünsche Ihnen persönliches Wohlergehen für die Zukunft.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dreifuß".

Ich antwortete umgehend:

„Herrn Oberbürgermeister Dreifuß, Augsburg.
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Sie haben mich wissen lassen, die Militärregierung verzichte auf meine weiteren Dienste im Referat 2, womit meine Tätigkeit bei der Stadtverwaltung ihr Ende gefunden habe. Ich darf gestehen, dass ich in einem schon aus langer Gewöhnung lieb gewordenen Verwaltungsbereich und namentlich in dem zuletzt geführten Finanzreferat gerne

praktisch weitergearbeitet, mich auch selbst fachlich weitergebildet sowie an der rechtlichen und organisatorischen Entwicklung mitgewirkt hätte. Der Abschied will mir daher nicht ganz leicht fallen. Er ist mir durch Ihre freundlichen Worte der Anerkennung immerhin erleichtert worden, wenn auch das Gefühl manch eigener Unzulänglichkeit mir die Berechtigung solcher Anerkennung nicht zweifelsfrei erscheinen lässt. Jedenfalls danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, vielmals und wünsche Ihnen in Ihrem augenblicklich doppelt schweren Kampf um das Wohl der Stadtgemeinde reichen Erfolg.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Wilhelm Ott".

Alsdann verabschiedete ich mich vom Personal des Referates und verließ noch am gleichen Abend mit meinen Augsburger Habseligkeiten in Rucksack und Handtasche, von jedermann unbeachtet und vielleicht für immer, im letzten Zug die Stadt, in deren Diensten ich 26 Jahre gestanden und in deren Mauern ich seit 30 Jahren gelebt, jetzt aber weder Wohnung noch Arbeit hatte. Trotz allem oder eben deshalb war ich froh, in Walkertshofen unter eigenem Dach Frau und Tochter anzutreffen und mit ihnen bis auf weiteres zusammen sein zu können.

Notfalls Bierbrauer

Als entlassener Beamter und damit in etwa arbeitsloser Mann musste ich mich beim Arbeitsamt melden. Für Walkertshofen war das Arbeitsamt Schwabmünchen zuständig. Damals - übrigens noch viele Jahre hernach - konnte man mit öffentlichen Verkehrsmitteln an einem Tage nicht hin- und zurückkommen. Fahrräder waren meist mangels Reifen nicht benutzbar, und das Rad meiner Tochter hatte ein Pole bei einem Einbruch gestohlen. Kraftwagen und Treibstoff gab es in Privatbesitz überhaupt nicht, und ein Fußmarsch über zweimal 18 km kam mangels Training und für einen echten Normalverbraucher zur Schonung der Markenbestände nicht in Frage. Solchen Umständen und - wie sich bald zeigte - auch verständlichen eigenen Bedürfnissen trug das Arbeitsamt durch Abhaltung von Amtstagen in Mickhausen, eine Wegstunde von Walkertshofen, Rechnung.

So ging ich dann an einem noch sonnigen Herbstmorgen über die reichbewaldete Höhe zwischen Neufnachtal und Schmuttertäl nach Mickhausen, um meiner Meldepflicht zu genügen. Der Amtstag fand meines Wissens in einem Gasthaus statt. Bei meinem Eintreffen wartete im Hofe des Anwesens bereits etwa ein Dutzend Meldepflichtiger, für ein Bauerndorf eine bunte Mischung. Neben einem schlechtaussehenden Beinamputierten eine unzweifelhafte Weiblichkeit mit den neuesten Errungenschaften grellster Bemalung, jüngere und ältere Leute, samt und sonders recht abgerissen, wie damals wir alle.

In einem Personenkraftwagen kam das Personal des Arbeitsamtes an, ein Herr in besten Jahren, ein junger, anscheinend noch Lehrling, und ein Fräulein. Sie schwärmten zunächst sämtliche in Mickhausen aus, offenbar zur Sicherung der physischen Selbsterhaltung, und begannen nach ihrer Rückkehr in einem größeren Raum des Obergeschosses ihre Dienstgeschäfte. Nach der Abfertigung früher Gekommener war ich selbst an der Reihe. Man nahm meine Personalien auf und fragte mich dann, wo ich zuletzt gearbeitet hätte. „In Augsburg“. „Als was“. „Als Gemeindebediensteter“. „In welcher Stellung? Arbeiter? Beamter?“. „Als Beamter“. „In welcher Gruppe? Sekretär? Inspektor?“. „Als Bürgermeister“. Der Beamte, der während des vorausgegangenen Frage- und Antwortspiels mit der Übertragung meiner Angaben in ein Formblatt beschäftigt war, sah mich jetzt überrascht an. Ich trug keine goldene Bürgermeisterkette und machte in einem keineswegs neuen Sportanzug gewiss auch sonst keinen bürgermeisterlichen Eindruck. Trotzdem schien der Mann meinen Angaben Glauben zu schenken, fragte aber schnell „Wann?“. „Bis 31. August dieses Jahres“. Nun legte er seinen Bleistift weg und wollte erfahren, weshalb ich nicht mehr Bürgermeister sei. „Weil ich von der Militärregierung entlassen worden bin“. „Sie sind wahrscheinlich bei der Partei gewesen?“. „Nein“. „Ja warum dann?“. „Das weiß ich selbst nicht genau“. Für einen Schwabmünchner war die Vermittlung eines Augsburger Bürgermeisters in irgendeine Arbeit anscheinend kein alltägliches Geschäft und weckte seine Neugier auf das „was ich, wenn nicht genau, dann doch ungenau wüsste“. Nachdem ich seinen Wissensdurst, soweit als möglich, gestillt hatte, drückte mir die Schreibkraft einen Zettel in die Hand, auf dem unter anderem vordruckt stand: „Weiterhin alle zwei Wochen zu melden. Ja, nein“. Und siehe, das Fräulein hatte das Nein gestrichen. Ich fand einen Wunsch, mich alle 14 Tage bei Amt zu sehen, keineswegs erfreulich und schmeichelhaft, sondern empörend. Zu meiner Beruhigung deutete ich die Streichung des „Nein“ statt des „Ja“ bald als bloßes Versehen.

Jedenfalls sicherte ich mich gegen neuerliche Vermittlung in eine Ziegelei oder einen ähnlichen Betrieb dadurch, daß ich beim Brauereibesitzer Schorer in Walkertshofen wegen einer notfalls nachzuweisenden Beschäftigung auf den Busch klopfte. Schorer verstand mich sofort, schmunzelte und meinte ohne Umschweife, „Sie sind im Bedarfsfalle immer bei mir in Arbeit“.

Siedler mit Eigenleistung

Diese Vorsorge entsprang keineswegs einer Abneigung gegen körperliche Arbeit. Ich hatte solche schon in meiner Jugend und erst recht im letzten Kriegsjahr geleistet, dies keineswegs als bloßen Ausgleichssport, sondern aus einer bitteren Notwendigkeit, neben umfangreicher Berufsarbeit und beschränkt auf Versorgung mit den Rationen der Normalverbraucher. Denn wie eingangs bemerkt hatten wir, meine Frau, meine Tochter und ich nach dem Verlust unserer Augsburger Wohnung im Sommer 45 begonnen, in Walkertshofen ein Behelfsheim zu erstellen. Wir hatten dabei wohl die nie vergessene Unterstützung durch verschiedene uns vordem durchaus unbekannte Menschen mit Fuhrleistungen, Material und anderem erfahren, aber für die körperliche Arbeit gab es in den Jahren unmittelbar vor und nach dem Kriegsende - aus allerdings wechselnden Gründen - keine festen Arbeitskräfte, sondern bestenfalls gelegentliche Hilfe. Meine Frauen und in den freien Stunden des Wochenendes auch ich selbst hatten daher beim Grundaushub als Erdarbeiter geschuftet, betoniert, Steine und Mörtel getragen, also recht und schlecht Arbeiten geleistet, die wir vordem nur vom Sehen kannten.

Bei Kriegsende war unser Häuschen leider erst im Rohbau fertig gewesen. Als nun in der Nacht zum 27. April 1945 die erste amerikanische Truppe in Walkertshofen erschienen war, sich auch in der dortigen Mühle als einem der größten Anwesen des Dorfes einquartierte, mussten deren Inwohner, darunter auch meine Frau und Tochter, dieweilen ich selbst in Augsburg war, das Haus binnen einer Stunde geräumt haben. Um mit dem ausgelagerten Teil unseres Hausrates, auch mit sich selbst nicht anderen Dorfbewohnern zur Last zu fallen, waren sie in das Behelfsheim eingezogen, so wie es damals eben war, ohne Türen und Fenster, ohne Fußböden und Treppe, ohne Wasser und Licht. Bei jedem männlichen Schutzes hatten sie sich auf die Benützung des Dachgeschosses beschränkt, das nur über eine innere Leiter zu erreichen war und nachts durch Nachziehen der Leiter gegen unerwünschten Zutritt gesichert werden konnte. Als Fenster hatten ein paar Decken gedient, und die Betten hatte man auf die von den Maurerarbeiten her vorhandenen Laufbretter legen müssen.

Den anschließenden Sommer über konnte das Häuschen wohl bewohnbar gemacht und mit dem hierfür wesentlichen ausgestattet werden. Es blieb aber noch vielerlei an Innen- und Außenarbeiten zu tun. Dem wollte ich mich in der nächsten Zeit der erzwungenen Unterbrechung oder Beendigung meiner Berufsarbeit widmen. Denn es schien mir durchaus gerechtfertigt, daß, wenn schon Wohnraumbeschaffung die besondere Forderung der Zeit war, ein Wohnungsloser an die Erstellung seiner eigenen Unterkunft Hand anlegte, ehe er sich für solches zu anderen verpflichten ließ. Über diesen meinen Arbeiten verging Herbst und Winter 1945/46.

Eine erschütternde Nachricht

In dieser Zeit brachte die amerikanische Armeezeitung „Stars and Stripes“ mit Angabe aller vorerst bekannten Einzelheiten die Nachricht, dass der frühere Kommandeur der Augsburger Militärregierung, Major Cofran, inzwischen von Regensburg nach Passau versetzt, dort zusammen mit zwei weiteren Offizieren der Militärregierung in seinem Quartier, einer Villa an der Donau, ermordet worden sei. Die Offiziere waren in der Nacht zum oder vom 6. Januar 46 schlafend mit einem durch Taucher später aus der Donau geborgenen Beil erschlagen, dann mit Benzin Übergossen und angezündet worden. Mich hat diese Nachricht tief erschüttert. Gewiss, es gab in der Augsburger Bevölkerung, augenscheinlich auch in der amerikanischen Armee und anderwärts Leute, die den Major in nicht gerade freundlicher Erinnerung hatten. Insgesamt war Cofran in den Ruf eines sachlich maßlosen und persönlich unbeherrschten Mannes geraten. Er wusste das und machte auch kein Hehl daraus, dass er es wusste. So meinte er mir gegenüber einmal etwa „ich glaube, man hält mich für streng. Das will ich auch sein, hoffe aber, gleichzeitig gerecht zu sein“. Dass Gerechtigkeit des einen vom anderen oft genug nur als Härte

verstanden wird, bedachte er, nach eigenem Geständnis erstmals in nicht gelernter öffentlicher Verwaltung eingesetzt, kaum. Ich selbst hatte mit ihm manche, wenn im Ton auch stets korrekte, in der Sache dafür umso unerfreulichere, ja verletzende Auseinandersetzung. Trotzdem bin ich glücklich, daß ich mich in keinem Augenblick gegen ein Gefühl der Genugtuung über sein unverdientes, schreckliches Ende wehren musste. In der Zeitschrift „Quick“ erschien einige Jahre darnach der Roman „Nacht ohne Gnade“. Er hat die Ereignisse vom Winter in den Sommer verlegt, dürfte sich im übrigen aber ziemlich an den Sachverhalt, soweit bekannt, gehalten haben. Hinsichtlich der damals noch völlig ungeklärten Täterschaft sah er sich natürlich auf Spekulationen angewiesen.

Die Aufklärung begegnete offenbar erheblichen Schwierigkeiten. Denn als ich hiewegen nach Jahren in Augsburg einvernommen wurde, war zu ersehen, dass man noch nicht einmal den Täterkreis, geschweige denn den Täter kannte. Erstaunlicherweise richtete sich der Verdacht von Anfang an am wenigsten gegen die deutsche Bevölkerung, mehr schon gegen Amerikaner, am meisten aber gegen die Ausländer, denen der Kommandeur ob ihres Schwarzhandels energisch zu Leibe gerückt war. Es dauerte lange, bis gegen den stellvertretenden Kommandeur selbst, in der Armee Hauptmann, im Zivilberuf Kesselschmied in Texas, sich soviel Beweismaterial angesammelt hatte, dass er zur Aburteilung aus Amerika nach Deutschland gebracht werden sollte. Im einzelnen war als Ergebnis der amerikanischen und deutschen Ermittlungen zu erfahren, der Hauptmann habe Cofran um Einflussnahme auf ein Passauer Geldinstitut im Sinne der Ausreichung eines Darlehens an den Vater seiner deutschen Freundin angegangen. Cofran habe das Ansinnen drastisch abgelehnt und diese korrekte Haltung mit dem Leben bezahlt. Der vermutliche Mörder ist in Amerika vor seiner Aburteilung gestorben.

Sachbearbeiter der Regierung von Schwaben

Dem ersten, ziemlich kalten Nachkriegswinter folgte ein blütenreicher Frühling, der die Bemeierung meines 500 qm großen Landgutes in Walkertshofen zur reinen Freude machte und keine Sehnsucht nach der früheren Berufsarbeit aufkommen ließ. Da überraschte mich am 25. April 1946 ein Telegramm des Regierungspräsidenten: „Bitte Dienst bei der Regierung sofort anzutreten“. Ich empfand das Angebot zunächst als unerfreuliche Störung in meinem zwar unfreiwilligen, aber immer noch angenehmen otium. Jedenfalls war ich augenblicklich voll davon in Anspruch genommen, erstmals in meinem Leben aus kleingemachtem Brennholz einen hübschen runden Turm, wie auf dem Lande üblich, zu errichten. Der musste unter allen Umständen vor der Aufnahme einer Bürotätigkeit fertig sein. So steckte ich das Telegramm fast ärgerlich in die Tasche und baute an meinem Turm weiter. Aber keine fünf Minuten später fuhr ein Auto vor, dem der Regierungspräsident entstieg, um seinem Telegramm persönlich Nachdruck zu verschaffen. Tatsächlich habe ich dann auch zu Beginn der nächsten Woche (29. April 46) den Dienst bei der Regierung angetreten. Dort traf ich wieder mit Kollegen Dr. Kleindinst zusammen, der nach seiner förmlichen Entlassung Anfang Juli 45 im städt. Kulturreferat doch ebenso weitergearbeitet hatte wie ich nach meiner Entlassung im Finanzreferat. Anfang Oktober 1945 war er wie auch ich selbst endgültig aus dem städt. Dienst entlassen, nun aber gleichfalls zur Regierung einberufen worden, um dort das Fürsorgereferat zu führen.

Mein Aufgabengebiet wurde das Polizeireferat, in dem der neue Regierungspräsident selbst in der Zeit tätig gewesen war, da ich meinerseits das Polizeireferat der Stadt inne gehabt hatte und wir so des öfteren in dienstliche Berührung gekommen waren. Augenblicklich war die dortige Arbeit nicht erfreulich, weil wenig fruchtbar. Die allgemeine Unsicherheit, begründet in der Anwesenheit schwer zu überwachender Ausländer und entwichener Strafgefangener, äußerte sich in zahlreichen, meist nächtlichen Raubüberfällen. Die amerikanische Polizei allein war diesen Zuständen schon zahlenmäßig nicht gewachsen und die deutsche Polizei nicht nur durch die Schwierigkeiten jedes personellen und technischen Wiederaufbaues behindert, sondern auch durch ausdrückliche Zuständigkeitsbeschränkungen.

Zu meiner Dienstaufgabe gehörte auch ein monatlicher Lagebericht an die Ministerien. Er hatte sich auf sämtliche Verwaltungsbereiche zu erstrecken, stellte also nicht eine vorwiegend polizeiliche Angelegenheit dar. Es war aber bei der Regierung immer üblich gewesen, dieses nicht gerade begehrte Geschäft jeweils dem Polizeireferat anzulasten. Dass solche Berichte ungeschminkt, offen, ja kritisch sein sollten, ist im Grundsatz selbstverständlich. Zu Zeiten, und die ersten Nachkriegsjahre zählten dazu, kann aber ein Übermaß an Offenheit und Kritik nutzlos, ja schädlich oder gar gefährlich sein, und der Regierungspräsident, der die Monatsberichte natürlich zu unterzeichnen und damit zu verantworten hatte, mag sich mitunter der Notwendigkeit gegenüber gesehen haben, in meinen Entwürfen eine Überdosierung an Deutlichkeit auf das nach seiner Meinung noch zu wagende Maß zurückzuführen.

Am alten Platz

So interessant mir der Abstecher in die Regierung war, so liebäugelte ich doch stets mit dem Gedanken einer Rückkehr in die Stadtverwaltung. Freilich sollte diese nicht etwa, wie in § 64 des Befreiungsgesetzes vorbehalten, der Stadt ggf. abgenötigt werden, sondern nur mit ihrem Willen geschehen. Außerdem setzte ich einen Wiedereintritt in genau die Position voraus, aus der ich bei der Stadt entlassen worden war. Tatsächlich ging mir dann auch unterm 13. September eine Mitteilung des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Hohner zu, die Militärregierung habe meiner Wiederbeschäftigung im Finanzreferat der Stadt zugestimmt, und ich sei ersucht, zum 1. Oktober 1946 einzutreten. Die Gewinnung eines Ersatzes bei der Regierung, die ich angesichts der damals so schwierigen Personallage nicht im Stiche lassen konnte, verzögerte die Arbeitsaufnahme bis zum 21. Oktober 1946. Dann aber hat mir das Vertrauen des Stadtrates, das gottgedankte Geschenk einer leidlichen Gesundheit und die Treue des im Referatsbereich beschäftigten Personals erlaubt, meiner Arbeit für eine lieb gewonnene Stadt ohne neuerliche Unterbrechung bis zum Himmelfahrtstag (15. Mai) des Jahres 1958, dem Ablauf einer Dienstvertragsperiode und annähernd der Vollendung meines 72. Lebensjahres, nachzugehen.